



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

## **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"**

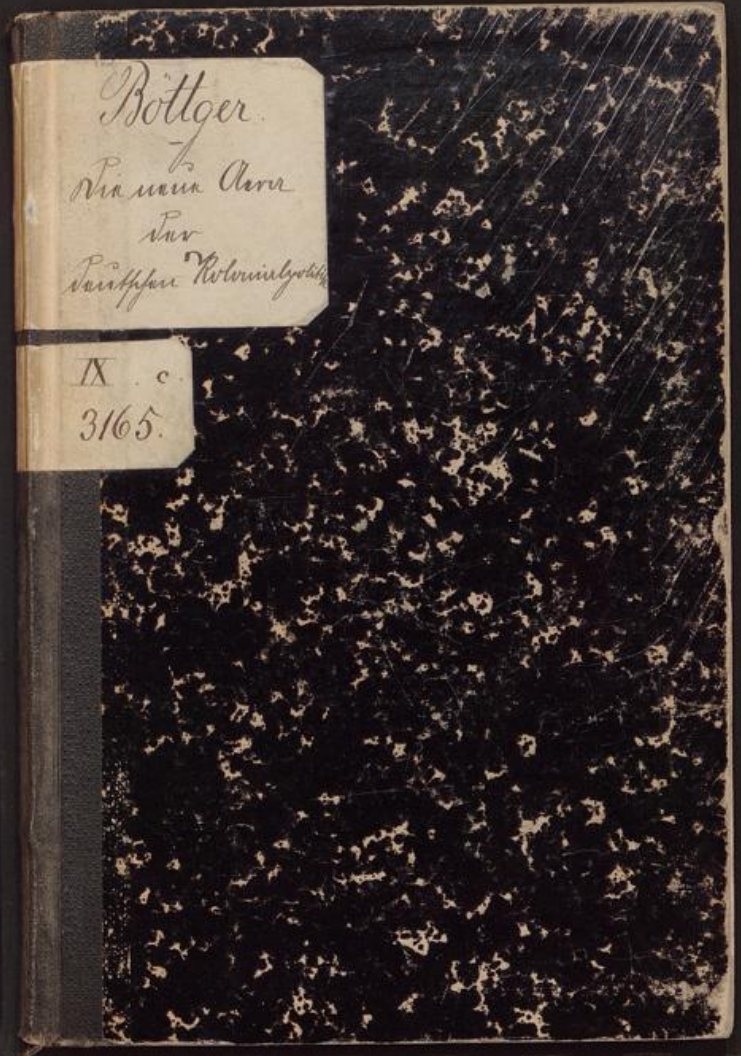
### **Die neue Aera der deutschen Kolonialpolitik**

**Böttger, Hugo**

**Berlin, 1907**

**urn:nbn:de:gbv:46:1-14172**

datacolor



Böttger.  
Vna. man. Opera  
Für  
Paußfpu Kolonialpolitik

IX . c.  
3165.



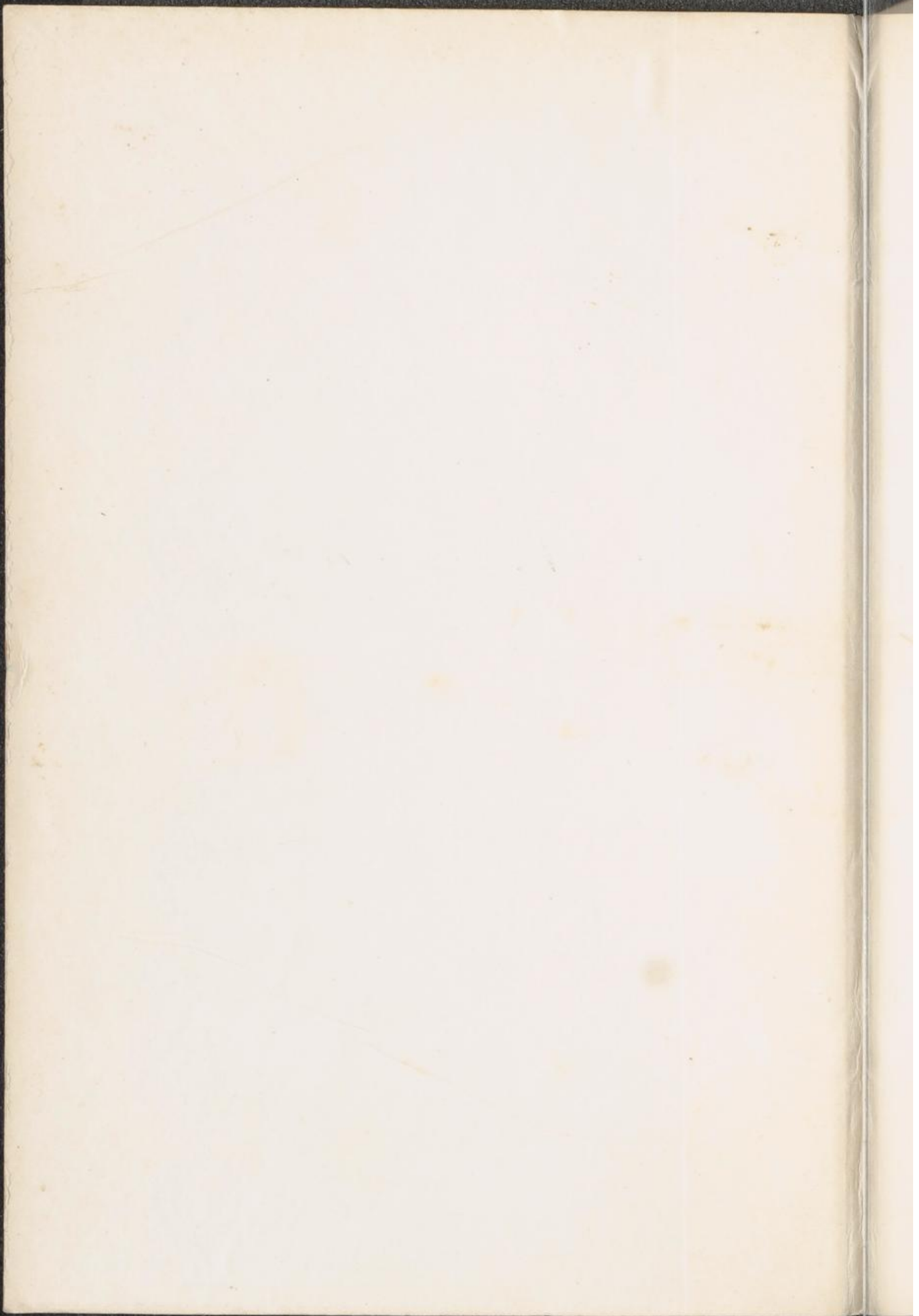
Staats- und  
Universitätsbibliothek Bremen

DFG

Böttger.  
Zu  
Viermanns Ovar  
Der  
Pflanzliche Kolonialpolitik

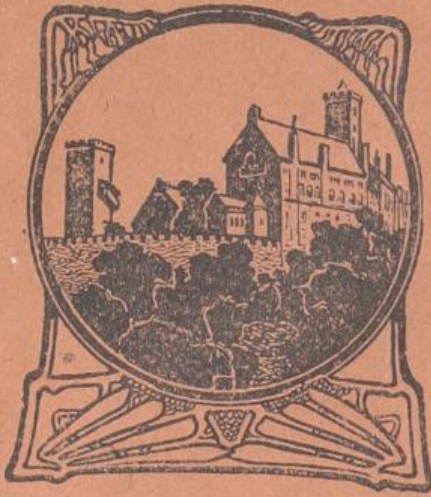
IX . c .

3165.



IX . c . 3165

2018



**Burschenschaftliche  
Bücherei**

Herausgeber:  
Dr. Hugo Böttger

Band III ≈ Hef 4

**Die neue Aera  
der deutschen Kolonialpolitik**

Von

**Dr. Hugo Böttger**  
(Arminia a. d. B.)

Berlin W 1907  
Carl Heymanns Verlag

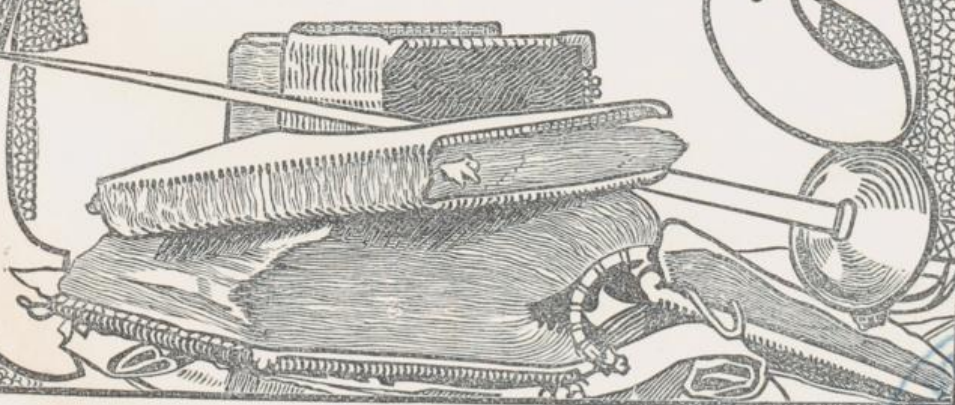


# Staatserbschaftliche Verleger



Dr. Hugo Böttger  
(Arminia a. d. B.).

Die neue Aera der deutschen  
Kolonialpolitik.



IX.c.3165





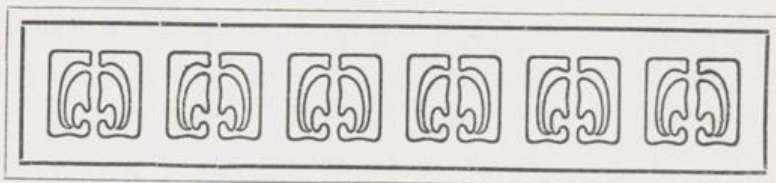
## Inhalt.

---

	Seite
I. Warum treiben wir Kolonialpolitik? . . . . .	5
II. Kritik der Kolonialpolitik . . . . .	34
III. Der Zusammenbruch des alten Systems . . . . .	62
IV. Neuer Aufbau in den deutschen Kolonien . . . . .	73
V. Ausblick . . . . .	92

---





I.

## Warum treiben wir Kolonialpolitik?

—

Starke kolonialpolitische Kämpfe liegen hinter uns, große Aufgaben vor uns. Eine ungemein heftige und zerschende Kritik im Parlament und in der Presse hatte das Volk zu der Frage geführt: sollen wir das Kolonisieren nicht lieber aufgeben, da wir kein Talent, keine geeignete Regierung, Verwaltung, Gesetzgebung dazu haben und da wir im Sande einer Unzulänglichkeit stecken bleiben, die bald Korruption, bald kapitalistische Ausbeutung, bald bürokratische Selbstgefälligkeit und Selbstüberhebung, bald parlamentarisches Besserwissen und Mörgeln genannt wird? Kolonisationsgabe ist nun einmal die Kunst, den politisch eroberten Boden durch Einzelarbeit sicher zu stellen und die stets sich ergebenden Konflikte zwischen Eingeborenen und Ansiedlern, Staat und Privatkapital leidlich auszugleichen. Verstehen wir nichts von dieser Kunst, warum dann noch weitere Hunderte von Millionen in die Sandwüsten hineinragen und warum diese Wüsten mit dem teureren Menschenblut des Vaterlandes tränken und düngen, wo wir doch keine Früchte ernten werden? Daheim warten schönere und mehr Erfolg versprechende kulturelle und soziale Aufgaben, zu deren Lösung wir der Millionen bedürfen, welche wir heute auf Nimmerwiedersehen in die ungestliche Fremde tragen. So schallte es aus den Blättern und aus

den Volksreden heraus. Der Deutsche ist leicht in den Bann des Flaumachens zu zwingen; ihm ist die große Politik eine Sache, die nach Bismarckscher Tradition den Staatsorganen so gut wie allein auf Gedeih und Verderb zu überlassen sei. Er ist zaghaft und unerfahren und darum vom Sturm kritischer Bewegungen bald umgeblasen. Aber auch männliche und im Wissen gefestigte Naturen beschlich ein Zweifel, ob wir nicht über unsere Kräfte hinausgegangen und zu weit ins Weltmeer der großen Politik geraten waren. Und so unternahm man oder empfahl man auch von dieser Seite eine gründliche Prüfung der vorhandenen Mittel und Aussichten, Einkehr und wenn es sein mußte Umkehr von falschen politischen Wegen.

Alles Staatswesen — darüber muß man sich zunächst im klaren sein — ruht auf der organischen Verbindung der Menschen mit dem Boden. Für den Menschen und seine Geschichte ist die Größe der Erdoberfläche unveränderlich; denn es wächst wohl die Zahl der Menschen, aber es bleibt der Boden, auf dem sie wohnen und wirken müssen, derselbe; er muß also immer mehr Menschen tragen und mehr Früchte geben, wird dadurch auch immer begehrt und wertvoller. Daher zunehmend engere Beziehungen zwischen Volk und Boden, deutlicheres Hervortreten des Wertes des Bodens im Staate! Nicht bloß Kriege werden um Boden und Landbesitz geführt, sondern alle geographischen Vorteile müssen ununterbrochen im Wert steigen, weil es immer mehr Nachfrage nach Bodenvorteilen bei zunehmender Volkszahl und steigender Kultur geben muß. Und so stetig ist die Raumerfüllung der Erde fortgeschritten, daß wir jetzt von keinem einzigen Teil des Erdbodens sagen dürfen, er sei politisch wertlos. Wir müssen vielmehr als Voraussetzung des politischen Denkens in einem Großstaat die Tatsache nehmen, daß jeder Teil des Erdbodens, auch der unfruchtbar erscheinende, unentwickelte politische Möglichkeiten in sich schließt, von denen wir zurzeit

nichts wissen, die aber wertvoll sind, weil das Wachstum des Volkes das Verlangen nach Boden für kommende Geschlechter ganz allgemein hervorbringt und nicht nur die bekannten Gebiete ergreift.

Auf diesen Gründen beruht es, daß in der neueren Zeit jeder industrielle und handeltreibende Großstaat aus seiner Haut herausfährt. Es kommt bei ihnen dahin, daß der Heimatsstaat das Zentrum für einen weit über die Erde verstreuten Besitz bildet, wobei die Basis dieser Machtentfaltung nur eng und schmal im Verhältnis zum überseeischen Bodenbesitz ist. Hierzu einige Zahlenbeispiele. Es kommen (ohne Interessensphären) in

	Heimathoben	Kolonialbesitz
England . . .	auf 314 628 qkm	29 090 121 qkm
Frankreich . . .	= 536 408 =	4 963 592 =
Belgien . . .	= 29 457 =	2 252 780 =
Niederlande . . .	= 33 000 =	2 108 530 =
Deutschland . . .	= 540 599 =	2 596 884 =

Der Kolonialbesitz ist hiernach in Deutschland 4,8mal so groß als das Mutterland, in den Niederlanden 6,4, in Frankreich 9,2, in Belgien 76 und in England 94 mal so groß. Die Beweggründe für diese Expansion mögen ja in ihren Einzelheiten in den einzelnen Ländern verschieden sein, aber einheitlich ist die elementare Kraft, mit der sich die Staaten fremden Boden für die Zukunft sichern, Länder, die ihnen die Rohstoffe für die nationale Produktion liefern, Absatzgebiete für ihre heimischen Erzeugnisse, Erdteile, wohin sie den Bevölkerungsüberschuß tragen usw. Kein Staat läßt sich abschrecken durch die Mißerfolge, die der andere Staat hier und da gehabt hat, durch die großen finanziellen Opfer, die die Kolonialpolitik in allen Ländern zuerst heischt, durch die politischen Widerstände im Lager der Demokratie.

Die gesundheitsgemäße Entwicklung unserer nationalen Politik und Volkswirtschaft verlangte und verlangt Überseepolitik, Beteiligung an Kolonisation und Kultivation. Sie ist ein Teil des nationalen Lebens,

wodurch wir Gefahren bestehen lernen, die Schwachwilligkeit überwinden und unserem Geschlecht den Willen zur Macht und Größe unseres Vaterlandes erhalten und wo er nicht vorhanden ist, ihn wecken und fördern. Das Bestehen einer Nationalität verlangt energische Kulturbetätigung und die ist für ein Volk mit starkem Geburtenüberschuß nicht allein in der Heimat anzubringen; sie kann sich auch nicht Luft schaffen in einer planlosen Auswanderung, die zur Entdeutschung von Millionen von Landsleuten führt. Die Kulturbetätigung muß vielmehr auch gerichtet sein auf Kolonisation, Kultivation und national zusammengehaltene Auswanderung. Völker werden und vergehen im Lauf der Zeiten und die zusammengebrochenen Reiche zeigen in ihrer Geschichte, daß ohne rege aktive Entwicklung aller Kräfte der Politik eine nationale Existenz zur Unmöglichkeit geworden war. Sind es doch weiter auch große humanitäre und Kulturaufgaben, zu denen die Kolonialpolitik einladet: indem wir unsere Herrschaft in fremden Völkern zur Geltung bringen, zwingen wir sie in den Bann der Zivilisation. Schließlich muß aber auch der Skeptiker, wenn er die Regsamkeit der anderen Nationen nicht ganz unbeobachtet läßt, zugeben, daß bei völliger Passivität für uns die Gefahr besteht, daß unser Volk wirtschaftlich oder national aufgesaugt und in den Winkel geworfen wird.

Doch lassen wir einige nüchterne Tatsachen sprechen, einige Daten und Zahlen, die auch für den sogenannten Praktiker und politischen Geschäftsmann etwas Überzeugendes haben müssen. Der Überseepolitik kann sich keine Nation entziehen, die eine konstante Volksvermehrung aufweist; ihr kolonialpolitischer Aufgabenkreis scheint ihr von einem unerbittlichen Geschick fest und unabänderlich gezogen zu sein. Was aber die Volksvermehrung anbetrifft, so geht Deutschland den anderen kolonisierenden Staaten weit voran, und wenn die Enge im Vaterlande ein koloniales Movens ist, so ist dieses Movens bei uns ganz besonders

stark vorhanden. Bei uns liegt doch die Sache so, daß wo vor 90 Jahren 2 Menschen lebten, heute 5 existieren müssen und daß Deutschland sich darauf einzurichten hat, in 20 Jahren etwa 80 Millionen Menschen zu ernähren. Die Frage, die 1879 Fabri mit seinem Werk „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ aufwarf, die Frage, wie will Deutschland jährlich  $1\frac{1}{2}$  Million Menschen mehr ernähren, ist heute nicht minder verantwortungsschwer, zumal da sich die Zuwachsziffer ungefähr auf 1 Million erhöht hat. Die Möglichkeit, in der Landwirtschaft unterzukommen, ist gewiß noch für einige Millionen Menschen gegeben, wenn man nämlich die 11 Millionen Hektare, die auf Betriebsgrößen über 100 Hektare fallen, mechanisch unter das Volk aufteilte, so daß lauter neue Höfe von 30 Hektar entstanden. Man kann auch nach und nach die 400 Quadratmeilen Moor und Unland im Deutschen Reich unter den Pflug bringen. Teilweise geht solcher Prozeß schon jetzt vor sich, aber er wird jedenfalls an Schnelligkeit vom Bevölkerungszuwachs überholt; er wird uns nicht vor schweren Gefahren der Überbevölkerung bewahren, wenn nicht größere Mittel der Hilfe in das Reichsprogramm eingeführt werden. Raumann, der gerade die Bevölkerungsfrage zum Mittelpunkt seiner Neudeutschen Wirtschaftspolitik gemacht hat, kommt ziemlich schnell über diese Krux hinweg, indem er meint, der schrankenlose Freihandel im Industrie- und Exportstaat Deutschland und der Wille, für alle Welt möglichst vollkommene Ware zu liefern, würden schon den neuen Millionen Nahrung und Wohlstand sichern. Das ist Optimismus, aber es gibt auch Optimisten von der andern Seite. Der Gegenpart solcher Exportpolitik, der extreme Schutzzöllner agrarischer Natur, verläßt sich auf reine Heimatpolitik. Ihm schwebt ein geschlossener Handelsstaat vor, in dem die Industrie von der landwirtschaftlichen Bevölkerung lebt und umgekehrt, und in dem es genügt, die Industrie zurückzuhalten, damit sie nicht allzusehr voranschreite und der Landwirtschaft die

Arbeiter ausspanne. Gibt man im übrigen beiden Zweigen der Volkswirtschaft, der Industrie und der Landwirtschaft, genügend hohe Zölle, so daß sie von fremder Konkurrenz nicht in ihrer stetigen, eines patriarchalischen Zuschnitts und Friedens sich erfreuenden Entwicklung gestört werden, dann ist die prae-stabilisierte Harmonie auf Erden und in Deutschland erreicht. Beide Theorien sind auf falschem Wege. Wir können weder des Schutzes unserer nationalen Arbeit, noch des Weltverkehrs entbehren. Beides hängt bei uns voneinander ab und ergänzt sich. Wir würden ohne Schutzzölle von den billiger produzierenden Konkurrenzländern erdrückt und ohne Weltverkehr, ohne Export und Import in die Wirtschaftsverhältnisse vor hundert Jahren zurückgedrängt werden. Ein Außenhandel von 13,3 Milliarden Mark im Jahre 1905, 12 Milliarden deutsches Kapital, das im Ausland investiert ist, die 40 Millionen im Auslande lebenden Deutschen lassen eine national und wirtschaftspolitische Abschließung auf dem Heimatsboden durchaus nicht mehr zu.

Aber auch das ist zu berücksichtigen, daß unsere Landwirtschaft gar nicht in der Lage wäre, uns mit allen erforderlichen Nahrungsmitteln zu versehen, wenn wir uns vom Auslande absperren würden. Der gute und lobenswerte Wille entscheidet hier nicht. Wir müssen schon jetzt in jedem Jahre für 1400 Millionen Mark an gewöhnlichsten Nahrungsmitteln aus dem Auslande beziehen. Wir importierten 1906 Getreide für 786 Millionen Mark, Vieh für 122 Millionen, Obst für 40 Millionen, Eier für 145 Millionen, Schmalz für 132 Millionen, Milchbutter für 74 Millionen Mark. Diese notwendigen Nahrungsmittel müssen wir vom Auslande kaufen, weil sie der eigene Grund und Boden nicht mehr in genügender Menge hergibt. Die Zunahme der Bevölkerung stellt so hohe Anforderungen an die Produktivität des heimischen Bodens, daß er sie nicht mehr technisch oder wirtschaftlich (zu annehmbaren Preisen) befriedigen kann. Viele unserer Land-

wirte bestreiten dies, aber sie sollten eine einfache Rechnung bis zu Ende durchführen, um sich von der Richtigkeit dessen, was sie bestreiten, zu überzeugen. Man denkt gewöhnlich, wenn man die Frage aufwirft, was die deutsche Landwirtschaft mehr liefern müßte, um Deutschlands Volkswirtschaft wieder bodenständig zu machen, nur an die Erzeugung von Getreide und Vieh zur Ernährung. Man schätzt davon höchstens ein Fünftel, was jetzt fehlt und durch Mehrerzeugung über die heutige Produktion hinaus von unserer Landwirtschaft zu liefern wäre. Das wäre in der Tat durch Steigerung der Intensität des Ackerbaues und der Viehzucht wahrscheinlich zu beschaffen. Aber in unserer Einfuhr stecken noch andere Posten, an der unsere Landwirtschaft interessiert ist, z. B. Häute und Felle für 280 Millionen Mark, Borsten für 20 Millionen Mark, Holz für 250 Millionen Mark usw. Allein um die mehreingeführten Roßhäute zu liefern, müßte nach den Berechnungen Combarts der Pferdebestand vervierfacht werden; um den Rindshäutebedarf zu decken, bräuchten wir einen dreifachen Rindviehbestand von heute. Wollten wir durch heimische Schafzucht den Bedarf an Wolle befriedigen, so müßte der Schafbestand bei uns verneunfacht werden. Der Hochwald müßte auf das Doppelte der jetzigen Fläche, der Eichenschälwald auf die dreifache Fläche ausgedehnt werden, damit unser Bedarf an Holz und Borke durch Eigenproduktion gedeckt werden könnte. Verdoppelt man aber auch nur die Waldfläche, so nimmt man die Hälfte des Ackerlandes (26 Millionen Hektar) weg. Im Stagenbau läßt sich Land- und Forstwirtschaft nicht betreiben. Die andere Hälfte würde reichlich gebraucht werden, um Futter für den vergrößerten Viehbestand zu beschaffen. Dann bliebe für Getreideproduktion überhaupt kein Land mehr übrig. Damit aber noch nicht genug. Es gälte etwa 200 000 Tonnen Pflanzenspinnstoff (außer Baumwolle), 250 000 Tonnen LeinSaat, 120 000 Tonnen Raps, Rübsaat usw. dem Boden mehr abzugewinnen als heute. Hierzu wären wieder mindestens noch einmal 200- bis

250 000 Hektar erforderlich, die Hälfte des heute mit Rüben angepflanzten Areal. Es ist demnach keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die deutsche Volkswirtschaft heute schon auf einer zwei- bis dreimal so großen Bodenfläche ruht, als sie das Deutsche Reich mit seinen Grenzen umspannt.

Wie ist es nun aber bislang möglich gewesen, derartig vom Auslande zu leben und zu kaufen, ohne in die grimmigste Schuldknechtschaft bei unseren Lieferanten zu geraten? Das war dadurch möglich, daß wir uns industriell und kommerziell entwickelten, vom reinen Agrarstaat zum Industrie- und Agrarstaat übergingen.

Unser wirtschaftlicher Lebenslauf gestaltet sich so, daß wir Rohstoffe einführen, sie in Fabrikate verwandeln und einen großen Teil davon ins Ausland exportieren. Der Wert unserer Rohstoffeinfuhr für Industriezwecke betrug im Jahre 1905 3,4 Milliarden Mark, der Wert der Fabrikatenausfuhr im gleichen Jahre 3,8 Milliarden Mark. Wir versorgten uns selbst, gaben den Überschuß veredelt an das Ausland zurück und steckten einen guten Profit in die Tasche. Von den Verdiensten der ständig wachsenden Industrie hat sich die wachsende Arbeiterbevölkerung bisher ernährt. Nun betrug aber die Gesamteinfuhr mit Einschluß von Nahrungsmitteln, Fabrikaten usw. in dem erwähnten Jahre 7,4 Milliarden Mark, die Gesamtausfuhr 5,8 Milliarden, so daß sich eine passive Handelsbilanz in der Höhe von 1,6 Milliarden Mark ergab. Das bedeutet, daß wir im Außenhandel mehr vom Auslande erhalten, als wir zurückgeben, läßt demnach eine Verschuldung befürchten. Diese noch verbleibende passive Handelsbilanz wird aber ausgeglichen durch die 1 Milliarde Zinsen, die wir vom Auslande für die dort investierten deutschen Kapitalien beziehen, sowie durch die 1/4 Milliarde Seetransportgewinn, die das Reedereigeschäft einbringt. Der Rest ist auf Ungleichheiten in der internationalen Statistik zu buchen. Somit halten wir uns

finanzpolitisch leidlich unabhängig vom Auslande. Aber notwendig ist für solches finanzpolitisches Gleichgewicht in unserem Vaterlande, daß wir neben einer gesunden Landwirtschaft eine blühende Industrie und einen steigenden Fabrikatenelexport haben. Zwei Dinge treten also genügend klar hervor: Wir brauchen, um uns völlig selbst zu genügen, eine zwei- bis dreifache Bodenschfläche des heutigen Deutschlands, und da wir das nicht haben, so bezahlen wir gegenwärtig fremden Boden mit heimischer Arbeit.

Gegenwärtig. Wie wird es, wenn wir im Jahre 1950 eine 100 Millionen-Bevölkerung haben werden? Die 900 000 Menschen, die wir in jedem Jahre mehr im Vaterlande zu ernähren haben, verbrauchen nur an

Getreide . . .	3 <sup>3</sup> / <sub>5</sub> Millionen Zentner
Fleisch . . .	1/2 " "
Milch . . .	300 " Liter.

Schon diese drei niedrig eingeschätzten Posten verlangen jährlich eine Mehrarbeit des Volkes, die mit 260 Millionen zu bewerten ist. Nehmen wir noch die übrigen Lebensbedürfnisse hinzu, so braucht das deutsche Volk für seinen Bevölkerungszuwachs künftig mindestens für 1/3 Milliarde jährlich mehr Produkte aus eigenem oder fremdem Boden — wie wir gesehen haben, hauptsächlich aus fremdem Boden — wogegen wir deutsche Arbeit zu liefern verpflichtet sind. Da stellen sich nun zwei weitere Fragen ein: Wird unser Volk imstande sein, jedes Jahr 1/3 Milliarde mehr Nahrungsunterhalt herauszuwirtschaften? Und die andere Frage, da wir größtenteils mit Fabrikatenelexport unsere Bilanz herstellen: Wird es unserem Volke stets möglich sein, genügend Abnehmer für die Industrieprodukte außerhalb Deutschlands zu finden? Oder — und da meldet sich eben das kolonial-politische Problem — werden wir gezwungen sein, bei dem immer enger werdenden Heimatsboden Menschen anstatt Waren zu exportieren, mit anderen

Worten zum Hilfsmittel der Auswanderung in die Fremde oder in unsere Kolonien zu greifen?

Bei diesen in die weitere Ferne sich erstreckenden Zukunftsfragen sprechen mit auch die künftigen Konjunkturen, die deutsche und außerdeutsche Handelspolitik, die handelspolitischen Koalitionen der Weltmächte, die Bevölkerungsprobleme und ihre preventiv checks, wie Not, Kriege, Volkskrankheiten, Ausdehnung des Zweifindersystems, Laster usw. Es ist darum bei diesen Fragen eine völlig sichere Antwort nicht zu erwarten. Bis jetzt hat sich, das wissen wir, unser Volk oben gehalten und die Leistungs- und Ausdehnungsfähigkeit der Industrie und des Exportes ist auch in der nächsten Zukunft nicht so bald und so leicht zu erschöpfen. Jedoch unsere Staatsmänner und Volkswirte würden gedanken- und gewissenlos handeln, wenn sie die entwickelten Probleme unbeachtet ließen und wenn sie der Nation gestatten würden, in den Tag hineinzuleben, ohne alle Möglichkeiten heranzuziehen, welche die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands zu sichern geeignet sind.

Hierzu gehören aber Kolonialpolitik und nationale Auswanderungspolitik. Das große Defizit an eigenem Grund und Boden zwingt uns zu einem Programm, das lautet: mehr Land, mehr Land mit Rohstoffen für unsere Industrie, mehr Absatzgebiete, mehr Einflusssphären in fremden Ländern, die uns nicht durch Zollschranken und Einfuhrverbote gesperrt werden können, Zusammenhalten und Zusammenfassen der deutschen Auswanderungskräfte, damit sie entweder in unseren Kolonien oder in Gebieten, wo sie ihr Deutschtum nicht verlieren, den Zusammenhalt mit unserer Volkswirtschaft gewährleisten.

\* \* \*

Also wir treiben erstens Kolonialpolitik, um uns mit kolonialen Rohstoffen zu versorgen. Wir haben einen starken erotischen Bedarf, an dem alle Volksschichten teilnehmen. Unser Volk verbrauchte im

Jahre 1906 an Kolonialwaren im Werte von etwa 1,3 Milliarden Mark, nämlich

rohe Baumwolle . . . . .	für 445,3 Millionen Mark,		
Kaffee . . . . .	= 170,1	=	=
Tabak . . . . .	= 102,5	=	=
Kakaobohnen . . . . .	= 41,2	=	=
Tee . . . . .	= 6,5	=	=
Pfeffer . . . . .	= 6,3	=	=
Kautschuk und Guttapercha . . . . .	= 148,9	=	=
Kupfer . . . . .	= 227,8	=	=
Reis . . . . .	= 53,3	=	=
Palmkerne, Kopro, Erdnüsse usw. . . . .	= 62,5	=	=
Zute . . . . .	= 69,2	=	=

1333,6 Millionen Mark.

Wir bezogen diese Produkte durchweg aus den Kolonien fremder Staaten: Ägypten, Britisch-Indien, Niederländisch-Indien, Britisch-Westindien, Portugiesisch-Westafrika, Britisch-Westafrika, Ceylon, Französisch-Westafrika, Portugiesisch-Ostafrika, Britisch-Malakka, Australien, Philippinen oder aus unabhängigen Kolonialstaaten, wie Brasilien und den Südstaaten Amerikas. Man hat berechnet, daß an diesen Kolonialprodukten das liefernde Ausland, die Engländer, Holländer, Franzosen, Portugiesen, etwa  $\frac{1}{3}$  des Marktpreises als Reingewinn gutschreiben. Das sind 400 Millionen, die wir selbst verdienen, und 1,2 Milliarden, um die wir unsere Handelsbilanz verbessern könnten, falls wir unsere Kolonien auf die Höhe einer Produktivkraft der erwähnten Kolonialgebiete zu heben vermöchten. Das ist unmöglich, sagt der deutsche Unglücksrabe. Die Sachkenner erklären, ohne zu zögern, daß es wohl geht und daß wir künftig unsern Bedarf an Kolonialprodukten ganz oder doch zum großen Teil in unseren Kolonien decken können und müssen.

Nehmen wir die Baumwolle, um die Möglichkeit und Notwendigkeit der Eigenproduktion und die Gefahren der Abhängigkeit zu verdeutlichen. Wir brauchen im Durchschnitt der letzten vier Jahre jährlich für 385 Millionen Mark; der Hauptlieferant ist die nord-

amerikanische Union (1905: 293,7 Millionen Mark) und die Union tut schon so nichts um Gottes willen. In den Vereinigten Staaten befinden sich nun die Spinner und Baumwolleninteressenten auf dem Wege zum Baumwolltrust; der Trust der amerikanischen Baumwollspinner will die Farmen auskaufen und das Rohprodukt für das Ausland dermaßen verteuern, daß dessen Exportfähigkeit gegenüber der Baumwollspinnerei der Union auf dem Weltmarkt stark herabgedrückt werden würde. Jedenfalls kostet die Sache unser Geld. Der erste Trustversuch des amerikanischen Baumwollkönigs Sully soll unserer Baumwollindustrie gegen 100 Millionen Mark Kosten verursacht haben. Daß bei solchen Experimenten auch unsere Arbeiterschaft in schwere Gefahren geraten kann, liegt auf der Hand, wenn es auch die Sozialdemokratie nicht einsieht. Beschäftigt doch die deutsche Baumwollindustrie gegen 1½ Millionen Arbeiter bei einem jährlichen Fabrikatenerport von 260 Millionen Mark, der sich zum größten Teil verflüchtigt, wenn Bruder Jonathan und der Trust erst den Markt von der Konkurrenz säubern.

Gerade diese destruktiven Vorkommnisse auf dem Baumwollenmarkt gaben den verbündeten Regierungen und dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee bei uns Veranlassung, die Baumwollenproduktion in unseren Kolonien nach besten Kräften anzuregen. Überall wurden Versuche gemacht und es wurde hierbei festgestellt, daß Baumwolle in allen unseren Kolonien gedeiht, Südwestafrika eingeschlossen, dessen nördliche Teile sogar vortreffliches Baumwollland zu werden versprechen. Es kommen heute zunächst Togo, sodann Kamerun mit dem Tschadseegebiet und Ostafrika, schließlich aber auch Samoa und Neu-Guinea und der nördliche Teil von Südwestafrika in Betracht. Nach dem Bericht des Kolonialwirtschaftlichen Komitees vom Frühjahr 1906 hatte in Togo die Baumwollkultur unter großer Trockenheit zu leiden; trotzdem wurde ein größeres Quantum als im Vorjahr, nämlich 257 000 Pfund im Werte von etwa 150 000 Mark exportiert. Daß

wir dort nicht still stehen, geht schon daraus hervor, daß die Anbaufläche in Togo ständig vermehrt wird. Von Deutsch-Ostafrika erhalten wir ferner 325 000 Pfund im Werte von 200 000 Mark. Wie in Togo ist auch in Deutsch-Ostafrika die Einrichtung von Pflugkultur-Stationen geplant anstelle der Hackkultur, was die Produktion und ihren Gebrauchswert heben wird. Alles in allem lieferten im Jahre 1905 die deutschen Kolonien Baumwolle und Gespinnstfaserstoffe im Werte von 1,16 Millionen Mark (gegen 584 000 Mark im Jahre 1903).

Aber mit Baumwolle erschöpft sich die koloniale Produktion nicht. Wir erhielten weiter aus unsern Kolonien im Jahre 1905

Kautschuk und Guttapercha im Werte von 7 310 000 Mark (1903: 4 640 000 Mark),	
Ölprodukte im Werte von . . . . . 8 499 000 = (1903: 9 092 000 Mark),	
Kakao im Werte von . . . . . 1 341 000 = (1903: 935 000 Mark),	
Kaffee im Werte von . . . . . 448 000 = (1903: 526 000 Mark),	
Rughölzer im Werte von . . . . . 541 000 = (1903: 206 000 Mark),	
Wachs im Werte von . . . . . 1 034 000 = (1903: 138 000 Mark).	

In Deutsch-Südwestafrika-Otawi sind reiche Kupferlager festgestellt. Zu ihrer Ausbeute baut die Otawi-Minen- und Eisenbahngesellschaft zurzeit eine eigene 570 km lange Eisenbahn. Weitere abbaumwürdige Kupferfundstellen sind bekannt. Weniger sichergestellt ist das Vorkommen von Gold und Diamanten in Südwest- und Ostafrika, von Zinn in Kamerun und von Eisenerzen in Togo. Kohlen sind am Nyassasee in Deutsch-Ostafrika festgestellt worden.

Das sind wirklich nicht schlechte Anfänge, und nehmen wir hinzu, daß Ostafrika sich anschickt Jute und Hanf in beträchtlichem Maße zu produzieren, daß Südwestafrika nach den Schätzungen von Rehbock für 30 Millionen Mark Rindvieh exportieren kann, daß

wir einen unermesslichen Walddreichtum im Ovambo-  
lande, in Neu-Guinea, Kamerun und Ostafrika haben,  
daß der Tabak guten Boden in unsern Kolonien  
findet, Ostafrika auch schon mit Tabakanbau begonnen  
hat, daß wir die besten Kopraböden der Welt in  
Samoa, Neu-Guinea usw. in Hülle und Fülle haben,  
so tritt die große volkswirtschaftliche Bedeutung unserer  
Kolonien deutlich genug in die Erscheinung. Alles in  
allem stieg die Ausfuhr aus unseren Kolonien  
von 6,9 Millionen Mark im Jahre 1902 auf  
20,3 Millionen Mark im Jahre 1906. Gewiß be-  
findet sich vieles von dieser Kulturarbeit noch im Zu-  
stande des Experimentes, des Tastens und Suchens, wo-  
bei es auch ohne Mackenschläge und Lehrgeldzahlen nicht  
abgeht. Das wird auch von unsern industriellen Prak-  
tikern vollauf erkannt. So hielt gelegentlich des im Juli  
1906 in Bremen abgehaltenen dritten internationalen  
Baumwollkongresses der Vertreter Deutschlands, Kom-  
merzienrat Emil Stark-Chemnitz, einen Vortrag über  
die deutschen Bestrebungen zur Erweiterung des Baum-  
wollanbaus. In dieser Ansprache bewertete er die vor-  
handenen Schwierigkeiten durchaus nicht gering, aber  
er konnte doch auch in absehbarer Zeit Erfolge ver-  
sprechen. Er bemerkte, daß auch für das Deutsche  
Reich die Förderung der Baumwollversorgung eine  
Lebensfrage sei und daß wir vereint mit unseren anderen  
Kollegen dahin streben müssen, daß das Material für  
die Bekleidung unserer stets wachsenden Volksmassen  
uns in ausgiebiger Weise gesichert und erhalten werde.

„Genau wie unsere Freunde in England und Frank-  
reich richten wir unsere größte Hoffnung auf die Ent-  
faltung der Baumwollkultur in Afrika, jenem Gebiete,  
welches, durchquert von dem Äquator, durch seine geo-  
graphische Lage und die Fruchtbarkeit seines Bodens, durch  
seine dichte Bevölkerung und durch die Ansässigkeit der  
Baumwollstaude in weiten Gebieten berufen erscheint, ein  
Baumwoll-Produktionsland par excellence zu werden.  
Wir haben mit den anderen Nationen dieselben allgemeinen  
Widerstände zu bekämpfen: Mangel an Transportmitteln  
und deshalb teure Frachten, Viehseuchen, Indolenz der

Eingeborenen. Wir glauben jedoch, diese Schwierigkeiten überwinden zu können und in absehbarer Zeit durch langsame Erziehung der Eingeborenen zur Baumwollkultur, durch Einführung der Pflugkultur, durch die Einführung besserer und edlere Erträgnisse liefernder Saat überwinden zu können. . .

Die Bemühungen des die deutsch-kolonialen Baumwoll-Unternehmungen leitenden kolonial-wirtschaftlichen Komitees waren von stetigem, wenn auch, wie bei den obwaltenden Schwierigkeiten verständlich, langsamem Erfolge begleitet. Es betrug die Ausfuhr an Rohbaumwolle von Togo:\*)

1902 . . . . .	14 453 Kilo
1903 . . . . .	32 100 "
1904 . . . . .	108 169 "
1905 . . . . .	127 160 " .

Wenn auch diese Zahlen nur klein erscheinen, so muß man doch berücksichtigen, daß die amerikanische Weltproduktion zu Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts aus gleich schwachen Anfängen hervorging."

Ganz gewiß steht hier noch vieles im weiten Felde und die Nation darf sich die Zeit nicht zu lang werden lassen, sie darf die Geduld nicht vor Erreichung des Endziels verlieren.

Das gilt namentlich auch für die Ausgestaltung unserer Kolonien als Absatzgebiete für deutsche Industrieerzeugnisse, wo man auch nicht im Automobiltempo vorankommt. Gegenwärtig ist der Handel mit unseren Kolonien noch gering. Es betrug der Gesamthandel unserer Schutzgebiete (ausgenommen Kiautschou) in Millionen Mark:

	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Afrikanische Schutzgebiete .	32,4	40,8	46,9	50,9	49,5	55,3	56,5	51,1	62,2
Südsee-Schutzgebiete .	3,5	5,7	6,9	7,6	8,0	9,5	10,9	9,79	11,9

\*) 1906 betrug die Ausfuhr an Rohbaumwolle aus Togo 193 000 Kilo im Werte von 165 000 Mark.

\*\*) Ohne Südwestafrika, wofür in den Jahren 1904 und 1905 eine Handelsstatistik nicht veröffentlicht ist.

Die Einfuhr unserer Schutzgebiete, ihr Verbrauch an importierten Kulturgütern stellt sich in Millionen Mark wie folgt:

	1897	1898	1899	1900	1901	1902	
Deutsch- Ostafrika . . .	8,9	11,8	10,8	12,0	9,5	8,8	17,6 (1905)
Kamerun . . .	6,3	9,3	11,1	14,2	9,4	13,4	13,4 (1905)
Togo . . . . .	1,9	2,5	3,3	3,5	4,7	6,2	7,7 (1905)
Deutsch-Süd- westafrika . . .	4,8	5,8	8,9	6,9	10,1	8,5	7,9 (1903)
Neu-Guinea . . .	—	1,0	1,6	1,6	1,6	2,2	2,3 (1905)
Karolinen . . .	—	—	—	0,4	0,6	0,5	1,8 (1905)
Marshall- Inseln . . . . .	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4 (1904)
Samoa . . . . .	1,3	1,5	1,9	2,1	1,6	2,6	3,4 (1905)
	24,0	32,6	38,2	41,5	38,1	42,8	

Es hat sich ja freilich von 1897 bis 1902 der Export nach den Kolonien verdoppelt, aber er ist doch noch recht gering im Vergleich zur Ausdehnung der Gebiete und der etwa 13 Millionen betragenden Einwohnerzahl. Von Wert ist es zu erfahren, was die Kolonien einführen, was vorläufig dort gebraucht wird und in welcher Richtung sich voraussichtlich der Bedarf und Geschmack der Kolonialbevölkerung bewegen wird. Ostafrika brauchte z. B. 1904 Baumwollengewebe und Kleider für 5,5 Millionen Mark, Roheisen, Eisenwaren und andere Metallwaren, sowie Maschinen für 1,9 Millionen Mark, Nahrungs- und Genußmittel für 1,5 Millionen Mark, Getränke für 1/2 Millionen Mark. In Kamerun betrug 1904 die Einfuhr von Geweben aller Art und Wäsche 2,5 Millionen Mark, Eisen- und Metallwaren usw. Bau- und Nutzholz, Tischlerwaren, Schießwaffen, Pulver 1,3 Millionen Mark, Nahrungs- und Genußmitteln 1,1 Millionen Mark, Getränken 1/2 Millionen Mark. Die Fabel, daß wir hauptsächlich nur Spirituosen nach den Kolonien senden, ist damit aufgeklärt.

obgleich zuzugeben ist, daß der Alkoholkonsum der Kolonien ganz respektabel ist, weit mehr, als nötig wäre. Wie außerordentlich unentwickelt im übrigen noch das Bedürfnisfeld unserer Besitzungen ist, lehrt ein Vergleich mit anderen Kolonialgebieten und ihrer Bevölkerungszahl. Brasilien hat bei 14 Millionen Einwohnern eine Einfuhr von 900 Millionen Mark, Australien mit 5 Millionen Einwohnern von 85 Millionen Mark usw.

Es besteht also wohl kein Zweifel, daß wir auch in unseren Kolonien mit der Zeit Exporterfolge erzielen werden, namentlich bei einer verständigen Eingeborenenpolitik, die auf Erziehung zur Arbeit, auf Erweckung von Bedürfnissen über das rein Animalische hinaus, auf Wirtschaftlichkeit und Besitzfreude an Kulturerzeugnissen hinauskommen muß. Unbedingte Voraussetzung ist aber auch eine verständige Zollpolitik, die unsere jungen kolonialen Anlagen nicht in das allgemeine handelspolitische Gebiet verstrickt, sondern sie ihren Bedürfnissen entsprechend gesondert behandelt. Jetzt erleben wir es, da die Kolonien als Zollausland gelten, daß von der an sich nicht großen Einfuhr in die Kolonien nur etwa 30 % direkt aus dem Mutterlande stammen.

Bei dieser Handelsstatistik unserer Kolonien müssen wir aber noch eins festhalten: Kolonialpolitik ist bei aufstrebenden Völkern ein solches Lebenselement des Gesamthandels, daß er selbst dann nicht entbehrt werden kann, wenn die Kolonialpolitik zunächst nichts einbringt, sondern sogar Opfer verlangt. Kolonisation und Kultivation sind Teile der Überseepolitik, die andern Teile sind nationale Auswanderungsfürsorge, Seegeltung, Schutz des Deutschtums im Auslande. Die Teile ergänzen sich und sind nur mit Gefahren für die in den Weltverkehr gestellte Nation von einander zu trennen. Ohne Kohlenstationen und Ansiedlungen in fremden Ländern keine Seegeltung, kein Weltgeschäft und keine Überseepolitik, ohne Überseepolitik politische und wirtschaftliche Stagnation und Verkümmern des

Heimatsstaates. Aber auch der rein wirtschaftliche Zusammenhang tritt klar zutage, wenn man die längst erkannte Tatsache sich vergegenwärtigt, daß die Ausfuhr der Länder zunimmt im direkten Verhältnis zur Ausdehnung ihrer überseeischen Politik. Hübbe-Schleiden hat es in seinem Werke „Überseeische Politik“ \*) mit manchen Tabellen nachgewiesen, daß eine solche quantitative Zunahme der Ausfuhr der Nationen mit überseeischem Besitz unverkennbar ist, daß erst eine gewisse Sicherheit des Absatzes nationaler Produktion in den eigenen überseeischen Gebieten liegt und schließlich, daß der Gesamthandel der Länder mit ausgesprochener und geschickt betriebener Überseepolitik sich stetig gehoben hat. Der Wohlstand der Nationen geht mit ihrem Welthandel Hand in Hand und gedeiht nur im Verhältnisse zur Entwicklung des Welthandels. Ebenso wächst auch ihre geistige Kultur und ihre nationale Bedeutung unter den Völkern der Erde in demselben Maße, wie sie sich als Nationen aktiv im Kreise der Zivilisation betätigen. (Hübbe-Schleiden.)

Und doch wird der national-wirtschaftliche Verkehr des Deutschtums im Auslande nicht immer richtig erkannt und gewürdigt. Auslandskenner\*\*) behaupten, daß die deutsche Exportindustrie und damit die Existenz eines Drittels des deutschen Volkes mit der Existenz des Deutschtums im Auslande steht und fällt. Hätten wir nicht überall unsere deutschen Ausgewanderten im Auslande sitzen, welche als selbständige Kaufleute oder Agenten oder als Reisende oder als Konsumenten die deutsche Ware verlangen und verbreiten, dann wäre es nicht gut um unser Exportgeschäft bestellt. Der Handel folgt der Flagge, der Sprache und dem Volkstum, und dieser richtigen Erkenntnis verdanken Deutsche und Angel-

\*) Hamburg 1881. S. 14 ff.

\*\*) Deutsche Kolonialreform vom Auslandsdeutschen. S. 1449.

sachsen einen Teil ihrer Erfolge. Ein Beispiel, wenn auch nicht aus Übersee: Es ist dem deutschen Geschäftsmann, der nach der Schweiz exportiert, wohl bekannt, daß er in der französischen Schweiz relativ wenig, in der italienischen fast gar keine Geschäfte macht, während die deutsche Schweiz dem deutschen Volk fast für 300 Millionen Mark Ware abnimmt.

Sodann noch einige Ziffern, die den Zusammenhang von Auswanderung und Export nach Übersee dartun. Die größte Zahl der Deutschen befindet sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada (gegen 12,4 Millionen), Brasilien (400 000), Argentinien (60 000), Chile (20 000). Die Ausfuhr Deutschlands nach diesen Gebieten betrug im Jahre 1905:

Vereinigte Staaten und Kanada . . . . .	564,8	Millionen	Mark
Brasilien . . . . .	71,7	"	"
Argentinien . . . . .	131,5	"	"
Chile . . . . .	53,5	"	"
	<hr/>		
	823,5	Millionen	Mark.

Die Ausfuhr nach allen Überseegebieten, wozu Großbritannien, Norwegen usw. und die deutschen Schutzgebiete nicht gezählt sind, betrug 1905: 1275,4 Millionen Mark. Within absorbierten von dieser Ausfuhr die am meisten mit Deutschen besetzten Länder 64,4 %. Danach ist in der Tat eine kräftige nationale Übersee-Politik eine wirtschaftliche Notwendigkeit für das Heimatland und es stellen die Opfer für die Erhaltung des Deutschtums im Auslande, z. B. die Unterstützung des Schulwesens u. a. auch gut rentierende Kapitalanlagen dar.

Im Zusammenhang mit der Aufnahmefähigkeit für Handelsprodukte steht die **Besiedlung der Schutzgebiete mit weißer Bevölkerung**. Sie bringt die Kulturererschließung, gewerbliche Entfaltung, Verkehrswege, Bahnbau, Städtebildung usw. und damit einen ständig wachsenden Konsum von Erzeugnissen der Zivilisation. Aber auch hier geht es nicht von heute auf morgen

und ist Geduld und Zähigkeit in großem Umfange vonnöten. Es lebten in

Schwarze Bevölkerung:

Deutsch-Ostafrika (1905) . . . . .	7	Millionen
Kamerun (1904) . . . . .	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	=
Togo (1905) . . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	=
Deutsch-Südwestafrika (1903) . . . . .	200 000	(?)
Neuguinea (1905) . . . . .	350 000	
Marschallinseln (1905) . . . . .	15 000	
Samoa (1903) . . . . .	33 000.	

Weißer Bevölkerung: \*)

Deutsch-Ostafrika (1905) . . . . .	1873	(darunter 1324 Deutsche und 316 erwachsene Frauen),
Kamerun (1904) . . . . .	826	(darunter 738 Deutsche und 77 Frauen),
Togo (1905) . . . . .	224	(darunter 216 Deutsche und 31 Frauen),
Deutsch-Südwestafrika (1903) . . . . .	4682	(darunter 2998 Deutsche),
Neuguinea (1905) . . . . .	624	(darunter 417 Deutsche),
Marschallinseln (1905) . . . . .	84	(darunter 66 Deutsche und 13 Frauen),
Samoa (1903) . . . . .	381	(darunter 192 Deutsche).

Alles in allem haben bis jetzt Unterkunft in den Kolonien gegen 10000 Deutsche gefunden, im Verhältnis zur deutschen Auswanderung, die 1904 noch rund 28 000 Köpfe umfaßte, keine imponierende Ziffer. Das Kolonialwirtschaftliche Komitee richtet aber auch auf diese Frage sein Augenmerk und schreibt im Bericht von 1906: „Zur Vorbereitung einer Übersiedlung nach den deutschen Kolonien, soweit solche klimatisch geeignet sind, hat das Komitee beigetragen in Deutsch-Südwestafrika durch die unter Leitung des Ingenieurs Alexander

\*) Am 1. Januar 1906 betrug die Zahl der weißen Bevölkerung in Deutsch-Ostafrika 2465, in Kamerun 896, in Togo 243, in Deutsch-Südwestafrika 6366, in Neuguinea 682, auf den Marschallinseln 83, in Samoa 454.

Ruhn ausgeführte Fischfluß-Expedition und durch die Ausrüstung von Bohrkolonnen mit dem Ergebnis der Schaffung von 40 öffentlichen und privaten Brunnen für Tränckzwecke und der Fertigstellung von Projekten für Stauanlagen in der Löwenfluß-Route, in Arochas-Bethanien, Osis und Gibeon. In Deutsch-Ostafrika wird die Vorbereitung einer deutschen Siedlung in Verbindung mit den Eisenbahnprojekten betrieben. Zur Besiedlung der Nyassaländer hat die Erkundung einer ostafrikanischen Südbahn Beiträge geliefert; die Schaffung von Unterlagen für eine Besiedlung der nördlichen Gebiete ist der wirtschaftlichen Erkundung einer ostafrikanischen Nordbahn vorbehalten.“

Also Klima, Wasserverhältnisse, Verkehrswege sind die Hauptvorbedingungen für Kolonisation und zwar für die verschiedenen Arten von Besiedlungen und Ausnützungen. Jedoch so verstanden, daß, wo es an einer Vorbedingung fehlt, durch menschliche Kraft nachgeholfen werden kann. Selbst ein bössartiges Malaria-Klima ist für die Dauer kein Kolonisationshindernis. Chininbehandlung, zweckmäßige Lebensweise, Verbesserung der Wohn- und Schlafräume, Entwässerungs- und Entsumpungsanlagen, der Bau von Krankenhäusern, die Anpflanzung der die Feuchtigkeit rasch aufsaugenden Eukalypten schlagen Schritt für Schritt den Feind in die Flucht. Freilich hat das Klima einen großen Einfluß auf Art und Technik der kolonialen Betätigung. Die Kolonialwissenschaft (Merivale, Wakefield, Roscher, Schäffle, Hübbe-Schleiden), hat sich jetzt wohl zu der Ansicht durchgearbeitet, daß die Kolonie ein solches auswärtiges Wirtschaftsgebiet einer Nation ist, nach welchem diese nicht nur Teile ihres Kapitals und ihrer Intelligenz überträgt, sondern wo sie vor allem auch ihre eigene Nationalität als einheimische Bevölkerung ansiedelt. Es wird z. B. bestritten, daß unsere Rasse, so wie sie ist, in Indien oder Java heimisch werden könne, dort handele es sich demnach lediglich um Kultivation, nicht Kolonisation, um Ausbeutung und Kulturerziehung der fremden Rassen

zur Arbeit und Zivilisation. Kultivation gilt als eine ungleich schwierigere Aufgabe als Kolonisation, aber auch als im verdoppelten Verhältnis kapitalistisch rentabler als Kolonisation. Desgleichen ist der Handel mit Kultivalländern nach heutigen Erfahrungen einträglicher als der mit Kolonialländern.

Bergbau, Viehzucht, Landwirtschaft, Gartenbau, Plantagenwirtschaft sind die verschiedenen Formen der kolonialen Urproduktion; Handel und Verkehr und die übrigen Formen des Erwerbslebens, Handwerk, Industrie, Erquickung und Beherbergung kommen hinzu, um neues Leben auf fremden Gebieten entstehen zu lassen und Gewinnmöglichkeiten für Wagemut, Unternehmungsfinn, Fleiß und Zähigkeit bereitzustellen. Diese Gewinnmöglichkeiten ergeben sich sowohl in Kultivation, als auch in Kolonialgebieten und haben jede ihre Berechtigung, denn mit ihnen zugleich wird der Eingeborene zu höherer Kultur erzogen. Wenn gerade die Sozialisten die Eingeborenen gegen solche Kulturinflüsse schützen und sie in ihrer Ursprünglichkeit erhalten wollen, so ist daran zu erinnern, daß es einer der ihren, nämlich Lassalle war, der die Bedürfnislosigkeit verdammt genannt hat und zwar ganz allgemein, der demnach die Befreiung von Bedürfnissen doch wohl für alle Menschen als ein großes Kulturgut hingestellt hat.

Wir unterschätzen die Bedeutung der Kultivation für die heimische Volkswirtschaft nicht, denn in vielen Fällen wird erst sie uns die notwendigen kolonialen Rohstoffe schaffen, welche uns von konkurrierenden Weltmächten unabhängig machen können. Aber mindestens ebenso bedeutungsvoll ist die Kolonisation, die Ansiedlung eigener Landesfinder in Kolonialgebieten. Sie ist bisher, wie wir sahen, nicht auf die Höhe der ersten Erwartungen gekommen, denn nach mehr als 20 jähriger Kolonisationsarbeit ist die Ansiedlung und Unterbringung von 10 000 Deutschen nicht als eine Lösung des deutschen Bevölkerungsproblems anzusprechen. Aber gestatten unsere Besitzungen nun über-

haupt große Hoffnungen in dieser Hinsicht? Wird es wenigstens in der Zukunft anders und besser gehen? Darüber muß man sich volle Klarheit verschaffen, mag sie nun geeignet sein, Hoffnungen und Erwartungen zu nähren oder Illusionen zu zerstören.

Ich glaube, wir brauchen die Klarheit nicht zu scheuen und wenn wir etwas ausführlicher über diese Frage sprechen, so geschieht es eben nicht, um den Kern des Problems zu verdunkeln, sondern um ein einwandsfreies Bild von der Sachlage zu erhalten. Wir geben darum namentlich über Südwestafrika, zur Zeit das größte Schmerzens- und Hoffnungskind unserer Kolonialpolitik, den verschiedensten Sachverständigen das Wort. Über die Besiedlungsfrage in Deutsch-Südwestafrika nach dem Hererokriege schreibt ein Afrikaner, Leutnant Genz:\*) In Südwestafrika sind die Bedingungen für Einwanderer, die sich Farmen kaufen wollen, im Verhältnis zu denen anderer Steppenländer nicht ungünstige. Die Bedingungen für den Farmkauf sind festgelegt in einer Gouvernementsverfügung vom 1. August 1899. Die Verfügung unterscheidet zunächst bei der Festsetzung der Farmpreise und den Zahlungsbedingungen drei verschiedene Kategorien von Ansiedlern und zwar der Höhe des zu zahlenden Bodenpreises nach:

1. nicht wehrpflichtige Deutsche und Ausländer,
2. wehrpflichtige Deutsche,
3. ehemalige Angehörige der Kaiserlichen Schutztruppe."

Diese Einteilung wird begründet durch das verschiedene Maß, in welchem die Angehörigen der drei Kategorien an der Entwicklung und Sicherung des Landes mitwirken, und man kann ihr deshalb eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Umsomehr, da es uns in Südwestafrika in erster Linie auf eine nationale Besiedelung ankommen muß. Gerade die Zahl der

\*) Deutsche Kolonialreform von einem Auslandsdeutschen. Zürich 1905. S. 764 ff.

deutschen Farmer steht aber nicht im richtigen Verhältnis zu der der Ausländer, wozu in diesem Sinne auch die naturalisierten Buren zu rechnen sind. Ausländer und wehrpflichtige Deutsche zahlen für den Hektar Steppenland 50 Pf. bis 1 Mk., je nach der Güte des Landes. Wehrpflichtige Deutsche (Kategorie 2) können den Hektar für 30 Pf. bekommen. Die Preisermäßigung gilt nur für Farmen, die eine Größe von 5000 Hektar nicht übersteigen. Diese Größe gilt als ein zu eng begrenztes Gebiet. Die dritte Kategorie, die ehemaligen Angehörigen der Schutztruppe, die den Besitz von mindestens 2500 Mk. nachweisen müssen, können bei guter Führung von dem der Regierung zur Verfügung stehenden Kronland Farmen je nach der Höhe des nachgewiesenen Kapitals bis zu 5000 Hektar unentgeltlich erhalten. Diese und ähnliche Bedingungen hält Genz für unzureichend. Die Fälle, daß Farmen wirklich unentgeltlich abgegeben werden, sind nicht zahlreich. Die Gründe dafür sind falsche Sparsamkeit und Mangel an geeignetem Kronland. Ohne freie Abgabe von Land an Ansiedlungslustige — wenigstens in gewissen bisher wenig oder gar nicht von Weißen bewohnten Gebieten — würde man nicht einmal das Zurückgehen der Besiedlung aufhalten können. Genz bemerkt schließlich: „Sollte es sich nicht durchsetzen lassen, daß nach Beendigung des Hererokrieges denjenigen Schutztruppenoldaten, die im Lande bleiben wollen, unentgeltlich Land, ein kleiner Stock Vieh aus dem erbeuteten Hererovieh (inzwischen meist zu Grunde gegangen) und eine mäßige Geldsumme als Beihilfe oder Darlehen gegeben werden? Würde man dann noch die jungen Ansiedler für einige Jahre von den für die Farmer tatsächlich drückenden Zöllen befreien und ihnen wie bisher die freie Überfahrt ihrer Bräute zusichern, dann könnten wir in verhältnismäßig kurzer Zeit und mit verhältnismäßig geringen Mitteln in Südwestafrika eine Farmerbevölkerung haben, die sich andere kolonisierende Staaten erheblich mehr kosten lassen würden.“

Pessimistisch, was Kleinsiedlung angeht, äußerte sich der frühere Bezirksrichter und Bezirksamtman in Deutsch-Südwestafrika Dr. Hanemann in der „Kolonialen Zeitschrift“: „Deutsch-Südwestafrika ist jetzt noch kein Land für kleine Leute, weder für den Kleinkaufmann noch für den Kleinansiedler. Zur Gründung einer rentierenden Farm, zum Aushalten der oft grausamen Schläge gehört Geld und wieder Geld. Ich würde niemandem raten, unter mindestens 20 000 bis 30 000 Mk. sein Glück in der Kolonie zu versuchen. . . . Der kleine Mann wird erst dann Erfolg haben können, wenn er im Lande genügende Arbeits- und Absatzgelegenheit findet, und das kann ihm eben auch nur schaffen die durch eventuellen Bergbau an einzelnen Punkten entstehende größere Nachfrage nach geschulter Arbeitskraft und nach den Produkten der Kolonie.“

Professor Dove ferner erklärt, daß am Swakop ausgezeichnetes Gartenland vorhanden ist mit einem Klima, das dem der wärmeren Mittelmeergebiete entspricht; hier vermöchte die Dattel treffliche Früchte zu reifen und der Weinstock schwere und kostbare Sorten zu liefern und es ließen sich Rosinen und andere für den Export geeignete Pflanzen ziehen. Gerade im Interesse der Kleiniedler dürfe aber nur eine kapitalkräftige Gesellschaft solche Gartenkolonien ins Leben rufen, da nur sie die ersten ganz ohne Einnahmen verstreichenden Anfangsjahre überstehen würde. Aber man könnte die Kleiniedler mit Gewinnbeteiligung oder mit Hilfe eines Pacht-systems ansetzen.

Dr. Rohrbach schätzt in seiner Schrift „Deutsch-Südwestafrika ein Ansiedlungs-Gebiet?“ das Anfangskapital für einen rentablen Farmbetrieb auf mindestens 20—25 000 Mark, erzählt aber auch von Fällen, wo es erheblich billiger gegangen ist. Die Brutto-Jahreseinnahme aus dem Rindvieh beträgt nach seinem Tazat 10—15 000 Mark bei etwa 10 jährigem Bestehen einer großbäuerlichen Farm von 10 000 Hektar. Da das Land 50 Millionen Hektar brauchbare Weide

hat, auf der bei späterer intensiverer Ausnützung 25 000 weiße Farmerfamilien Platz hätten, da sich kleinere Städte auch ohne Diamantenfunde bilden werden, so hat nach Kohrbachs Ansicht Südwestafrika eine zweifellos gute Zukunft.

Der gleichen Ansicht ist auch der Gouverneur von Südwestafrika, Herr von Vindequist, der in seinem Bericht vom 5. Dezember 1906 an die Budgetkommission des Reichstages ausführte, daß das Land dieselben Besiedlungsverhältnisse wie Orange-Freistaat darböte, wo auf dem 8. Teil der Fläche von Südwest gegen 100 000 Weiße lebten.

Wir fassen zusammen: Südwestafrika bietet keine unüberwindliche Schwierigkeiten für Kolonisation. Es fehlte bisher an Kronland, das zu möglichst billigen Preisen an die Ansiedlungslustigen vergeben werden konnte; da jetzt aber die Ländereien der Hereros, die in Zukunft in Reservationen sich niederlassen müssen, frei werden, so kann dies Übel behoben werden. Ist ferner der Bergbau im Gange, ist genügend Wasser beschafft, sind der Bahnbau und die Verkehrswege für den Vieherport ausgebaut, ist das vorhandene reichliche Gartenland in Kultur genommen, — freilich einige Suppositionen, die Zeit brauchen — so kann in Südwestafrika mit seinem gesunden Klima ein Neudeutschland entstehen, um das uns die Völker beneiden werden.

Die Prosperität von Deutsch-Ostafrika ruht auf etwas anderen Lebensbedingungen. In diesem Lande, zweimal so groß wie das Deutsche Reich, mit tropischem Klima, ist nicht die Vieh- und Weidewirtschaft die vorherrschende Lebensbedingung der Besiedlung, sondern die Erzeugung reiner Kolonialerzeugnisse: Kopra, Kautschuk, Hanf und andere Faserpflanzen, einheimische Bauhölzer, Kaffee. Die Einbürgerung des Baumwollbaus als Volkskultur ist zwar in die Wege geleitet, kämpft aber noch mit Widerständen. In erster Linie dürfte Ostafrika Handels- und Plantagenkolonie sein, also mehr Kultivation als Kolonisation. Zwar meint

Wohltmann, daß in einigen Ländereien auch ausgedehnte Viehzucht gedeihen könnte, indessen auch er legt den Schwerpunkt auf den Anbau von Kaffee (Export 1901: 257 Tausend Mark, 1902: 483 Tausend, 1904: 524 Tausend Mark), Gummibäumen, Tabak, Hanfpflanzungen und Waldausnutzung. Die Betätigung des großen Kapitals und stetige Förderung durch die Kaiserliche Regierung sind notwendig: „Ostafrika ist nun einmal keineswegs ein von Natur derartig reich ausgestattetes Land, daß wir nur zuzulangen brauchen, um reiche Früchte einzuheimsen, wie in Kamerun; wir müssen aus Deutsch-Ostafrika erst etwas machen, ehe wir ernten können.“ Die Ausfuhr ist im Steigen begriffen. 1901: 4,6; 1902: 5,3; 1903: 7,1; 1904: 8,9 Millionen Mark. So wird jedenfalls mit der Zeit noch Arbeitsgelegenheit und Verdienst für eine beträchtliche Anzahl von Deutschen in Ostafrika geschaffen werden.

In Kamerun, das die Größe Deutschlands hat, sollen die klimatischen Verhältnisse die Massen-Ansiedlung von Europäern in den Küstengebieten ausschließen. Der kühlfte Monat — Juli — hat eine Durchschnittstemperatur von 27 Grad C., in den Waldgegenden ist das Klima ungesund, in den Höhengebieten von Nord-Kamerun erheblich besser. Somit kommt auch hier vorläufig in erster Linie Kultivation in Frage, für den Plantagenbau bietet aber die Arbeiterfrage eine bekannte Schwierigkeit. Die Ölpalme stellt den größten Reichtum der Kolonie dar (Ausfuhr an Palmkernen und Palmöl 1903: 3,3 Millionen Mark); in zweiter Linie kommen Kautschuk (Ausfuhr 1903: 2 Millionen, 1904: 3,4 Millionen Mark), Kakao (Ausfuhr 1903: 0,9 Millionen Mark, 1904: 1,04 Millionen Mark), Elfenbein (Ausfuhr 1903: 0,7 Millionen Mark, 1904: 0,9 Millionen Mark), Bau- und Nutzholz, Kolanüsse. Seidel\*) weist darauf als günstige Vorbedeutung hin, daß die Plantagenkultur von Kakao und Kautschuk sichere und immer wachsende Erträge von erheblichem

\*) Deutsch-Kamerun. Berlin 1906. S. 300.

Umfang in Aussicht stellt. Wahrscheinlich sei auch, daß die Eingeborenen in absehbarer Zeit auf eine höhere Stufe geistiger und materieller Kultur werden gehoben werden können. Der Unternehmungsgeist ist in Kamerun außerordentlich rege. Kamerun ist eines der besten Plantagenländer der Welt; die Fruchtbarkeit ist erstaunlich. Im Kameruner Plantagenbetrieb sind bereits mehr als 14 Millionen Mark engagiert und mehr als 10 000 eingeborene Arbeiter tätig. Der Kakaoexport warf im Jahre 1903 bereits rund 20 000 Zentner auf den Weltmarkt. Es werden Anbauversuche mit Muskatnüssen, Perubalsam, Guttapercha, Kola, Vanille, Kaffee, Tee, Reis usw. unternommen. Alles in allem gute Aussichten für die gewerbliche und kaufmännische Entwicklung, die sich mit weiterem Ausbau der Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmittel noch heben und auch vielen Deutschen Verdienst und Arbeit geben wird.

Unsere Kolonie Togo — ein Land von der Größe Bayerns — bietet, wie wir schon ausgeführt haben, als deutsches Baumwollland verheißungsvolle Aussichten für unsere Nationalwirtschaft. Aber auch Kokoskultur, Kaffeepflanzungen und Kautschukgewinnung schreiten voran (Kautschukausfuhr 1905: 1 Million Mark). Außer der Ölpalme, der Kokospalme erzeugt der Boden noch eine große Menge von Tropenprodukten, so daß Togo als eine Tropenbesitzung mit vorwiegender Plantagenwirtschaft von guter Qualität bezeichnet werden darf.

Von Neuguinea schließlich behauptet der Forschungsreisende Lauterbach, daß es die zukunftsreichste Kolonie Deutschlands genannt werden könnte. Ähnlich spricht sich aus langjähriger Anschauung Tappenbeck aus, und zwar beruht diese Zukunft auf der Anpflanzung der Kokospalme, auf Guttapercha und Kautschuk, Tabak, Baumwolle usw. im Plantagenbau. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf Samoa, wenn auch die Urbarmachung des Bodens viele Kräfte verschlingt und der großen Fruchtbarkeit des Gebietes vorläufig noch Fesseln anlegt. Die Kopraausfuhr ist

zurzeit der Kernpunkt der wirtschaftlichen Unternehmungen, aber andere Kulturen, so Kakao, Seide, Ölpalmen, Gummipflanzen, sind ebenfalls entwicklungsfähig. Bedauerlicherweise sind bei dem Mangel an Regierungs- und Kronland die Kauf- und Pachtpreise zu hoch geschraubt. Die Ansiedlung fordert aber auch sonst Kapital; ist das vorhanden, dann soll sie recht erfolgversprechend sein, zumal da das Klima als gut geschildert wird.

Fassen wir die Urteile, betreffend die Besiedlung unserer Kolonien, zusammen, so sind von diesen mit deutschen Kolonisten zu besetzen: Deutsch-Südwestafrika, dann Teile von Deutsch-Ostafrika, Teile von Kamerun, nach neuesten Erfahrungen auch Samoa, die Marianen, Karolinen nebst einigen Inseln von Neuguinea. Ob es überall ohne starke und nachhaltige Regierungsförderung und -hilfe geht, muß zweifelhaft erscheinen; jedenfalls muß sich die Regierung wieder in erheblicherem Umfange in Besitz von Kronland setzen, Eisenbahnen bauen oder den Bau anregen und fördern, Versuchsgärten anlegen, den Kredit erleichtern und dem Ansiedler auch sonst zur Hand gehen und ihm nicht mit einer Überfülle von Böllen und Steuern Schwierigkeiten bereiten. Hauptmann Leue, der sich über die Besiedlung gewisser Teile von Ostafrika recht eingehend geäußert hat, macht dabei mit vollem Recht auf die finanziellen Schwierigkeiten mancher Ansiedler aufmerksam. Der junge Landwirt, der nach Uhehe auswandert, braucht für erste Unkosten (Reise und Expedition an Ort und Stelle) 2 000 Mk., weiter für Anlage des Gehöfts, Feldes, Garten, für Ankauf der Viehherde und ersten Wirtschaftsbetrieb billig gerechnet 3 000 Mk. Sonach ist es begreiflich, daß die Verwaltung die Überlassung eines Besiedlungsgrundstücks von dem Nachweise eines Vermögens von 9 000 Mk. abhängig macht, aber eine schnelle und reichliche Besiedlung ist mit solchen hemmenden Bestimmungen natürlich nicht zu erzielen. Darum empfiehlt er der Verwaltung, dem Ansiedler Land, Saatgut und Zuchtvieh

zu möglichst günstigen Bedingungen zu beschaffen, und schlägt er weiter vor, die private Unterstützung durch Gründung der Besiedelungsgesellschaften auszubauen, eine Angelegenheit, der sich ja das Kolonialwirtschaftliche Komitee bereits angenommen hat. Auch für die nötige Propaganda sei durch Prospekte, Flugschriften, Auskunftserteilung usw. zu sorgen. Energie tut not. Schon nimmt in Ostafrika die indische Einwanderung zu, der Warenhandel und das Geldgeschäft ist zum beträchtlichen Teil den Indiern zugefallen. In unserm Südseebesitz beginnt der Japaner einzudringen, so daß hier wie dort möglicherweise andere Völker ernten, was wir gesäet haben.

Soviel geht aus den bisherigen Beobachtungen hervor, daß wir gar keine Veranlassung haben, die Flinte ins Korn zu werfen und die deutschen kolonialen Unternehmungen auf Abbruch zu verkaufen. Ein- und Ausfuhr heben sich konstant und geben vielen Deutschen Arbeits- und Gewinngeliegenheit; sie eröffnen Perspektiven, die uns eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande, was die Kolonialprodukte angeht, für die Zukunft gewährleisten können. Die Besiedelung geht langsam und sicher voran, so daß in der Tat unser kolonialpolitisches Programm sich zu verwirklichen beginnt.



## II.

### Kritik der Kolonialpolitik.



Seit Jahren erlebten wir an unserer Kolonialpolitik wenig Freude. Die Kritik in der Presse und im Parlamente hatte die Führung. Die Nackenschläge in Südwestafrika stimmten den Enthusiasmus, wo er noch vorhanden war, herab; die Kultivierungserfolge hielten nicht Schritt mit den bösen Nachrichten, und so be-

schließlich eben manchen guten Deutschen der trübsinnige Gedanke: wir sind kein Kolonialvolk, wir können nicht warten, haben nicht die rechten Beamten. Also fort mit Schaden, ehe die Kalamitäten noch größer werden! Vergessen wurde von denen, auf die das klerikale und demokratische Flaumachen eingewirkt hatte, daß unsere Baumwollpflanzungen gut vorankommen, daß wir schon jetzt nach so verhältnismäßig kurzer Lehrzeit für rund 6 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark Kautschuk und Gutta-percha, für 8 Millionen Mark Delprodukte, ferner Kakao, Kaffee, Nuzhölzer, Wachs usw. aus unseren Schutzgebieten beziehen. Kupfer, Zinn, Eisen, Kohlen warten des schürfenden Bergmanns. Für annähernd 50 Millionen Mark exportieren wir nach den Kolonien, die schon 10 000 Deutsche beherbergen und demnächst einen beträchtlicheren Teil unseres Bevölkerungszuwachses aufnehmen werden. Unsere nüchternen Kapitalisten haben 200 Millionen Mark im deutschen Afrika investiert, und ein erfahrener Börsen- und Bankmann geht soeben an die Sanierung unseres kolonialpolitischen Geschäfts mit frischem Mut heran. Trotzdem die Krisis und die Überfülle von Kritik? Es lohnt sich unseres Erachtens, auch vom nationalen Standpunkte die kritischen Einwürfe zu prüfen, sine ira et studio, mit Gewissenhaftigkeit und Objektivität.

Die kritischen Einwendungen gegen unsere Kolonialpolitik sind einmal ganz allgemeiner Natur, Einwürfe, die alle Völker, die kolonisierten, zu hören bekommen haben. Sie beschränken sich nicht auf den Inhalt der Rückertschen Verse:

„Wer sich behaglich fühlt zu Haus,  
Der rennt nicht in die Welt hinaus.“

Sie sind vielmehr aus ethischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen zusammengesetzt. Zum andern erfasst die Kritik unsere lokalen Schäden und unsere besonderen deutschen Eigentümlichkeiten, und hier trifft unseres Erachtens die Kritik öfter ins Schwarze als mit ihren allgemeinen Betrachtungen, die ja durch

Tatsachen bei den kolonisierenden Nationen zum größten Teil inzwischen überholt worden sind. Immerhin wollen wir beides Revue passieren lassen, da Allgemeines und Besonderes in den Tadelnsausprüchen miteinander unlöslich verknüpft zu sein pflegt.

Am häufigsten hört man den Ausspruch: Kolonialpolitik ist der Ausfluß der Vändergier und der Abenteuerlust. Wer die Kolonialpolitik verteidigt als eine Sache des Volkes, tut nach der Auffassung dieser Kritiker tatsächlich nichts anderes, als das Vaterland in den Dienst seiner eigenen Angelegenheiten stellen. Bebel drückte es im März 1906 im Reichstage folgendermaßen drastisch aus:

„Unsere Kolonialpolitik ist Ausbeutungspolitik, sie kann gar nichts anderes sein; wäre keine Ausbeutungsmöglichkeit vorhanden, so wäre die Kolonialpolitik überhaupt nicht inszeniert worden. Die Eingeborenen auf eine höhere Kulturstufe zu bringen, ihnen Zivilisation beizubringen, mag bei einer Reihe von Leuten aus dem Zentrum oder dem einen oder andern Idealisten der Kolonialpolitik das Motiv sein. Bei den Persönlichkeiten, die praktisch die Kolonialpolitik betreiben, handelt es sich, deutsch gesagt, nur um Ausbeutung und Raub und um kein anderes Motiv.“

Und nach dieser Begründung erklärt denn der Führer der Sozialdemokratie die Kolonialpolitik und speziell die unserige für „in allen Richtungen faul und verdorben“. Er und Ledebour wollen nichts damit zu tun haben, während Südekum doch wenigstens einem späteren Geschlechte, das inzwischen in allen Teilen sozialistisch geworden sein wird, koloniale Aufgaben vorbehalten will.

Die Sozialisten führen zum Beweise ihrer Verdammungsurteile die Kolonialgreuel vor. Sie beweisen in der Tat das Vorkommen rücksichtsloser und brutaler Charaktere in der kolonialen Sphäre. Eine Zeitlang schloß fast jeder Offiziersroman mit dem Zu-

sammenbruch einer militärischen Existenz in der Heimat und mit einer heroischen Auswanderung in die Kolonien. Wahrscheinlich haben manche Leute aus gutem Hause dorthin ihren Weg gemacht, die in der Heimat die Brücken abbrechen mußten und denen eine Luftveränderung dringend nottat. Hiermit aber unsere ganze Übersee- und Kolonialpolitik zu identifizieren, nüchterne praktische Geschäftsleute und Reeder für Abenteuer, Romanhelden und Ausbeuter schlechtweg zu nehmen, heißt die Sachen auf den Kopf stellen. Freilich behaupten die Sozialisten ja ähnliche Dinge von allen, die auch in der Heimat ein Unternehmen leiten. Da nämlich Kolonisation eine Wiederholung unserer eigenen Kulturentwicklung auf neuem Boden ist, so werden wir zugeben müssen, daß sich die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch dort wiederfinden, die Schäden, die u. a. darin bestehen, daß die Gütererzeugung nur den im Besitz eines gewissen Kapitals befindlichen Menschen, den Kapitalisten, möglich ist, während die Nichtbesitzenden keine unmittelbare Gütererzeugung vornehmen können, vielmehr ihren Lebensunterhalt durch Verkaufen ihrer Arbeitskraft an den Kapitalisten bestreiten und nur indirekt Vorteil aus dem Produktionsprozeß ziehen. In der großen Plantagenwirtschaft, in den Faktoreien usw. finden wir diese kapitalistische Produktionsweise sicherlich vor, sie tritt aber in den Ackerbaukolonien, in der kolonialen Viehzucht und Kleinkultivation wesentlich zurück, und zwar in dem gleichen Maße, wie der Unternehmer selbst mitarbeiten muß, um den Betrieb durch individuelle Ausgestaltung und Leitung oder durch Einschließen seiner eigenen Arbeitskraft über Wasser zu halten und voran zu bringen. Was die Ausbeutung der Eingeborenen im sozialistischen Sinne anbetrifft, so sind diese Eingeborenen doch nicht schlechtweg zu den Lohnarbeiten zu werfen, auf die allein die marxistisch-sozialdemokratischen Wirtschaftslehren Anwendung finden sollen. Die Eingeborenen befinden sich durchaus im Durchgangsstadium von unentwickelten

Kulturkräften zu brauchbaren Gemeinschaftsgliedern in unserem Sinne. Ihnen wird keine wirtschaftliche Selbständigkeit genommen, wenn sie dem modernen Produktionsprozeß eingefügt werden, sondern es wird ihnen erst eine relative Selbständigkeit gegeben, indem sie aus dem Zustande der Sklaverei, der sie durch die Raubzüge der fremden Häuptlinge ausgeföhrt sind, sowie aus der fortdauernden Gefahr des Verhungerns befreit und in den Stand gesetzt werden, sich selbst zu erhalten. Es geht die Emporentwicklung vielfach nicht ohne sanften oder auch starken Zwang ab, aber durch solche Schule haben alle Rassen und Völker gehen müssen, die es zu einer selbständigen Kultur gebracht haben. Ebenso richtig ist jedoch auch, was v. Hassell schreibt, der jede Kolonialpolitik für verkehrt hält, welche die wirtschaftliche und sittliche Hebung der Eingeborenen vernachlässigt und sie lediglich als Sklaven, wenn auch in milder und moderner Form, behandelt. Jedenfalls ist die generalisierende Kritik der Sozialisten falsch. Für die Fehler und Mißgriffe einzelner sind nicht diejenigen mit haftbar zu machen, welche sie vermeiden. Im französischen Kongogebiet sind z. B. die schlimmsten Fehler begangen, große Ausbeutungsgesellschaften aufgezogen und die Eingeborenen schlecht behandelt worden, dagegen haben die Franzosen in Nordwestafrika eine von diesen Mißgriffen freie Politik betrieben, und zwar mit Erfolg, so daß die Unterstellung unrichtig ist, nur auf Ausbeutung lasse sich rentable Kolonialpolitik aufbauen.

Man hat alle Welt- und Überseepolitik als abenteuerlich und der deutschen Solidität nicht würdig verschrieen. Will man sich demgegenüber nicht mit dem instinct inhérent der großen Kulturnationen begnügen, wie Veroy-Beaulieu den unwiderstehlichen Expansionsdrang genannt hat, so kann man soziale und wirtschaftliche Gründe genug heranholen, die die Notwendigkeit kolonialer Betätigung dartun. Diejenigen Politiker verfahren unsolide und leichtsinnig, welche bei dem enormen Bevölkerungszuwachs der

Nation, bei der wachsenden Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von fremden Produzenten von Kolonialwaren und für uns unentbehrlichen kolonialen Rohstoffen nicht daran denken, sich neuen Boden, neue Absatzmärkte, neue Produktions- und Ansiedlungsgebiete für die Zukunft zu sichern.

Das ist für uns zu kostspielig und zu gefährlich, heißt es. Wir rennen in kriegerische Verwicklungen hinein, deren Ende und Ausgang wir nicht absehen können. Kolonisation und Kultivation kosten Geld, ohne Frage, und sie entwickeln sich sehr langsam. New York brauchte fast zwei Jahrhunderte, um zu einem Handelsplatz von 8000—9000 Einwohnern zu werden. Ausnahmen stellen, was die Kosten angeht, Mexiko mit seinem natürlichen Metallreichtum, Jamaika mit den billigen Arbeitskräften, Kuba mit seinem Zuckermonopol dar, und es ist eine Illusion, wenn man in der Regel aus den Kolonien Revenuen für den Staat ziehen will. Es ist schon einiges erreicht, wenn die Kolonien sich selbst erhalten. Durchweg werden  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{3}{4}$  Jahrhundert gebraucht, um zu diesem Erfolge zu kommen. Frankreich zahlt noch heute jährlich 160 Millionen Francs für seine Kolonien, England berechnete 1835 seine Zuschüsse für Kolonien auf 46 Millionen Mark und hat viele Jahre hindurch diesen Statsatz beibehalten. Der Staat will nicht für sich finanzielle Vorteile aus den Kolonien heraus schlagen, sondern seiner Volkswirtschaft mittel- und unmittelbar damit dienen. Entschließt sich doch, wie Hübbe-Schleiden bemerkt, jedes zivilisierte Staatswesen unbedenklich, Landstraßen, Eisenbahnen, Kanäle und andere Mittel der Kultivation anzulegen, welche auch zur Entwicklung der Kulturkräfte der Nation dienen, aber ungleich größere Auslagen fordern und weniger greifbare Vorteile zeigen als richtig geleitete Ansiedlung heimischer Volksteile im Auslande. Auch das läßt sich wohl nicht bestreiten, daß je mehr wir in die Welt hinausgehen, desto mehr wir auch Gelegenheit finden, andern unbequem zu werden, und je größer

unsere handelspolitische Bedeutung in der Welt wird, desto mehr Konfliktstoffe sich aufhäufen. Das liegt in der imperialistischen Politik begründet, die ohne ein wenig Mut und Gottvertraun nicht zu betreiben ist, die aber auch umgekehrt in der gesamten Nation so wertvolle Kräfte, wie Unternehmungslust, Willensstärke, Erfindungsgabe auslöst, daß sie sich schon als Erzieherin des Volkes zu einem gewissen Teil bezahlt macht. England haben die Kolonialkriege 1739 und 1755 und der amerikanische Unabhängigkeitskrieg gegen  $4\frac{1}{2}$  Milliarden Mark gekostet, und Holland hat auch erst Riesensummen in das Ueberseegeeschäft stecken müssen, obwohl beide Nationen damals viel ärmer waren, als wir heute sind. Aber durch diese Unternehmungen sind beide Länder reich und wirtschaftlich unabhängig geworden.

Man erhebt auch gelegentlich den Einwand, die Kolonialpolitik habe den innerpolitischen Nebenzweck, das Volk durch den Glanz eines falschen Prestige zu blenden und es über die Misere heimischer Zustände hinwegsehen zu lassen. Wie weit solche Regierungsmaximen in romanischen Ländern durchschlagenden Wert haben können, mag hier nicht untersucht werden. Jedenfalls sind sie für uns nicht von Bedeutung. Dazu ist die kolonialisatorische Arbeit bei uns zu anstrengend und illusionsarm und dazu ist auf der anderen Seite der Volkscharakter viel zu wenig romantisch veranlagt, viel zu kritisch gestimmt, als daß wir an einem Uebermaß von Prestige Schaden leiden könnten. Wir brauchten vielleicht schon etwas mehr Temperament für großpolitische Ziele, und wenn die Kolonialpolitik uns dazu verhelfen würde, so darf man das als ein erfreuliches Ergebnis buchen. Insbesondere, wie die Dinge bei uns liegen, müssen wir froh sein, nur für die Kolonialpolitik selbst die allernötigste Stimmung bei einander zu haben. Daß aus ihr frische Impulse mittelbarer Art und Wirkung uns zuteil werden, das ist zurzeit leider nicht zu bemerken, nicht zu hoffen.

Was wohl hier und da über nationale Blutentziehung und Kapitalsauswanderung gesagt worden ist, gehört ebenfalls in die Reihe der blaffen Theorien. Unser Menschenzuwachs von jährlich fast 1 Million kann den leichten Aberlaß der Abwanderung namentlich nach unseren Kolonien nicht nur ertragen, sondern er verlangt ihn sogar, damit der Organismus nicht an Kongestionen und Zirkulationsstörungen zugrunde geht. Die „Expatriation der Kapitalien“ ist, selbst wenn wir die Durchschnittsberechnung von 183 bis 200 Taler pro Auswanderer im Jahre 1848 heute nicht mehr für ausreichend ansehen wollen, keineswegs gefährlich. Das Wachsen der mittleren und kleinen Einkommen, das rapide Steigen der Ziffern der Sparkassenbücher und Einlagen, die Hebung des Durchschnittswohlstandes beweisen, daß die Nation damit keine unwiederbringlichen Verluste erleidet, daß sich der Kapitalstock immer wieder verjüngt und kräftigt, und man kann es verstehen, wenn Veroy-Beaulieu die Abwanderung der Kapitalien für „ebenso glücklich wie natürlich“ ansieht.

Es war Turgot, der erklärte, Kolonien gleichen Früchten, die nur so lange festhalten wie sie reifen, und es ist richtig, daß die Emanzipation der Kolonie den Endpunkt ihrer Entwicklung darstellt. Aber dann sind die zahlreichen Verkehrsbeziehungen zwischen Heimat und Kolonie bereits so fest geschlossen, daß der neue Staat dem alten seine Schuld in handelspolitischen Werten reichlich zurückzahlt. Das Beispiel Englands und der Union ist einleuchtend: Amerika riß sich los, sobald es auf eigenen Füßen stehen konnte, und die britische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten betrug:

1772:	. . . . .	60	Millionen	Mark,
1806:	. . . . .	240	"	"
1872:	. . . . .	920	"	"

Auch die speziellen Anklagen gegen Afrika, die sich in dem Bonmot von G. A. Fischer konzentriert finden:

(185)

wo Afrika fruchtbar ist, da ist es ungesund, und wo es gesund ist, da ist es unfruchtbar, sind in ihrer verallgemeinernden Fassung längst durch Forschung und praktische Arbeit als Schlagworte ohne materielle Grundlagen erkannt worden. Es wird gelingen, durch Entwässerungs- und Entsumpfungsanlagen die Fieberzone mehr und mehr zurückzudrängen und durch naturgemäße Lebensweise, durch Verbesserung des Wohnwesens, durch Ausbau der Gesundheitspflege in den Kolonien dem Tropenklima seine Schrecken zu nehmen. Ohne Opfer und Geduld geht es natürlich auch hier nicht voran, aber die werden auch daheim gefordert und mitunter noch in höherem Maße und mit geringeren Erfolgen.

\* \* \*

Die allgemeinen kritischen Einwendungen gegen Kolonialpolitik finden sich in der öffentlichen Meinung aller Länder und werden um so hartnäckiger festgehalten, je stärker der Sinn für Doktrinen und pari passu die Zurückhaltung gegenüber großzügigen politischen Unternehmungen entwickelt ist. Wir begegnen denselben Einwendungen auch in unserer Tagesliteratur und in der Parlaments- und Versammlungsrhetorik, verstärkt noch durch einige deutsche Besonderheiten. Zurzeit ist der Vorwurf der übergroßen Kostspieligkeit der deutschen Kolonialpolitik die Hauptwaffe unserer Kolonialgegner. So meinte Bebel im Reichstage im März 1906:

„Wir haben schon jetzt an unseren Kolonien genug und übergenuß, die kolonialen Ausgaben wachsen ins Riesengroße, die kolonialen Verlegenheiten sind ebenfalls bedeutend gewachsen, und ich fürchte, sie wachsen uns allmählich über den Kopf“,

und Erzberger konstatierte in seinem Rückblick auf die Ergebnisse der deutschen Kolonialpolitik\*) das folgende:

\*) Die Kolonial-Bilanz. Berlin 1906. S. 7.

„Jedenfalls steht das Eine fest, daß die schlechte Finanzlage des Reiches ohne die hohen Ausgaben für die Kolonial- und Weltpolitik nie herbeigeführt worden wäre . . . Die Ausgaben für die Kolonialpolitik haben vor 20 Jahren mit kleinen Summen eingesezt. 1885 wurden für die Kolonialpolitik insgesamt rund 348 000 Mk. ausgegeben; 1895 schon 6 107 100 Mk., 1904: 149 490 600 Mk.“

Erzberger rechnet hier mit Einschluß der Kosten für die ostasiatische Expedition und für den südwestafrikanischen Aufstand eine Summe von 750 Millionen an kolonialpolitischen Ausgaben des Reiches in 20 Jahren heraus und stellt dieser Gesamtausgabe für den gleichen Zeitraum einen Gesamthandel von 320 Millionen Mark mit den deutschen Kolonien gegenüber.

Zunächst ist in einer Kolonialbilanz die ostasiatische Expedition auszuscheiden. Gewiß gehört sie zu unserer Weltpolitik, mit der wiederum die Kolonialpolitik verknüpft ist, aber es gibt doch ein falsches Bild der Kosten unserer Kolonien, wenn man die Erwerbung in Ostasien, die rein strategischen und merkantilen Wert hat, mit unseren Ansiedelungen und Kultivationen in Afrika zusammenwirft. Überdies mutet es bei einem Zentrumsmann eigenartig an, dieses Schuldkonto in der Kolonialbilanz zu verbuchen, denn die Expedition wurde unternommen, als 1897 in der Provinz Schantung zwei katholische deutsche Missionare ermordet worden waren. Damit scheiden 86 Millionen Reichszuschuß für Kiautschou und 274 Millionen für die Expedition aus der Rechnung aus. Aber auch der südwestafrikanische Aufstand kann nicht im spezialisierten Kolonialbudget verrechnet werden, ohne zu falschen Schlüssen zu verführen. Schon ein alter Sachkundiger — Merival — nennt es bizarr, die Kriegskosten zu den Unterhaltungskosten der Kolonien zu schlagen. Sie müssen im Kriegsbudget der Nation verbucht werden. Ziehen wir aber auch diese rund 182 Millionen Mark ab, welche bis 1906 die „Expedition in das südwestafrikanische Schutz-

gebiet“ verschlungen hat, so bleiben von den Erzberger-  
schen Gesamtkosten nur noch 211 Millionen Mark, welche  
die Kolonien an Reichszuschuß in 20 Jahren gebraucht  
haben. Wenn er dieser Summe den Gesamthandel  
des gleichen Zeitraums gegenüberstellt, so hat das  
Zweck und Richtigkeit. Es sieht zugleich erheblich ver-  
trauenerweckender aus, als seine Unglücksbilanz. Und  
wenn wir den stetigen Fortschritt im Handel, in der  
Produktion der Kolonialerzeugnisse, in der Besiedelung  
unbefangen betrachten, so ist es in der Tat unstatthaft,  
den Eindruck zu erwecken, daß die Millionen für die  
Kolonien sozusagen fortgeworfenes Geld seien; sie sind  
vielmehr produktive Anlagen, bei denen Erfolg und  
Gewinn allerdings nicht sogleich zu erwarten sind.  
Man kann nicht zu gleicher Zeit säen und ernten  
wollen. Nehmen wir z. B. den Etat für Ostafrika  
1906, so finden wir darin verlangt für Meliorationen  
und Kulturzwecke, die erst in der Zukunft zur vollen  
Entfaltung und Geltung kommen können, u. a. folgende  
Posten:

Medizinalwesen . . . . .	188 700 Mk.
Bekämpfung von Epidemien 1. Rate . . . . .	50 000 =
Für Bauten, Grundstücke, Inventar . . . . .	598 500 =
Neubauten der Werft Dar-es-Salaam 2. und letzte Rate . . . . .	250 000 =
Ausbau von Straßen, Förderung der Eingeborenen-Ansiedelung im Küsten- gebiet, Unterstützung von Baumwoll- kulturversuchen . . . . .	682 000 =

Insgesamt 1 769 200 Mk. unmittelbar für kulturelle  
Zwecke mit längerer Reifezeit. Beim Etat für Kamerun  
bewilligte der Reichstag für Zwecke der Landeskultur,  
Lazarettbetrieb, Bauten, Wege- und Brückenbauten,  
Flußregulierungen, Ausbildungszwecke, Schulwesen usw.  
über 1 Million Mark. Ähnlich hoch sind die Summen  
für die anderen Kolonien, zu denen noch die Auf-  
wendungen für das Eisenbahnwesen hinzutreten, die  
auch nicht sogleich den ganzen Nutzeffekt entwickeln.  
Zugegeben, daß das Kolonisieren Geld kostet, daß auch

unwirtschaftliche Ausgaben vorkommen, und daß die Kolonialverwaltung wie jede Geld verlangende und verbrauchende Behörde eine scharfe Kontrolle auch vom Reichstage aus nötig hat, alles das zugegeben und die mancherlei Verdienste des Abgeordneten Erzberger auf diesem Gebiete dazu, niemals ist der Pessimismus und die Mörgelsucht berechtigt, wie sie durch solche Unglücksbilanzen à la Erzberger großgezogen worden sind.

Dernburg setzt ihnen wenigstens einen ebenso berechtigten Optimismus entgegen, indem er in seiner Schrift „Zielpunkte des deutschen Kolonialwesens“ sogar die 700 Millionen-Rechnung Erzbergers acceptiert und daran die statistische Betrachtung schließt, daß in 22 Jahren das deutsche Nationalvermögen sich um mindestens 30 Milliarden vermehrt habe und daß daher die erwähnten Ausgaben für unsere Kolonien etwa 2% von dem Zuwachs des deutschen Nationalreichtums ausmachen.

Im Vergleiche zu den Aufwendungen anderer Länder für ihre Kolonien sind die Zuschüsse des Deutschen Reiches für seine Schutzgebiete, die nach unserer Berechnung im Durchschnitt 8 bis 9 Millionen jährlich betragen, keine Verschwendung und kein Zeichen übermäßiger Kostspieligkeit. Der Spieß läßt sich sogar umdrehen, und ist auch umgedreht worden mit der Spitze nach den allzu sparsamen Geldbewilligern. Die lokale Verwaltung in den Kolonien arbeitet sicherer und unter Umständen praktischer und sparsamer mit Reichszuschüssen, wenn sie so groß sind und so rechtzeitig geleistet werden, daß sie genügende Dispositionsfreiheit lassen und alsdann günstige Konjunkturen ausgenutzt werden können.

Ein Beispiel ist der Bau der Eisenbahn Lüderix-  
bucht—Keetmanshoop. Hätte man ihn sofort, wie vorgeschlagen worden war, im Herbst 1904 in die Wege geleitet, so könnte der wichtigste Teil jetzt fertig sein und Anfang 1907 Keetmanshoop erreicht werden. Statt dessen wurde erst um die Jahreswende 1905/06 mit der Hinausführung für die Strecke bis Kubub

begonnen. Statt der Eisenbahn auf der Strecke Lüderitz-  
bucht—Kubub, die  $7\frac{3}{4}$  Millionen Mark gekostet und  
jährlich einen Aufwand von 1 200 000 Mk. für Betrieb,  
Verzinsung und Amortisation erfordert hätte, wurde  
für 7 700 000 Mk. ein Fuhrpark beschafft, dessen Unter-  
haltung monatlich 1 Million, jährlich also 12 Millionen  
Mark kostete, aber ohne Verzinsung und Amortisation,  
wie die amtliche Denkschrift ausdrücklich betont. Was  
an Bedarf fehlte, wurde aus dem britischen Gebiet  
eingeführt oder, wie Handtke seinerzeit im „Deutschen“  
bemerkte, von den Rippen gehungert. Welche Summen  
infolge dieses Sparsystems ins Ausland geflossen sind,  
ist schwer zu sagen. Die Denkschrift für die Bahn  
von Kubub nach Keetmanshoop, die das Datum des  
19. Mai 1906 trägt, schätzt sie bis dahin auf rund  
100 Millionen Mark. Alles in allem werden rund  
150 Millionen Mark herauskommen. Das Ergebnis  
dieser Politik ist also, daß es der Heeresleitung in  
Südafrika nicht erlaubt wird, für  $7\frac{3}{4}$  Millionen Mark  
einen Schienenweg als Etappenstraße zu erbauen, daß  
aber keinerlei Bedenken vorliegen, wenn sie für dieselbe  
Summe einen Fuhrpark beschafft und für dessen Unter-  
haltung und Ergänzung jährlich das Dreifache aus-  
gibt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß er noch  
nicht ein Drittel des tatsächlichen Bedürfnisses leistet,  
das der Schienenweg mit Leichtigkeit geleistet hätte.  
Über die nach der Kapkolonie geflossenen Gelder wird  
noch bemerkt, daß sich darunter auch die Schmiergelder  
für die englischen Offiziere befinden, ferner daß aus  
Kapstadt, Johannesburg, Durban alle Ladenhüter aus  
dem Burenkriege den Engländern abgekauft werden  
mußten. Darunter besonders alte Konserven, Lager-  
decken, Uniformen.

Nach alledem haben wir mit falscher Sparsamkeit  
in Südwestafrika ein herzlich schlechtes Geschäft ge-  
macht. Vielleicht versuchen wir es jetzt mit richtig  
verstandener Liberalität. Aber es ist wahr, die Ver-  
waltung genießt zurzeit geringes Vertrauen: Bureau-  
kratie, Grausamkeiten, ungeordnete Wirtschaft, die an

Korruption streift, haben eine tiefgehende und zum Teil nicht unberechtigte Verstimmung hervorgerufen, eine Verstimmung, die alles andere eher als eine freigebige und offene Hand von Reichs wegen erwarten läßt. Bureaukratie! Wie leiden wir auch in der Heimat oft darunter. Der vormalige Oberpräsident von Schlesien, Fürst Hatzfeldt, hat vor kurzem einige vortreffliche Anmerkungen zur Kunst des Regierens gemacht. Er rühmte die Zeit, wo gut verwaltet, aber fast gar nicht regiert wurde, jetzt habe man das Verwalten zugunsten des Regierens vernachlässigt. „Und doch ist nichts gefährlicher, als mit mißverständener Schneidigkeit zu viel regieren und reglementieren zu wollen; die Schneidigkeit ist eine sehr schätzenswerte Eigenschaft für den Soldaten; die Schneidigkeit des Verwaltungsbeamten beeinträchtigt meist die Sachlichkeit der zu treffenden Entscheidung.“ Es ist nun auch in den Kolonien vielfach dahin gekommen, daß dort die Bureaukratie in Routine und Vielschreiberei und in der Absperrung von den realen Bedürfnissen eine verhängnisvolle Macht entfaltet hat, und daß die Klagen über Militarismus und Assessorismus gar nicht abreißen. Eine Fülle von Verordnungen ist über die Ansiedelungen und Ansiedler niedergegangen, Verordnungen, die sich häufig genug gegenseitig aufheben und widersprechen. Differenzen zwischen Militär- und Zivilverwaltung, unnötige Quälereien der Eingeborenen, widerliche Grausamkeiten und sittliche Verfehlungen mannigfacher Art schreien nach energischer Verwaltungsreform und nach einem eisernen Besen. Aber papierne Verordnungen helfen herzlich wenig. Durch die Auslassungen von Erzberger, Ablaß und anderen sind ja diese Fälle Horn, Besser, Dominik, Wegner, Kannenberg, Thierry, Brandeis, Brauchitsch und Puttkamer, und wie sie alle heißen mögen, hinreichend bekannt geworden, und der Abgeordnete Bassermann traf durchaus das Richtige, als er im März 1906 erklärte, „daß in der Kolonialverwaltung der letzten Jahre viel gefehlt ist, zumal in Rücksicht darauf, daß die Aus-

wahl der Personen, die man hinausgesandt hat, nicht sorgfältig genug war, daß man Persönlichkeiten, die reif zum Falle waren, zu lange gehalten hat, daß Fehler gemacht worden sind auch bei Abschluß von Verträgen und wohl auch bei der Behandlung von Eingeborenen.“ Wir haben noch nicht den brauchbaren Beamtentypus für die Kolonien zu entwickeln vermocht und laborieren noch an manchen Gebrechen auf diesem Gebiete des Persönlichen.

Die Monopolverträge der Kolonialverwaltung mit den Firmen Tappelskirch & Co., Adolf Woermann und Rade scheinen übrigens zu beweisen, daß auch in der Heimat, in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, also nicht nur unter dem Einfluß der Tropensonne und des Küstensiebers, Beamtenwillkür und Mangel an wirtschaftlichem Sinne sich viel zu lange breit gemacht haben. Auch hier dürfen wir uns der Spezialia enthalten. Es ist ja jetzt auf der ganzen Linie mit diesen Monopolzuständen gebrochen, und, wie es scheint, ein etwas kritischerer kaufmännischer Geist in die Kolonialverwaltung eingezogen.

Von größerer praktischer und prinzipieller Wichtigkeit sind unseres Erachtens die Einwendungen gegen die bisherige Land- und Eingeborenenpolitik der Regierung und sie spitzen sich am letzten Ende auf die Frage zu: Staat oder privates Unternehmertum in den Kolonien? Es wird dem System Kayser (1891 bis 1897) zur Last gelegt, daß es, um die Kolonien möglichst schnell zu entwickeln, um Erfolge aufzuweisen und etwas Geld wieder nach Hause aus den Kolonien bringen zu können, in allzu forcierter Art und in Anlehnung an Bismarcks Standpunkt, der die Kolonien von großen Gesellschaften regiert und verwaltet sehen wollte, versucht habe, den Einmarsch des Kapitalismus in unsere Kolonien auf jede Weise zu begünstigen.

Es wurden alle möglichen Gesellschaften gegründet, besonders für Südwestafrika und Kamerun und man überließ allzu bedingungs- und sorglos den Kapita-

listen das Wertvollste in den Kolonien, den Grund und Boden mit allen darin schlummernden Schätzen, mit Erzen und Steinen usw. Es wurden in den ersten Stadien der deutschen Kolonisation den Kolonialgesellschaften, die in Afrika Gebiete erworben hatten, Hoheitsrechte eingeräumt, die sie nicht ausüben und durchführen konnten und darum an das Reich zurückgaben. Diese Gründungen wurden dann reine Erwerbs- und Spekulationsgesellschaften, so die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika mit ihren Tochtergesellschaften: Raafogesellschaft, Anglo-German-Copper-Company, die die Ansiedlungen deutscher Farmer nicht förderten, sondern durch monopolistische Bodenpreispolitik verhinderten. Teils entstanden Konzessionsgesellschaften, mit Landkonzessionen ausgestattete Gesellschaften, die das Spiel ähnlich trieben, unter englischem oder internationalem Einfluß standen und ein riesiges Gebiet und viele Gerechtsame ohne Verpflichtung zu Gegenleistungen erhielten. Auch sie förderten die Ansiedlung nicht, hintertrieben sie vielmehr und riefen bössartige Konflikte mit den Eingeborenen auf. Die kapitalistische Spekulation beherrschte die koloniale Szene mit der Wirkung, daß fast ausschließlich eine kleine internationale Gruppe von Gründern und Banken das ganze Kolonialwesen in die Hand bekam und dafür sorgte, daß sich kein störendes Element in das Spiel einmischte. Diese Gruppe ist dann weiter einflußreich im Kolonialrate, in der Kolonialgesellschaft, und hieraus erklärt es sich, daß in den Kolonien die Privatgesellschaften und deren Interessen weit mehr zu melden haben als Staat und Allgemeininteressen. Diese verhängnisvolle Wechselwirkung ist auch im kolonialen Eisenbahnwesen zu spüren.

Auch für die Verkehrszwecke mußte erst Kapital in die Kolonien gelockt werden, es kam aber nicht ohne Überlassung von Landkonzessionen, ohne Monopole und Bergwerksgerechtsame. Bis zu einem Grade mögen diese Privilegien das Entgelt für kulturelle

Leistungen und darum günstiger zu beurteilen sein als die einfachen Landschenkungen. Aber leider sind die kulturellen Leistungen vielfach in der Landspekulation erstickt. Die Schwierigkeit für die Kolonialverwaltung darf hierbei nicht verkannt werden: der Reichstag ist sparsam und betreibt die so dringend notwendige Entwicklung des Eisenbahn- und Verkehrs wesens im Schneckentempo, das Volk wird leicht kolonialmüde und will Erfolge sehen, im andern Falle schiebt es noch mehr Kolonialgegner ins Parlament; in dieser Notlage schließt die Verwaltung den Pakt mit der Hochfinanz und wird alsdann in mancher Hinsicht übers Ohr gehauen, weil diese Hochfinanz selbstverständlich die für ihre Zwecke geeignetsten Kolonialexperten vorschickt, und weil gegen den Ring dieser Kolonialpolitiker mit bürokratischer Routine nicht viel auszurichten ist. Es ist ja jetzt von der Regierung und vom Reichstage eine sogenannte Landkommission gebildet worden zur Untersuchung der Konzessionsgesellschaften in Südwestafrika und Kamerun; sie ist am 10. Februar d. Js. zusammengetreten und außerdem hat ein Mann der Hochfinanz die Leitung der Kolonialgeschäfte übernommen; vielleicht gelingt es diesen vereinten Kräften, das Mißverhältnis zwischen Konzession und Gegenleistung bei den Landgesellschaften aus der Welt zu schaffen, dem Reiche für Zwecke der Besiedlung und der Eingeborenenreservate das nötige Kronland zurückzugewinnen, das Verkehrswesen auch ohne Verschleuderung von Monopolen und Gerechtfamen zu heben. Es ist auch durchaus nicht gesagt, daß die anzustrebenden Reformen sich nur auf Kamerun und Südwestafrika zu beschränken brauchen; Ostafrika und anderes bedarf ebenfalls der bessernden Behandlung. Alles das muß aber mit ruhiger und vorsichtiger Hand ohne doktrinaire Voreingenommenheit gegen das Kapital geordnet werden. Darin liegt die Schwierigkeit. Keine Staatskolonien, reine Genossenschaftsunternehmungen und rein philanthropische und auf Kolonialenthusiasmus begründete Kleinsiedlung

sind Illusionen, die, im Übermaß verwendet, unser Kolonialwesen ebenso ruinieren können wie die spekulative und kapitalistische Überhitzung.

Wie zeitweilig verkehrt gewirtschaftet worden ist, das läßt u. a. die dem Haushalt des Schutzgebietes Südwesafrika für 1905 beigelegte Denkschrift betr. Ablösung des Rechts der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwesafrika an den Bergwerksabgaben im Schutzgebiet erkennen. Die Einnahmen aus den Gebühren und Abgaben des Bergbaus im Schutzgebiete sollten nach der Bergbauverordnung vom 15. August 1889 zunächst zum Teil den Grundeigentümern und den Häuptlingen zufließen, sodann aber zur Deckung der Kosten der Bergverwaltung verwandt werden. Der dann noch bleibende Überschuß sollte zur Hälfte an die genannte Gesellschaft zur Verwendung im Interesse des Schutzgebietes abgeführt werden. Dieses Recht der Gesellschaft sollte nun durch eine Summe von 100 000 Mk. abgelöst werden. Es verblieb jedoch der Gesellschaft das gebühren- und abgabefreie ausschließliche Recht, in ihrem Landbesitz von 135 000 Quadratkilometer nach ihrem Ermessen Bergbau selbst zu betreiben oder durch andere betreiben zu lassen und die Bedingungen festzusetzen, unter welchen die fremde Ausbeutung geschehen soll. Mit anderen Worten: die Gesellschaft behielt das Recht, alle Gebühren und Abgaben aus dem Bergbau von Fremden einzuziehen innerhalb ihres gewaltigen Landgebietes, ihr eigener Bergbaubetrieb blieb gebührenfrei. Nur in dem Gebiete — 120 000 Quadratkilometer — in welchem der Gesellschaft das ausschließliche Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien zusteht, sollte sie eine Abgabe von höchstens 2½ Prozent des Wertes der jährlichen Förderung von Mineralien an die Regierung zahlen. Das ist eine übermäßige Begünstigung einer Landgesellschaft, bei der unsere Kolonialfinanzen kaum auf den grünen Zweig kommen können.

Ein anderes Beispiel läßt die Börsen- und Bodenspekulation im Schutzgebiet erkennen. Im Dezember

1898 erhielt ein Konsortium ein Vorrecht auf Kronland in Südkamerun in einer Ausdehnung von über 7,5 Millionen Hektar. Als Gegenleistung versprach das Konsortium 10 Prozent vom Reingewinn an das Reich abzuführen, das Konsortium ging mit seinem Besitz und 2 Millionen Mark Grundkapital an die Brüsseler Börse und setzte für 18 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark Aktien und Genußscheine ab. Reingewinn 500 Prozent ohne jedes Risiko! Ein großer Teil dieser Spekulationsgesellschaften rückt an Ansiedlungslustige kein Land heraus mit der Motivierung, ihre Besitzungen lägen zu weit entfernt von Straßen und Ortschaften und hätten noch keinen Preis. Aber sie tun nichts für die Erschließungsarbeiten und überlassen das Wesentliche dieser Arbeit dem Staat. Auf die Art kommt man natürlich nicht vom Fleck.

Mit der Landfrage steht in engstem Zusammenhange das Problem der Eingeborenenbehandlung. Auch hier ist nicht mit Schablonen zu arbeiten und die Kritik mengt Richtiges und Falsches durcheinander. Die Land- und Eingeborenenpolitik ist verschieden, je nachdem eine dichte oder dünne Urbevölkerung den Boden besetzt hält, je nachdem extensive Weidewirtschaft der Kolonisatoren die Urbevölkerung zu verdrängen die Tendenz hat oder Plantagenwirtschaft eine möglichst zahlreiche einheimische Bevölkerung verlangt. Wo ferner Gemeineigentum oder gar Individualeigentum schon als feste Begriffe und Gemeinschaftseinrichtungen in der Bevölkerung bestehen, da muß anders operiert werden als da, wo Eigentumsbegriffe sich wenig oder gar nicht gefestigt haben. Es ist aber klar, daß der Staat kaum eine Regulierungsmöglichkeit mehr hat, wenn die Landgesellschaften nahezu uneingeschränkt das Heft in der Hand halten. Es kommt die absolute Unentbehrlichkeit der Urbevölkerung in den Tropen für Kolonisation und Kultivation hinzu, um den Staat zu verpflichten, der planlos wirtschaftenden Selbstsucht in den Arm zu fallen. Die manuelle und mechanische Arbeit muß

durchweg der Tropenbevölkerung überlassen bleiben, weil sie der Europäer nicht leisten kann. Das setzt aber eine die Eingeborenen zufriedenstellende Bodenpolitik und eine Lösung der Arbeiterfrage in den Kolonien voraus, die die Naturvölker an die Arbeit gewöhnt, nicht auf dem Wege der Sklaverei und des sklavenmäßigen Zwanges, sondern durch Gewährung von Schutz und Förderung ihrer Interessen und durch Erweckung von Kulturbedürfnissen. Das alles ist aber leichter gesagt und gefordert, als getan und durchgeführt. Das Endziel muß wohl freie oder organisierte Arbeit der Eingeborenen oder die Arbeit freiwillig übersiedelter Angehörigen niedriger stehender Völker sein; aber ehe das Endziel erreicht ist, sind Experimente und Abweichungen vom richtigen Wege an der Tagesordnung.

Auch bei der Eingeborenenbehandlung haben wir bisher nicht immer eine glückliche Hand gezeigt, was dann zu Aufständen und zur Zerstörung mühselig geschaffener Kulturgüter geführt hat. Die dem Etat für 1905 von der Regierung beigelegte „Denkschrift über Eingeborenenpolitik und Hereroaufstand“ zeigt uns einen Teil der Schwierigkeiten, die uns in Südwestafrika bislang gegen 300 Millionen Mark gekostet haben. Die Übelstände im Schuldeintreibungsverfahren der Händler gegen die Eingeborenen hatten die bekannte Leuweinsche Verfügung zur Folge, welche verhindern wollte, daß den Storebesitzern Landstrecken von besorgniserregender Größe für alte Schulden zufielen und daß Einflagungen der Schulden sich gegen den ganzen Stamm des Schuldners, anstatt gegen den Schuldner allein richteten. Die Verfügung wurde alsbald beschränkt, dann suspendiert und den Händlern eine Frist von 2 Jahren gegeben, in der sie ihre alten Forderungen, soweit nötig, durch das Gericht geltend machen könnten. Im übrigen wurden sie vor leichtfertigem Kreditgeben gewarnt. Die Eingeborenen waren verschuldet, die Minderpest hatte unter ihren Herden gewütet. Die Händler gingen, gedrängt durch

die Regierungsverordnung, mit gerichtlichen Pfändungen vor oder pfändeten auf eigene Faust. So kam eine große Erregung über die Hereros, sie schritten zum Aufstand, um überhaupt die deutsche Herrschaft, die ihnen das Land nahm, abzuschütteln.

In anderen Kolonien hat der Arbeitszwang zu Konflikten geführt. Die Eingeborenen finden an der Arbeit wenig Geschmack; sie konnten in der Hinsicht bislang mit sehr wenig auskommen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, waren freilich auch öfter in Gefahr zu verhungern. Indessen ist die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit eine unbedingte kulturelle und wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie kann geschehen einmal durch die Mission, die in den Missionschulen die Neger auch zu allerhand Gewerbe und zur Landwirtschaft anhält. Sie kann aber auch geschehen durch die Regierung auf dem Wege einer eigenartigen Steuer- und Finanzpolitik. Es wird dabei von dem Schwarzen verlangt, daß er zur Bezahlung von Staats- und Gemeindeausgaben eine Hütten- oder Kopfsteuer in angemessener Höhe entrichtet. Er kann das in bar, in Naturalien, in Lieferung von Landesprodukten an die staatlichen Stationshäuser, oder in Handarbeit während einer Reihe von Tagen für Staat oder Gemeinde, oder wenn diese keine brauchen, für Private leisten. Die Privaten müssen dem Staate den betreffenden Steuerbetrag nach einem bestimmten Lohn-tarif vergüten oder ihn den Eingeborenen im Tageslohn auszahlen. Darin, daß die deutsche Verwaltung für innere Ruhe und Abschaffung der immerwährenden Fehden und Sklavenjagden der Stämme untereinander, daß sie für Verkehrssicherheit und Verkehrswege, für Spitäler, für Erhaltung der Viehstände, für Förderung der Eingeborenenkulturen sorgt, in alledem liegt das Recht begründet, von den Negern Gegenleistungen zu beanspruchen. Es ist ausgerechnet worden, daß der Arbeiter in Deutschland mit einer vierköpfigen Familie an indirekten Steuern so viel dem Staate geben muß, daß es nahe an den Lohn für einen Monat Arbeit

herankommt. Sobald der Eingeborene die Wohlthaten eines geordneten Staatswesens erfährt — ob er sie erkennt oder anerkennt, ist gleichgültig — muß er, wie jeder andere, zur Bestreitung der Staatsausgaben beitragen. Die Kopfsteuer existiert in allen französischen Kolonien als Grund- oder Hüttensteuer, daneben kommen Paßzwang mit Gebühren und öffentliche Fronarbeit vor. In den englischen Kolonien finden wir ebenfalls Hüttensteuern, die in Produkten oder in Arbeitstagen abgeleistet werden. Ähnlich bei den Portugiesen und Holländern. Es wäre wunderbar, wenn wir in unseren Kolonien anders verfahren würden, und in der That bürgert sich mehr und mehr der Arbeitszwang in Form der Steuerleistung auch in unseren Besitzungen ein, wodurch der Eingeborene allmählich zu einer Art von wirtschaftlicher Selbstverantwortung erzogen wird. Verworfen wird allgemein die Idee der Zwangsarbeit auf militärischem Wege, was ja auch in der That nur ein anderer Name für Sklaverei und Ausbeutung ist. Sicherlich kommen bei diesen Erziehungssteuern auch Mißgriffe vor, namentlich wo gleich mit zu rigorosen Strafen vorgegangen, wo die Arbeit der Eingeborenen nicht nach vernünftigen Grundsätzen abgeschätzt wird oder wo die Steuervermittlungsstelle, das ist am besten und in der Regel der eingeborene Dorfälteste oder Kapitän, nicht richtig funktioniert. Es soll das bei den ostafrikanischen Zumben oder Akiden, den dortigen Dorfältesten, der Fall gewesen sein, und daraus sollen die Unruhen wegen der Hüttensteuer in Ostafrika entstanden sein. Die allgemeinen theoretischen Bedenken wegen der vom Staate organisierten Arbeit der Neger, die bei den Sozialisten auf Mitleid mit den ihrer Freiheit und Faulheit beraubten Eingeborenen hinauslaufen, sind jedenfalls unberechtigt.

Die Parlamentsphilantropen, die die Eingeborenen vor der Kulturarbeit bewahren wollen, wenden sich naturgemäß mit verstärkter rhetorischer Kraft gegen das Strafwesen in den Kolonien, namentlich gegen

die Prügelstrafe. Zunächst einige Notizen über den eigentlichen Rechtszustand. Nach der Verfügung des Reichskanzlers vom 22. April 1896 können Eingeborene, die in einem Dienstverhältnis oder Arbeitsvertragsverhältnis stehen, auf Antrag der Dienst- und Arbeitgeber wegen fortgesetzter Pflichtverletzung und Trägheit, wegen Widersetzlichkeit oder unbegründeten Verlassens ihrer Dienst- oder Arbeitsstellen sowie wegen sonstiger erheblicher Verletzungen des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses disziplinarisch von dem mit Ausübung der Strafgerichtsbarkeit betrauten Beamten (Bezirksamtman, Stationsvorsteher, Expeditionsführer) mit körperlicher Züchtigung und in Verbindung mit dieser Strafe oder allein mit Kettenhaft nicht über 14 Tage bestraft werden. Die körperliche Züchtigung besteht in der Prügel- oder Rutenstrafe, und zwar kann die Vollstreckung auf einmal oder in zwei Abschnitten erfolgen. Bei jedem Vollzug der Prügelstrafe darf die Zahl von 25 Schlägen, bei dem Vollzuge der Rutenstrafe die Zahl von 20 Schlägen nicht überschritten werden. Der zweite Vollzug darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen erfolgen. Alle möglichen ärztlichen Sicherheitsmaßnahmen sind vorgeschrieben. Schließlich ist über die Strafvollstreckung ein besonderes Strafbuch zu führen.

Von Buren und anderen Afrikakennern wird diesen Vorschriften eher eine zu große Milde als das Gegenteil zur Last gelegt. Besonders imponiert die Bestimmung der zeitlichen Teilung in der Prügelstrafe nicht; wenn der Eingeborene seine Prügel erhalten hat, weiß er wofür; nach zwei Wochen ist ihm die Fortsetzung der Prozedur in ihrer Begründung nicht mehr klar. Im übrigen sind die meisten Kolonialpolitiker darin einig, daß ohne energische Züchtigungsmittel, die freilich nach den Grundsätzen strenger Gerechtigkeit und ohne Übertreibungen angewandt werden müssen, die Disziplin und der Respekt nicht aufrecht zu erhalten sind. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Widerhaarigkeit, Verschlagenheit und geistige und sitt-

liche Schlawheit der Regier nur durch gelegentliche fühlbare Strafen überwunden werden können. Die Gefahr roher Ausschreitungen, widerrechtlicher Straferektionen und unzweckmäßiger Häufungen von Strafen liegt übrigens nahe, da Klima, soziale Stellung, isolierte Lage des Beamtentums eine gewisse Herrenmoral begünstigen.

Wir kommen im Anschluß an die Kritik der Boden- und Eingeborenenpolitik zum Kern der Reformversuche, zur Verwaltungsreorganisation und zur Frage der parlamentarischen Kontrolle und Mitarbeit. Es bilden ja völkerrechtlich die deutschen Schutzgebiete einen Teil des Deutschen Reichs; nicht aber staatsrechtlich, da der Art. 1 der Verfassung auf sie nicht Anwendung findet. Demgemäß gelten die Kolonien nur ausnahmsweise und, soweit dies durch Reichsgesetze ausdrücklich erklärt wird, als Reichsinland. Nach Art. 11 der Verfassung hat der Kaiser das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen. Wir haben diese Bestimmung bisher so ausgelegt, daß bei Verträgen, bei denen der Kaiser für das Reich Kolonien erwirbt oder aufgibt, die Zustimmung des Reichstags und des Bundesrats an sich nicht erforderlich sei und nur dann erforderlich werde, wenn diese Verträge finanzielle Verpflichtungen enthalten oder wenn sich finanzielle Verpflichtungen mittelbar aus ihnen ergeben. Zuerst wurden die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete geordnet durch Reichsgesetz vom 17. April 1886. Hierzu erschienen viele Novellen und 1900 eine Gesamtedaktion mit dem Titel „Schutzgebietsgesetz“. In dem Schutzgebietsgesetz sind die meisten Gegenstände der Regelung durch kaiserliche Verordnung vorbehalten. Reichstag und Bundesrat sind inzwischen nur selten in Anspruch genommen, wohingegen Verordnungen des Kaisers, des Reichskanzlers, des Kolonialdirektors, der Gouverneure usw. in überreichem Maße erlassen worden sind.

Gegen diese Reglementiererei ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Ganz ist sie nicht zu vermeiden, aber sie läßt sich einschränken, darüber sind alle einig.

Anders steht es mit der Frage der Mitwirkung und Kontrolle des Reichstags an den kolonialen Gesetzen und Verordnungen. Im März 1905 haben die Abgeordneten Erzberger und Dr. Arendt eine Einschränkung des Verordnungsweges und eine gesetzliche Ausgestaltung des Kolonialrechts unter Mitwirkung von Bundesrat und Reichstag verlangt. Dieses Drängen nach größerem Einfluß kann man verstehen. Wenn man aber berücksichtigt, wie so sehr verschiedenartig die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten liegen, die alles in allem nahezu fünf mal so groß als das Deutsche Reich sind, wie schwer auf dem Gesetzeswege Irrtümer wieder aus der Welt zu schaffen sind, wie leicht unser Parlament, das bislang noch wenig Sachkunde gezeigt hat, zu Irrtümern kommen kann, so müßten jedenfalls auch noch andere Institutionen ausgebaut werden, welche die Kolonien vor unzumutbaren parlamentarischen Experimenten bewahren oder gegen finanzielle Austrocknung durch den Reichstag schützen könnten. Die Kolonien müßten größere finanzielle Selbständigkeit erhalten, es müßte der Kolonialrat ausgebaut und mit praktisch brauchbaren Funktionen versehen werden. Vor allem war die Zentralbehörde zu reformieren und ein selbständiges Kolonialamt zu bilden; die Selbstverwaltung in den Kolonien muß ferner mehr entwickelt werden, damit sie sich rechtzeitig und wirksam gegen verkehrte Politik im Reichstag wehren können. Ehe alles das nicht durchgeführt ist, scheint mir große Vorsicht in der Zuweisung weiterer Rechte an den Reichstag geboten zu sein.

Der „sachverständige Beirat für koloniale Angelegenheiten“, der 1890 der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes als Kolonialrat angefügt wurde hat sich in der Tat weder kritisch noch schöpferisch durchzusetzen verstanden. Es fehlen in ihm, wie es scheint, die rechten Vertreter und Kenner der Kolonien.

Das ist bei anderen Völkern anders. Im französischen conseil supérieur des colonies, dem unser Kolonialrat teilweise nachgebildet ist, sind neben Präsidenten von Handelskammern, Banken, Delegierten kommerzieller und geographischer Gesellschaften Deputierte der Kolonien vertreten. Dazu ist freilich nötig, daß die Selbstverwaltung in den Schutzgebieten selbst mehr entwickelt ist, als es bei uns der Fall ist. Bei uns spielt der Gouverneur eine zu große Rolle, obwohl er in manchen Kolonien immer wieder aus klimatischen und anderen Gründen bald abgelöst zu werden pflegt. Es fehlt ihm eine zweite verantwortliche Kraft zur Seite, die ihm die nötige Initiative ließe, aber ihn auch vor allzu gewagten Experimenten am lebenden Körper der Kolonie bewahrte. Die Finanzgebarung dieser beiden Männer müßte, damit die Initiative nicht in Wenn und Aber erstickt wird, eine größere Unabhängigkeit erhalten, als sie jetzt durch die Berliner Zentralverwaltung gewährleistet wird. Das jetzige zopfige Rechnungswesen kann den nervenstärksten und arbeitsfreudigsten Kolonialbeamten zur Verzweiflung und schließlich zur Resignation bringen. Aber auch die Heranziehung der Bevölkerung zur Verwaltung der Kolonien ist noch keineswegs mustergültig bei uns. Die Gouvernementsbeiräte, die nach der 1903 erlassenen Verfügung eingesetzt wurden und aus dem Gouverneur, aus Schutzgebietsbeamten, als amtlichen Mitgliedern und einer Anzahl von weißen Einwohnern des Schutzgebietes, als nichtamtlichen Mitgliedern, bestehen, haben weder die Regierenden noch die Regierten befriedigt. Die nichtamtlichen Mitglieder beruft der Gouverneur nach freiem Ermessen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich lediglich auf Gutachten, an die der Gouverneur nicht gebunden ist. Zugegeben, daß die Kolonisten nicht immer geborene Parlamentarier und Regierungsmitarbeiter sind, zumal wenn ihre heimatischen Qualitäten der Nörgelsucht und der Besserwisserei in den Kolonien sich „naturgemäß“ weiter entwickelt haben, — etwas größere Kompetenzen in der Selbst-

verwaltung wird man ihnen doch gewähren müssen, wenn diese Selbstverwaltung überhaupt einen Zweck haben und sich nach und nach vervollkommenen soll.

Schließlich die Zentralverwaltung in Berlin, die Kolonialabteilung, welche in ein eigenes Kolonialamt verwandelt zu werden verlangte. Gerade aus der leidenschaftlichen Kritik, der unsere Kolonialpolitik lezt hin unterworfen worden war, ergab sich die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Zentralbehörde, welcher vor allen Dingen größere Verantwortlichkeit und Bewegungsfreiheit gewährt werden mußte. Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes war in ihrer alten Gestalt längst unhaltbar geworden. Sie war feinerzeit als Abteilung des Auswärtigen Amtes eingerichtet, also dem Staatssekretär dieses Amtes untergeordnet worden, weil in den Jahren des Flaggenhissens und Besißergreifens naturgemäß die auswärtigen Interessen und Beziehungen hervorragend in der Kolonialpolitik in die Erscheinung traten. Jetzt ist eine gewisse Konsolidierung in den Beziehungen unserer Kolonien zu anderen Mächten erfolgt, und die Kolonialabteilung ist mehr eine Aufsichtsinstanz für die innere Verwaltung unserer Kolonien, für ihre Verkehrs- und lokalen Verwaltungsfragen, für Kulturversuche und steuerwirtschaftliche Probleme. Im Jahre 1905 bezogen sich von den 116 500 Nummern der Kolonialabteilung nur 652 auf auswärtige Angelegenheiten (Erlasse an Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate usw.). Auf der anderen Seite hatte das Auswärtige Amt unter 126 000 Nummern nur 2158, die sich auf Kolonialsachen bezogen. Kolonialabteilung und Auswärtiges Amt sind sich fremd geworden, und eine Trennung der Geschäfte war leicht durchzuführen, ja eine Notwendigkeit bei dem Wachsen der kolonialpolitischen Aufgaben. Tatsächlich hatten die Beamten der Kolonialabteilung ein Maß von Selbständigkeit, das gefährlich geworden ist, weil die Kolonialabteilung in einen Zwitterzustand hineingeraten war: der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hatte sich im Interesse

seiner übrigen Obliegenheiten Entlastung von den Kolonialaufgaben verschafft und diese sollten dem Reichskanzler unmittelbar vorgetragen werden, was natürlich bei der starken geschäftlichen Belastung des Reichskanzlers ebenfalls Schwierigkeiten bot. Mit einem Wort: ohne rechte oberste Verantwortung und Kontrolle war die Kolonialabteilung sich selbst überlassen, und die Dezernate entbehrten der systematischen Führung.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, sollte die Kolonialabteilung eine oberste Reichsbehörde werden, damit ihr Chef nach dem Stellvertretungsgesetz selbst mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut werden könnte. Der Chef des Auswärtigen Amtes sollte nicht mehr hinfort mit Angelegenheiten behelligt werden, wofür ihm Verständnis, Zeit und Interesse fehlten. Der Chef des neuen Kolonialamtes dagegen sollte mit der Zuweisung der ausschließlichen Verantwortung zum Träger eines selbständigen Kolonialsystems gemacht werden und dieses in politischer und finanzieller Hinsicht selbständig vertreten. Das Reichskolonialamt — so die Regierungsvorlage — sollte besetzt werden mit 1 Staatssekretär, 1 Unterstaatssekretär und 1 Direktor. Es sollte in vier Abteilungen gegliedert sein für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, für Personal- und Justizsachen, für Finanzen, wirtschaftliche und technische Sachen und schließlich für militärische Verwaltungssachen. Der Plan war zunächst an Personenfragen und an der Furcht der Kolonialopposition gescheitert, daß das neue Amt im frischen Betätigungsdrange allzuweit in die Weltpolitik hinaussteuern würde.

Es liegen so überaus gewichtige und schwierige Aufgaben vor, Wert und Bedeutung unserer Kolonien sind so sehr beständig im Wachsen begriffen, die Notwendigkeit, die finanzielle Selbständigkeit der Kolonien zu fördern, das Verkehrswesen auszubauen, mit den Landgesellschaften sich auseinanderzusetzen, eine gesunde Boden- und Eingeborenenpolitik zu treiben, also die Rentabilität der Kolonien zu steigern, liegt bei den

steigenden Reichszuschüssen für die Schutzgebiete offen zutage. In der bisherigen Weise durfte nicht fortgewirtschaftet werden, wenn wir nicht in Mißmut und Kritik ersticken wollen. Die einigermaßen wohlwollenden Kenner unserer Kolonialpolitik sind einig darin, daß wir in unseren afrikanischen Besitzungen nicht die schlechtesten, sondern gute Ländereien für Kolonisation und Kultivation erworben haben. Aber in der Entwicklung aller großen Reiche begegnen wir einem Zustande der Unschlüssigkeit und Ratlosigkeit, da man nicht weiß, wie man die neuen großen Flächen aufnehme, wie man den politisch eroberten Boden durch Einzelarbeit sicherstellen soll. Gerade hier ist die Zeit Macht. Gerade die stille Arbeit der Einzelnen, wenn sie sich frei und ungestört entfalten kann, pflanzt die politische Macht fester im neuen Boden ein als alle stoßweise Machtentfaltung. So möge man denn die Kritik gelten und wirken lassen, wo sie zu bessern und zu fördern imstande ist. Niemals jedoch darf sie uns die Freude an der Arbeit nehmen, sondern sie kann immer nur ein Sporn für kulturelle und vaterländische Tätigkeit sein.



### III.

#### Der Zusammenbruch des alten Systems.



Die letzte Reichstagsauflösung hatte ihren Grund in der kolonialpolitischen Krisis. Ein System der Schlassheit und Halbheit brach zusammen, ein anderer Leiter der kolonialpolitischen Geschichte karambolierte so hart mit der herrschenden parlamentarischen Macht; diese Parlamentsherrschaft war so überaus abstoßend in die Erscheinung getreten, daß Rehraus gemacht und an das Volk die Frage gerichtet werden mußte, ob es noch Vertrauen zur Kolonialpolitik des Reiches habe,

wenn neue Kräfte neue Wege finden und wandeln würden.

Die Auflösung des Reichstags war eine Tat der Überraschung und Befreiung. Niemand hätte gedacht, daß der Kanzler, der keine inneren Krisen wollte und mit der vom Zentrum geführten Mehrheit so lange Jahre konstitutionell sich vertragen und regiert hatte, plötzlich anderen Sinnes und anderen Willens werden und sich auf Tod und Leben mit dem Zentrum verfeinden würde. Aber daß nun endlich doch noch der Reichskanzler der widerwärtigen Politik des Kuhhandelns und Feilschens ein Ende gemacht hat, das hat Freude und Genugtuung hervorgerufen in allen deutschen Landen. Und wenn es auch überraschend kam, so war die Heimsendung der Reichsboten doch etwas sehr Natürliches und Wichtiges. Denn in den großen nationalen Forderungen darf es schließlich keinen prozentualen Ausgleich mehr geben, da muß der Staatsmann, der vor Gott, König und Volk die Verantwortung trägt, ohne Bruchrechnung aufs Ganze gehen.

Im klerikalen und sozialistischen Lager wurde alsbald die Sache so dargestellt, als hätte man sich doch noch über die paar Millionen oder 1000 Mann Soldaten in Südwestafrika vertragen und verständigen können, als hätte Eigensinn und Rauflust die verbündeten Regierungen und die nationalen Parteien veranlaßt, Schluß zu machen und jeden Vermittlungsstandpunkt abzulehnen. Das ist durchaus falsch. In dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie jeden Mann und jeden Groschen verweigerte zur endlichen Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika, in dem Augenblick, wo das Zentrum erklärte, der Reichstag müsse dem Gouverneur und dem Generalstab die Verantwortung abnehmen und mit 4000 Mann und schließlich mit 2500 Mann das durchführen, was Landes- und Sachkundige nur mit der doppelten Zahl zu unternehmen wagten — in diesem Augenblick, wo dann Zentrum und Sozialdemokratie sich vereinigten, gab es für die Reichs-

regierung nur noch ein Gebot: Abbruch der Verhandlungen mit diesen Parteien und Appel an das Volk.

Allen Versicherungen der Militärverwaltung und der Sachkenner entgegen wollte das Zentrum das nicht bewilligen, was nach der Kriegslage unbedingt notwendig war. Das hätte die Regierung zur Kapitulation vor dem Zentrumsgeneralstab gezwungen und hätte im ganzen Auslande den Glauben erweckt, daß bei uns mächtige Parteiführer über Krieg und Frieden entscheiden, daß man nur die schlechte Stimmung dieser Leute abzuwarten brauche, um Deutschland anzugreifen. Und in Südwestafrika hätte eine Nachgiebigkeit gegen das Zentrum unsere Truppen und Farmer mit Erbitterung und Beschämung erfüllen müssen und zugleich hätte die Zurückziehung von etwa 6000 Mann sofort den Kampfmuth der im Süden diesseits und jenseits der englischen Grenze schwärmenden Hottentotten aufs neue entfacht, und da bei einem Bestande von 26 000 Gefangenen auch im Norden, im Hererolande, noch Gefahr vorhanden ist, daß der Aufstand wieder aufflackert, so muß auf absehbare Zeit in dem 840m 000 qk großen Lande eine stärkere Truppenmacht gehalten werden, als sie Herr Erzberger und Herr Spahn gütigst bewilligen wollten. Wenigstens so lange, bis die von der Kolonialverwaltung in Aussicht genommene Miliz der Ansiedler zur dauernden Verteidigung des Landes herangezogen werden kann. Die Regierung durfte sich also nicht für den 1. April 1907 auf die Herabsetzung der Schutztruppe auf 2500 Mann binden.

Die schweren Verluste, die gerade in letzter Zeit eingetreten waren, bewiesen, daß die Pazifizierung des Südens noch nicht durchgeführt war.\*) Bei einem Angriff der Hottentotten auf eine Verpflegungskolonie bei Uhanaris waren 6 Leute gefallen, 5 verwundet

---

\*) Erklärungen der Kommissare des Bundesrats in der Budgetkommission Nr. 611, 1905/1907, S. 17 ff.

worden, und von den Gefallenen war keiner ohne drei Schuß im Leibe. Es wurde von der Opposition freilich immer mit 300 Hottentotten operiert, die noch zu besiegen wären. Das war verkehrt und irreführend: der gefallene Hottentotte bedeutet eine Verminderung der Gefechtskraft nur, wenn wir in den Besitz seines Gewehres und seiner Munition gelangen, weil anders sofort bisher waffenlose, aber mit Waffen und Munition vertraute Männer in die Reihen der Feinde treten. Auch die ursprüngliche Stärke des Hottentottenstammes gibt keinen Anhalt, denn Hereros, Bondelzwarts, Kaffern — selbst aus englischem Gebiet — haben die Hottentottenbanden verstärkt, so daß unsere Truppen anscheinend dauernd gegen dieselbe Zahl kämpfen. Außerdem wird ein großer Teil unserer Kräfte verschlungen durch die technischen Truppen, Eisenbahnkompagnien, Feldsignals, Telegraphen-, Funkenabteilungen, Verpflegungskolonnen, Lazarett-, Verwaltungs- und Intendanturpersonal. Nach der Aussage des Oberstleutnants Kube müssen wir, um einen Mann angriffsweise an den Feind zu bringen, vier in die Kolonie schicken. Hieran war Schuld u. a. auch das Fehlen der Eisenbahn Kubub—Keetmanshoop.

Daß ein Wiedererwachen des Aufstandes dem Reich wiederum hundert Millionen Mark und mehr und viele Menschenleben kosten könnte, socht Herr Spahn nicht an. Wenn er sich jetzt geirrt hätte, könnten ja, so meinte er, später neue Truppen hinausgeschickt und neue Millionen bewilligt werden. Also unter Umständen neuer Krieg und größere Opfer, damit nur das Zentrum seinen Willen hat und Rache nehmen kann für die Abstrafung Roerens.

Auch auf diese Seite der Zentrums politik muß mit wenigen Worten zur Veranschaulichung der unmöglich gewordenen Lage hingewiesen werden. In der Kolonialverwaltung bei uns und in Afrika sind schwere Mißstände zutage getreten. Die Übervorteilungen des Reichs durch Tippelskirch & Co., durch Wörmann und Kade lassen auf eine mangelhafte Verwaltung

schließen. Das ist ein Verdienst der Parlamentarier, hier Wandel geschaffen zu haben. Ebenso ist unbedingt zuzugeben, daß ein Teil der Kolonialbeamten in den Kolonien keine Zivilisatoren und Erzieher der Schwarzen darstellen, sondern Leute sind, die selbst noch der stärksten Zuchtmittel bedürfen. Ein Übermenschen, brutale, gewalttätige und unsittliche Naturen sind nicht für die Kulturarbeit in Afrika geeignet, und mögen dort auch andere ethische Maßstäbe gelten, es sind doch genug Schandtaten bekannt geworden, die das energische Dazwischenschreiten des Parlaments rechtfertigen. Es darf und soll nichts vertuscht, sondern es muß rücksichtslos mit der Reform in capite et membris durchgegriffen werden. Das hat auch der neue Herr in der Kolonialabteilung, Herr Dernburg, versprochen, und er ist, so scheint es, der Mann, es durchzuführen und auszuhalten.

Zur Zeit des Duells zwischen Roeren und Dernburg drehten sich die Gegensätze nicht um diese Kolonialskandale, deren Scheußlichkeit und Unerträglichkeit jedermann zugab, sondern darum, ob sie gründlich und rücksichtslos untersucht oder ob sie auf privatem Wege ohne diese Prüfung nach den Absichten einer Partei erledigt werden sollten, einer Partei, die aus diesen Skandalen politische Pressionsmittel gemacht hatte. Diese Art von Vertuschung und im Zusammenhang damit ein förmliches Herrschaftssystem in der Kolonialabteilung, das ist es, was dem Zentrum zur Last gelegt werden mußte, was in den Reichstagsverhandlungen des Dezember unzweideutig offenbart worden war.

Wir möchten die bemerkenswertesten Aktenstücke wenigstens auszugsweise hier festhalten als Dokumente der Zeitgeschichte und als Beweise für die Schwierigkeiten unserer Kolonialpolitik. In dem Streite der Steyler Mission in Togo mit den Kolonialbeamten hatte sich ein Beamter der Togoer Kolonialverwaltung, Bureauvorstand Wistuba, seit Jahren freundlich zur Mission gestellt, er hatte sie mit Material gegen die Kolonialbeamten, gegen seine eigene Behörde, unterstützt,

er war ihr juristischer Ratgeber gewesen, hatte eine Depesche, welche vom Auswärtigen Amt an die Behörde in Logo geschickt worden war, geöffnet und sie der Mission ausgeliefert (Reichstagsbericht 132. Sitzung 3. Dezember 1906 S. 4101). Wistuba erhob nun gegen den Bezirksamtmann Dr. Kersting und andere Beamte schwere Beschuldigungen. Die Anschuldigungen des Wistuba gegen Kersting waren dem Abgeordneten Roeren jahrelang bekannt, er hat sie jedoch nicht vorgebracht, sondern zurückbehalten und zu allerhand Einwirkungen auf die Kolonialabteilung benutzt. Der Wistuba wurde abberufen und weil er mit dem Geheimen Sekretariatsassistenten Boeplau Material gegen die Kolonialabteilung ausgetauscht hatte, in Disziplinaruntersuchung genommen. Nun bemühte sich Roeren fortwährend für ihn, um das Disziplinarverfahren abzuwenden und um ihm eine Pensionierung mit vollem Gehalt oder eine andere Stellung in Europa mit Auslandsgehalt zu verschaffen. Andernfalls würde, so erklärte Roeren sehr eindringlich, bei der Zentrumsfraktion „eine für die Kolonien sehr ungünstige Umstimmung“ die Folge sein. Das ist PreSSION in des Wortes schlimmster Bedeutung. Ferner hat der Oberlandesgerichtsrat Roeren, ein preussischer Richter, sich wiederholt darum bemüht, daß in ein schwebendes Gerichtsverfahren von hoher Hand eingegriffen werde, indem er z. B. an den Reichskanzler telegraphierte: „Bitte dringend, Disziplinarsache gegen Wistuba zu inhibieren.“ Schließlich — und das bezeichnet Dernburg mit Recht als das stärkste Stück — hat Roeren am 12. Februar d. J. bei der Vernehmung gegen Wistuba bei seinen zeugeneidlichen Befundungen die Äußerung getan: „Wenn die Wistubasche Angelegenheit nicht in der vom Zentrum erwarteten Weise erledigt wird, so werden wir uns genötigt sehen, für die Kolonien überhaupt nichts mehr zu bewilligen (S. 4102).“ Als ihn wegen aller dieser Verfehlungen Dernburg stellte, wußte der Abgeordnete Roeren nichts weiter zu erwidern als, daß er Dernburg Börsenjobber- und

Kontorton vorwarf, ihn der Unwahrheiten, des niedrigen, mehr als robusten Gewissens zieh und ihm sagte, daß er nach seiner ganzen Vergangenheit nicht fähig sei, Roeren bloßzustellen. Roeren nahm also zu Beschimpfungen seines Gegners seine Zuflucht, was nie als ein Beweis von Stärke zu gelten pflegt. Daneben nannte er den protokollierenden Beamten einen grünen Assessor, was er in der nächsten Sitzung feierlich zurücknahm, weil ihn der Assessor inzwischen gestellt hatte.

Bemerkenswert ist auch bei diesem widerwärtigen Jesuitenhandel ein Protokoll vom 25. November 1904 (S. 4117) von einer Sitzung in der Kolonialabteilung, die unter Beisein von Stuebel, Roeren und dem Präfekten Bücking von der Steyler Mission vom Göttlichen Wort in Togo stattfand. Hieraus geht klar hervor, daß die Togoer Mission eine schwarze Liste führte von Beamten, die sie in Togo nicht belassen wollte. Es heißt in dem Protokoll: „Nachdem bereits ein Beamter (v. Rotberg) entlassen, zwei (Graef und Schmidt) in ein anderes Schutzgebiet versetzt worden waren, verlangte Herr Roeren, daß auch ein Herr Sekretär Lang nicht nur auf eine andere Station, sondern in ein anderes Schutzgebiet versetzt werde.“ Roeren sagt dann von dem Gerichtsassessor Tieß, der bei der Verurteilung eines Missionars wegen Beleidigung mitgewirkt hatte und später gestorben war, „ihn habe Gott gerichtet“. Andere Beamte nannte er Schurken. Nun heißt es weiter in dem Protokoll (S. 4118): „Herr Ministerialdirektor Dr. Stuebel trat der Bemerkung des Herrn Roeren, ein Teil der Beamten seien Schurken, entgegen, worauf Herr Roeren und Herr Präfekt Bücking andeuteten, daß, wenn den Wünschen der Mission nicht voll Rechnung getragen würde, man Angriffe in der Presse nicht werde verhindern können.“ Dr. Stuebel hat schließlich hinsichtlich der Hauptforderung, der Versetzung Langs in ein anderes Schutzgebiet, ihm doch dieses laudinische Joch nicht zuzumuten.

Auf dem gleichen Gebiete liegt die Ausbeutung der politischen Machtstellung, die sich ein, inzwischen ver-

storbener, anderer Führer der Zentrumspartei, Prinz Arenberg, schuldig gemacht hat. Er forderte die Entfernung des Bezirksleiters Schmidt in Togo und sicherte die Annahme der Togobahnvorlage zu, wenn Schmidt von einer öffentlichen Besprechung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen absehe. Beim Prinzen Arenberg war es der Geheimrat von König von der Kolonialabteilung, der unter das kaudinische Joch mußte.

Wir können also rekapitulieren: der Zentrumspartei war ihre Machtstellung als Regierungspartei derartig in die Krone gestiegen, daß ihre Wortführer nicht mehr Maß und Ziel fanden und im Verein mit Mission, Parlament und Presse die Beamten daheim und in den Kolonien absetzten und prämierten, je nachdem sie sich zur Mission oder zum Zentrum zu stellen verstanden. Es löste darum lebhafteste Zustimmung aus, als Dernburg erklärte, daß solche Dinge niemals wieder in der Kolonialabteilung passieren würden, und daß er, nachdem er die Giterbeule aufgestochen habe, die Konsequenzen ganz gerne tragen wolle.

Hierbei ist aber festzuhalten, was vom Zentrum jetzt vielfach verschoben wird, daß es sich niemals um konfessionelle Fragen bei diesem Streite handelt und gehandelt hat. Von den meisten Kolonialpolitikern werden die Missionen als unentbehrlich in der Erziehungsarbeit für die Eingeborenenbevölkerung betrachtet und andererseits ist doch auch sehr wohl zu beachten, daß nicht alle Zentrumsabgeordnete für die Ablehnung des Nachtragsetats gestimmt haben und daß namentlich im Lande eine große Zahl von Katholiken die Haltung der Mehrheit des Zentrums schlechterdings nicht versteht und billigt. Es liegt offenbar eine politische Machtprobe des demokratischen Teils der Zentrumspartei vor, jenes Teils, der infolge der Diäteneinführung starken Zuzug aus dem Süden erhalten, der sich unter die Führung von Erzberger und Schädler gestellt und die mehr national gerichtete Politik Spahns, des nicht gleichwertigen Nachfolgers Liebers, zur Seite gerückt hatte. Derartige Kämpfe sind nichts

Ungewohntes im Zentrum, nur daß sie nicht immer so scharf in die Erscheinung treten, wie in den Dezembertagen. Sie erforderten aber sofort scharfe Abwehrstellung seitens der Regierung und der nationalen Parteien in dem Augenblick, wo das Zentrum Hand in Hand mit der Sozialdemokratie der Kriegsverwaltung die Mittel vorenthalten wollte, welche sie zur Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika für unbedingt erforderlich hielt. In dem Augenblick lag nicht mehr ein häuslicher Streit, eine mehr gleichgültige Überhebung der Demokratie im Zentrum, sondern eine schwere Gefährdung unserer nationalen Interessen vor. Da mußte „Se. Exzellenz der Rücksichtslosigkeit“, wie ihn die klerikale „Germania“ genannt hat, scharf herangehen und das hat er Gott sei Dank getan.

Das Zentrum kann seine Haltung auch durchaus nicht damit begründen, daß in der deutschen Kolonialpolitik der Kurs geändert, daß etwa ins Meer der Überschwenglichkeiten und Uferlosigkeiten gesteuert worden sei. Im Gegenteil, der neue Kolonialdirektor Dernburg hat sich als nüchterner, praktischer Geschäftsmann erwiesen, dem nur daran liegt, Ordnung in das Kolonialgeschäft zu bringen und der nur ein Ziel kennt, durch zähe Arbeit unsere Kolonien prosperierend zu machen.

Die beiden Denkschriften, welche er dem Reichstage aus Anlaß der Vorlage der Nachtragsetats für Südwestafrika überreicht hat, die Denkschriften über die deutschen Kapitalinteressen in den deutschen Schutzgebieten (ohne Kiautschou) und über die finanzielle Entwicklung der Schutzgebiete, haben ja mancherlei Anfechtung erfahren.

Aber sie enthalten doch außerordentlich wichtige Fingerzeige für die Beurteilung unserer kolonialpolitischen Bilanz. Dernburg will beweisen, daß der Umfang des in den Kolonien investierten Kapitals größer ist, als man allgemein angenommen, daß die Rentabilität dieses Kapitals besser ist, als man ebenfalls angenommen hat. Ferner stellt er fest, daß

das in den deutschen Kolonien angelegte Privatkapital das vom Reich investierte werbende Kapital wesentlich übertrifft, und daß, wenn man die Militärlasten auf das Reich übernehme, die Kolonien recht günstig dastehen würden, indem dann ihre Einnahmen die Verwaltungsausgaben zu übertreffen anfangen würden.

Die eine Denkschrift gibt den Wert der fiskalischen Kapitalien mit 61 Millionen, den der großen Schifffahrtslinien mit 65 Millionen, den Kapitalwert der Missionen mit zirka 8 Millionen Mark an. Das in Gesellschaftsform tätige Kapital beläuft sich auf rund 143 Millionen. Von Einzelunternehmern (Farmer, Pflanzer, Kaufleute) sind 65 Millionen investiert, von Kommunen etwa 2 Millionen. Zusammen gibt das 370 Millionen. Nun rechnet Dernburg zu dem Umfang der angegebenen Interessen noch den Kapitalwert des Exports der Kolonien als Maßstab für die in denselben geleistete Arbeit und kommt so auf rund eine Milliarde.

Die zweite Denkschrift beschäftigt sich im wesentlichen mit der Etatsentwicklung der Schutzgebiete und verfolgt, um eine geregeltere Finanzwirtschaft herbeizuführen und um früher den Etat der Schutzgebiete in Einnahme und Ausgabe ausgleichen zu können, den Plan, die Militärausgaben von den übrigen Ausgaben der Schutzgebiete zu trennen und dem Mutterlande zu überweisen. Gegen diesen Gedanken ist vielfach Einspruch erhoben worden und er ist wohl von Dernburg preisgegeben, obwohl ja manches auch für ihn spricht. Festhalten möchte ich hier nur, daß nach den neuesten Ermittlungen der Kolonialabteilung von 1886 bis 1906 die Einnahmen unserer Schutzgebiete im Durchschnitt schon 61 % der Ausgaben gedeckt haben.

Schließlich ist auch zu erwähnen der organisatorische Plan Dernburgs, in Südwestafrika eine besondere Schutzzone zu errichten,  $\frac{3}{8}$  des ganzen Gebietes demnächst mit militärischem Schutz zu versehen. Die

Schutzlinie stellt einen Gürtel von 100 Kilometern dar, rechts und links der Bahnen, die führen von Swakopmund nach Otavi und nach Tsumeb, von Swakopmund über Karibib, Okahandja nach Windhuk und drittens entlang der Strecke von Lüderitzbucht nach Keetmanshoop. Dernburg nimmt an, daß bis auf 100 Kilometer eine Bahn einen wesentlichen Schutz gibt und es soll nun außerhalb dieses Kreises Kronland nicht verkauft und es sollen Private möglichst vom Verkauf abgehalten werden. Wer sich außerhalb des Limes ansiedelt, hat auf militärischen Schutz nicht zu rechnen und tut es auf eigene Rechnung und Gefahr. Dadurch soll die Besiedelung konzentriert und der limitierte Teil mit Ansiedlern besetzt werden. Ist die Besiedelung fertig, so kann neues Land in Angriff genommen werden, wozu in nicht allzulanger Zeit Gelegenheit sein wird, weil nach den Darlegungen des Gouverneurs von Vindequist der Andrang zu Farmkäufen im südlichen Teil des Schutzgebietes zurzeit besonders groß ist. Zehntausend Farmer seien schon jetzt unterzubringen und später eine Besiedelung nach Art derjenigen im Orange-Freistaat, das auf dem siebenten Teil der Fläche von Deutsch-Südwestafrika über 100 000 Weißen die Existenz gibt, möglich.

Diese Pläne wurden zunächst vertagt, da die koloniale Krisis in der schärfsten Form ausgebrochen, der Ruf an das Volk erfolgt war. Bei den Reichstagswahlen im Winter 1906/07 hat nun das gesunde nationale Empfinden und die volkswirtschaftliche Einsicht sich siegreich durchgekämpft und, wie wir hoffen dürfen, unsere Kolonialpolitik aus der Enge und Gedrücktheit inferiorer Kritik befreit.



IV.

Neuer Aufbau in den deutschen Kolonien.

es

Es war ein für deutsche Verhältnisse ungewohnter Anblick, den Leiter der Kolonialabteilung im Beginn des Jahres 1907 von Stadt zu Stadt in Nord und Süd eilen und in ungemein stark besuchten Volksversammlungen sein Programm entwickeln zu sehen. Bisher äußerte sich im günstigsten Falle der Staatsmann von einer Parlamentstribüne herab, aber das Vorbild französischer und englischer Minister hat offenbar bei uns Schule gemacht, und wir brauchen das nicht zu bedauern. Dernburg warf nun in seinen Versammlungen die Frage auf:\*) Fühlt sich die Nation innerlich kräftig und stolz genug, eine einmal begonnene Kulturaufgabe nicht aufzugeben, fühlt sie sich reich genug, weitere Ausgaben zu machen, die nicht unmittelbar rentieren. Er stellt in den Vordergrund, daß ihm der Eingeborene der wichtigste Gegenstand der Kolonisation sei. Auf seine Umwandlung in einen zivilisierten, konsumfähigen und produktiven Menschen komme es an, das sei für ihn das Hauptproblem kolonialisatorischen Wirkens. Wie hat man früher kolonisiert? Es kam der Händler, es kam die Adventurers Company, und sie verkauften dem Eingeborenen, was er am liebsten haben wollte, den Schnaps, das „Feuerwasser“, die Feuerwaffen. Man hat damit den Grund zur Zerstörung großer Massen gelegt. . . . Hat man früher mit Zerstörungsmitteln kolonisiert, so kann man heute mit Erhaltungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar wie der Arzt, die Eisenbahnen wie die Maschinen, also die fortgeschrittene theoretische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten. Mit anderen Worten: Dernburg

\*) Zielpunkte des deutschen Kolonialwesens. Berlin 1907.

geht darauf hinaus, den Staat stärker und reichhaltiger für die Kolonisations- und Kultivationsaufgaben zu engagieren als es bislang geschehen konnte, und er will durch eine moderne Auffassung der Aufgaben ihre Lösung erleichtern. Im ganzen ein Programm, dem man zustimmen darf. Aber es kommt hier wohl auf die Details an, bei denen Meinungsunterschiede sich aufstun und über die man sich aussprechen muß. Ich unterscheide Aufgaben, die sich 1. mit der allgemeinen Verwaltung, dem Justizwesen und der militärischen Organisation, 2. mit dem Finanz-, Zoll- und Steuerwesen, 3. mit der Schule, den Missionen und den Kulturen, 4. mit der Bodenfrage und 5. mit den sehr wichtigen Fragen der Verkehrspolitik in den Kolonien befassen.

Über die Notwendigkeit eines selbständigen Kolonialamts habe ich mich bereits ausgelassen. Man durfte vom Reichstage erwarten, daß seine Blockmehrheit diese Einrichtung in kürzester Frist ins Leben rufen würde, nachdem die klerikal-sozialistische Mehrheit des vorigen Reichstags dies abgelehnt hatte, und der neue Reichstag hat dieser Erwartung entsprochen. Das Kolonialamt soll nun der Kolonialverwaltung die dringend nötige eigene Verantwortlichkeit und Initiative geben, überhaupt einen stetigeren Kurs in der Kolonialpolitik sichern. England und Frankreich kommen, weil sie selbständige zentrale Kolonialbehörden besitzen, mit einem im Vergleich zu der Größe und Bedeutung ihres Kolonialbesitzes bescheidenen Personal aus. Mit Recht ist auch darauf hingewiesen, daß unsere koloniale Organisation ein unverhältnismäßig starkes Maß von Arbeit für die Zentralbehörde schafft. In Frankreich und England haben die Kolonien durchweg ein weit größeres Maß von Selbstverwaltung als bei uns, und je ausgedehnter die Selbstverwaltung, desto geringer die Belastung der Zentralbehörde in der Heimat. In Frankreich und England werden die Lokaletats der Kolonien draußen in den Kolonien selbst aufgestellt, die Gesetzgebung des Mutterlandes

beschließt nur über die etwa notwendigen Zuschüsse; ferner wird die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung in den Kolonien vorgenommen, und in England hat das Colonial Office sogar mit den Berichten der lokalen Rechnungsbehörden, welche direkt an das General-Auditoriat in London gehen, nicht das Mindeste zu tun, außerdem ist in England die koloniale Zentralbehörde durch das kaufmännisch ausgestaltete Institut der Kronagenten, welche für die Kolonien alle Bestellungen und Lieferungen, alle technischen Angelegenheiten und öffentlichen Bauten vermitteln, von diesen umfangreichen Geschäften befreit. Das alles sind für die Reorganisation unserer kolonialen Verwaltungsorganisation wichtige Fingerzeige. Aber auch alle nach einer solchen Richtung gehenden Reformen haben zur Voraussetzung eine Organisation der kolonialen Zentralbehörde, die den Leiter der Kolonialverwaltung von den laufenden Geschäften entlastet und ihm Zeit und Bewegungsfreiheit für die großen Aufgaben gibt, die uns auf dem Gebiete der Kolonialpolitik für die kommenden Jahre bevorstehen.

In den Kolonien selbst müssen die **Gouvernementsbeiräte** allmählich bedeutendere Funktionen erhalten. Auch in dieser Hinsicht scheint England gute Erfahrungen gemacht zu haben. England übertrug das parlamentarische System vorbehaltlos auf diejenigen Kolonien, deren Entwicklung bereits genügende Fortschritte gemacht hatte, während es für minder fortgeschrittene Schutzgebiete an dem Grundsatz festhält, daß die Mitglieder des gesetzgebenden Rates, der sich zum Teil aus den ersten Beamten der Kolonien, zum Teil aus Privatleuten zusammensetzt, von der Krone ernannt werden. Die deutschen Schutzgebiete zählen ausschließlich zu den ungenügend entwickelten Kolonien und können deshalb auf uneingeschränkte Selbstverwaltung noch nicht Anspruch erheben. Natürlich ist die Selbstverwaltung für die verschiedenen Kolonien noch lange nicht und vermutlich überhaupt nicht völlig einheitlich zu regeln. Aber als Grundsatz

muß doch wohl festgehalten werden, daß zum Gouvernements- oder Bezirksbeirat aktiv wahlberechtigt ist der über 25 Jahre alte, mindestens 2 Jahre im Schutzgebiete ansässige Weiße und passiv wahlberechtigt ist nur der deutsche Reichsangehörige. Den Vorsitz im Bezirksbeirat (für den engeren Bezirk) führt der Bezirksamtman, im Gouvernementsbeirat der Gouverneur. Die Beirate der einzelnen Bezirke entsenden Vertreter zum Gouvernementsbeirat. (Näheres über Organisation und Aufgaben dieser Selbstverwaltungskörper siehe im Werke „Deutsche Kolonial-Reform“. Vom Auslandsdeutschen. S. 687, 725, 981 usw.)

Die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen der Zivil- und Militärverwaltung hat häufig zu Reibungen Anlaß gegeben. Man sagte halb im Scherz, halb im Ernst: das erste, was die in Afrika angekommenen Offiziere und Zivilbeamten taten, sei, sich zu verfeinden und nur noch schriftlich mit einander zu verkehren. Um diesem Übelstande ein Ende zu machen, unterstellte man die Kolonialtruppen durch Verordnung vom 16. Juli 1896 dem Reichskanzler, in weiterer Folge dem Gouverneur und demnächst dem Kommandeur. Eine Ausnahme bildet nur das Schutzgebiet von Kiautschou, dessen Zivil- und Militärverwaltung vom Reichsmarineamt ressortiert. Es wird von alten Afrikanern erklärt, daß es im Grunde ganz gleich sei, ob ein Militär oder ein Jurist die Kolonie verwalte, ob das System Wissmann oder Soden oben auf sei, auf den tüchtigen Mann allein käme es an. Das ist sicher bis zu einem Grade richtig, aber immerhin sind gewisse Auswahl-Grundsätze unentbehrlich und ich meine, daß unter sonst gleichen Verhältnissen der Zivilgouverneur vorzuziehen ist, namentlich, wenn die Kolonisation weiter vorgeschritten ist und die Verwaltungsgeschäfte umfangreicher und komplizierter geworden sind. Daß die Vorbildung unserer Kolonialbeamten systematischer, gründlicher und praktischer sein muß — Begriffe, die sich hoffentlich vereinigen lassen —, wird allgemein anerkannt. Unser Schul- und

Hochschulwesen liegt noch sehr im Argen, was den kolonial-theoretischen Unterricht angeht. Ganz anders in Frankreich; seit Jahrzehnten ist in den Rechtsfakultäten der koloniale Unterricht eingeführt und l'enseignement colonial bildet einen Programmteil des Doktorates für Politik und Nationalökonomie. Legislation et économie politique wird an allen Hochschulen gelesen, Kolonialgeographie, Ethnologie und Anthropologie sind gut vertreten. Kolonial-Rechtsschulen und Kolonial-Medizinschulen ergänzen dies Bild der Vielseitigkeit. Die Handelsstädte des Auslandes bringen große Opfer für neue Lehrstühle und gute Ausstattung der Kolonialvorlesungen und sind somit für unsere kommerziellen Gemeinwesen sehr beachtenswerte Beispiele. Es wird ja an der Ausbildung des deutschen Beamten überhaupt schon seit Jahren viel herumkuriert und es werden Versuche mancher Art angestellt, unseren Beamtenkörper von Übertreibungen des Klassengefühls, der Abgeschlossenheit und Weltfremdheit zu befreien. Auch unsere Kolonien könnten viel davon profitieren, wenn diese Versuche endlich einmal wahrnehmbare Erfolge zeitigen würden. Viel beklagt wird der rasche und häufige Wechsel der Beamten in unseren Schutzgebieten; die Leute leben sich nicht ein, lassen angefangene Arbeiten im Stich, und die Bevölkerung — schwarze wie weiße — ist immer neuen Regierungsmethoden ausgesetzt. Teils hängt das mit dem afrikanischen Klima zusammen, teils ist aber auch die Karriere unlohnend und teils beißen Streitsucht und Klatschtüchtige Männer weg — hoffen wir, daß diese Kalamitäten mit der Zeit überwunden werden wie andere Kinderkrankheiten unseres Kolonialsystems.

Das koloniale **Justizwesen**, namentlich das Strafrecht steht erst noch am Anfang einer gesunden Entwicklung. Durch Reichsbeschluß bestimmt sich das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das gerichtliche Verfahren einschließlich der Gerichtsverfassung nach den Vorschriften über die Konsulargerichtsbarkeit von 1879 und zwar sollen die einschlägigen Reichsgesetze und

preussischen Gesetze in den Konsulargerichtsbezirken maßgebend sein, jedoch mit gewissen Modifikationen, die das Justizwesen unserer Kolonien überaus verwickelt und undurchsichtig gestaltet haben, ohne dabei die ethnographischen, sittlichen und wirtschaftlichen Zustände bei der eingeborenen Bevölkerung auch nur halbwegs ausreichend zu berücksichtigen. Justizorganisation und Rechtsprechung sind darum höchst reformbedürftig und namentlich bildet die Verquickung von Justiz und Verwaltung, wie überall, einen sehr anfechtbaren Rechtszustand. Inzwischen helfen sich die Gouverneure mit Erlassen. Ein in diesen Tagen veröffentlichter, der des Grafen Zech in Togo, illustriert prächtig die Eigenart und die besonderen Bedürfnisse des kolonialen Strafrechts, so daß ich mir nicht versagen kann, ihn wiederzugeben, zumal da in ihm das ehrliche und lobenswerte Bemühen sich widerspiegelt, nicht nur drakonisch zu strafen, sondern auch weise vorzubeugen und die Bevölkerung zu erziehen. Graf Zech weist die Lokalbehörden darauf hin, daß sich strafbar macht:

1. wer einer Schwangeren die Frucht abtreibt oder ihr die Mittel zur Abtreibung verschafft;
2. die Schwangere, die selbst abtreibt;
3. wer einen anderen zum Fetischtrinken oder -essen oder zu Handlung des Fetischdienstes nötigt;
4. wer durch Darreichen eines giftigen Trankes ein Urteil oder eine Entscheidung herbeizuführen versucht, auch wenn die Person, welche den Trank zu sich nimmt, sich der Gistprobe freiwillig unterzieht;
5. wer im Interesse des Fetischdienstes a) andere Personen gegen ihren oder ihrer Eltern bezw. deren Stellvertreter Willen körperlich verletzt; b) durch sittlich anstoßerregende Handlungen öffentlich grobes Argernis verursacht;
6. wer sich von den örtlichen Verwaltungsbehörden nicht anerkannte Häuptlings- oder Richterbefugnisse anmaßt;
7. ein mit Gerichtsbesugnissen ausgestatteter Häuptling, der Gerichtsgebühren oder Strafen in Branntwein einzieht;
8. ein mit Gerichtsbesugnissen ausgestatteter Häuptling, der während der Gerichtsverhandlung Palmwein, Branntwein oder andere berauschende Getränke zu sich nimmt oder gestattet, daß die streitenden Parteien oder die geladenen Zeugen dies tun;
9. wer Blutrache nimmt.

In der Tat: eine Musterkarte von allerhand Menschlichkeiten in den Kolonien.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Weißen und Eingeborenen wird als Unterbau das Institut der kolonialen Friedensrichter empfohlen. Friedensrichter mit ehrenamtlichem Charakter, aus dem praktischen Leben oder aus den Missionaren auf 3 Jahre von den Weißen gewählt und vom Gouverneur bestätigt. Alle Zivilprozesse sind zuerst beim Friedensrichter einzubringen, der mit Sühneversuch oder Vergleichsbestrebungen seine Arbeit beginnt und dann den Prozeß zur ersten Instanz, dem Fach- und Schöffengericht, weiterleitet. Endgültig ist sein Urteil bei Bagatellsachen bis 100 *M* Wert oder bei Dienststreitigkeiten zwischen Weißen und Schwarzen. Das Schöffengericht ist ausschließlich zuständig für Streit-sachen bis 500 *M*; höher hinauf entscheidet ein Obergericht, besetzt mit einem Kaiserlichen Obergericht und 4 Schöffen (Bezirksrichter, Amtmann, geeigneten Laien aus dem Pflanzers- und Kaufmannsstand). Solcher Organisation, die sich an britische und französische Vorbilder anlehnt, wird Billigkeit und prompte Justiz im guten Sinne nachgerühmt. Auch für die kolonialen Strafgerichte ist Vereinfachung und Anpassung an die gegebenen Verhältnisse anzustreben, und der Friedensrichter soll kompetent sein für alle Übertretungen und Vergehen geringerer Art. Im übrigen ist zweckmäßige Beteiligung des weißen Laienelements und für bestimmte Fälle und Gegenden Beibehaltung der autonomen Gerichtsbarkeit der Eingeborenen zu empfehlen, die auch die Strafexekution nach alten Sitten und Gewohnheitsrecht in der Regel zur Zufriedenheit ausführen.

Da Kolonialpolitik stets zu einem erheblichen Teile Eroberung ist — friedliche und gewaltsame —, so ist die Frage der stetigen Kriegsbereitschaft von größtem Belange, und auch für die Kolonien heißt es: *si vis pacem, para bellum*. Unsere Waffentüchtigkeit und Schlagbereitschaft muß den Eingeborenen bewußt

sein, damit sie sich vor Unbotmäßigkeit und Aufständen, die alsbald zu kriegerischen Verwicklungen führen können, hüten. Wie aber ist unser militärischer Schutz zu organisieren? Nur in Deutsch-Südwestafrika können sich dauernd größere weiße Truppenmassen aufhalten; in den anderen Gebieten muß man Farbige heranziehen, die natürlich mit der größten Vorsicht auszuwählen und unter beständiger Kontrolle zu halten sind, damit sie die Waffen nicht gegen ihre Ausbildner und Vorgesetzten kehren. Die Bildung einer Kolonialarmee kann noch nicht Gegenstand praktischer Vorschläge sein. Bei den Kolonialkennern und bei den Parteien des Reichstags ist noch viel zu große Unklarheit über Bedürfnis, Umfang und Form einer solchen Institution vorhanden; es fehlen Erfahrungen, und die Befürchtungen, daß Machtüberschreitungen, Streitigkeiten zwischen Zivil- und Militärbehörden an der Tagesordnung sein würden, falls man die Kolonialarmee schaffte, walten noch sehr stark vor. An Stelle von stehenden Kolonialarmeen schlägt man darum Vorbereitung von kolonialen Expeditionen in Friedenszeiten vor, also mehrere Marinestützpunkte mit Ausrüstungsdepots in Afrika und eine Kohlenstation in der Südsee, sodann ein umfangreiches Ausrüstungsdepot in der Heimat für überseeische Unternehmungen (Wilhelmshaven oder Kiel). In dem heimischen Ausrüstungsdepot müßte kriegsmäßiger Vorrat für mehrere Tausend Mann lagern. In Kiel und Wilhelmshaven fänden weiter 3- oder 4 wöchentliche Kolonialübungen für Offiziere und Mannschaften statt, welche sich freiwillig für koloniale Expeditionen zur Verfügung stellen. Zur Ausbildung der Mannschaften sind vornehmlich Offiziere zu verwenden, welche bereits eine gewisse Dienstzeit in einer oder mehreren Kolonien hinter sich haben. Damit hätten wir zugleich eine geeignete Tätigkeit für solche Offiziere, die aus Gesundheits- oder anderen Rücksichten wieder in die Armee zurückgetreten sind und deren Erfahrungen heute oft ungenützt verloren gehen.

Die Wehrverfassung in den Kolonien ist verbesserungsbedürftig, damit die Auswanderung nach unseren Kolonien nicht erschwert wird. Nach der Kaiserlichen Verordnung von 1902 ist die Erfüllung der Dienstpflicht in Südwestafrika so geregelt, daß wehrpflichtige Reichsangehörige, die außerhalb Europas wohnen, bei der Schutztruppe in Südwestafrika dienen, auch als Einjährig-Freiwillige, und daß sie dort zur Ableistung militärischer Übungen aller Art einberufen werden können. Bei den anderen Kolonien sind junge Auswanderer und Ansiedler nicht so gut gestellt, bei ihnen wird die Aussicht, nach wenigen Jahren zur Erfüllung der Militärpflicht auf eigene Kosten die weite Reise nach Europa zu machen und die in der Kolonie gefundene Stellung aufgeben zu müssen, den Unternehmungsgeist herabstimmen. Auch die bürgerlichen Familien in den Kolonien mit heranwachsenden Söhnen geraten wegen der Dienstpflicht in Sorgen. Hier muß also eine besondere Art der Erfüllung der Dienstpflicht in den Kolonien geschaffen werden, indem die Schutztruppen, die bis jetzt der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes unterstellt waren, in das deutsche Reichsheer eingegliedert und für vollgültige Erfüllung der Dienstpflicht der Ansiedler geeignet gemacht werden. Abkürzung und Unterbrechung der aktiven Dienstzeit in den Kolonien ist natürlich aus gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen notwendig.

Zur militärischen Unabhängigkeit hat sich die finanzielle und wirtschaftliche der Schutzgebiete zu gesellen. Gegenwärtig beträgt der durchschnittliche jährliche Reichszuschuß für die laufende Verwaltung des Kolonialbesitzes 12 Millionen Mark, es kommen alsdann noch Ausgaben für Verkehrszwecke und anderer produktiver Art hinzu, auf die auch in den nächsten Jahren nicht verzichtet werden kann, die vielmehr noch stärker fließen müssen. Dagegen muß unsere Politik darauf gerichtet sein, die laufenden Verwaltungsausgaben ganz den Kolonien selbst zuzuschieben, ihnen

also erhöhte Einnahmen zu verschaffen. Den Hauptstock der Einnahmen bilden gegenwärtig die Zölle, und sie werden ja auch ganz nicht zu entbehren sein. Aber es ist doch anderseits nicht zu übersehen, daß die hohen Eingangszölle in Verbindung mit den hohen Frachtspesen die erste Kolonisationsarbeit schwer belasten, daß durch sie die Lebensmittel und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsartikel in unseren Schutzgebieten einen fast unerschwinglichen Preis erhalten. Wenn wir eine differentielle Zollbehandlung des Mutterlandes, etwa eine Zollminderung von 25—30 % zugunsten deutscher Waren vorschlagen — gegenwärtig sind unsere Kolonien Zollausland —, so gehen wir damit auf den Wegen, welche die anderen Kolonialvölker ebenfalls im Anfang ihrer Entwicklung beschritten haben, so lange es nämlich galt, ihre Kolonien über die ersten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Es wäre hinzuzufügen, daß auch der Export der Kolonien nach Deutschland durch eine zweckmäßige Zollpolitik gefördert werden müßte, die Kolonialprodukte, wie Kaffee, Tee, Tabak, Gewürze, Kakaos, Edelholz, Öl, hätten geringere Eingangszölle zu tragen als die Kolonialerzeugnisse anderer Staaten. Auch in diesem Punkt sind England, Frankreich, Holland genau so verfahren, und erst dadurch haben sie ihre Plantagen lebensfähig gemacht. Man kann ja Einschränkungen gelten lassen, etwa die zollbegünstigten Einfuhrmengen kontingentieren und die Zolldifferenzierung nur für 10 bis 15 Jahre einführen und dann allmählich beseitigen, — aber die heutige Methode erdrückt die wirtschaftliche Unternehmungslust, indem sie bei gleicher zollpolitischer Behandlung unserer und fremder Kolonien den Fremden mit ihren viel sicherer fundierten Kulturen einen ungerechten Vorsprung gewährt. Repressalien seitens anderer Staaten durch differentielle Zollbehandlung deutscher Produkte in den Kolonien fremder Staaten sind kaum zu befürchten, da vorläufig das Objekt, der Handelsverkehr zwischen Deutschland und den deutschen Kolonien, leider noch viel zu geringfügig ist, um internationale Zollverwick-

lungen rechtfertigen zu können. Es gibt eben eine ausreichende Begründung für eine differentielle Zollpolitik, denn unsere Farmen bedürfen besonderen Schutzes, und für die Aufwendungen des Reiches für die Kolonien darf unsere Volkswirtschaft wohl den günstigeren Bezug der kolonialen Rohprodukte als Äquivalent beanspruchen.

Freilich sinken auf die Art die Einnahmen sowohl unserer Schutzgebiete als auch die des Reiches. Das letztere kann bei der Geringsfügigkeit der in Betracht kommenden Summe (etwa  $\frac{1}{2}$  Millionen Mark) schon verschmerzt werden. Die Kolonien müssen aber Ersatz erhalten, und zwar ist in erster Linie an eine schärfere Erfassung des Alkohols zu denken, des Alkohols, der in den Tropen ein Gift ist, das schon verhängnisvoll genug gewirkt hat. Sodann ist die private Einfuhr von Gewehren, Munition und Pulver und der Handel mit diesen Sachen in allen Kolonien zum Staatsregal zu erklären, einmal um erhöhte Einnahmen zu erzielen und zum andern, um eine sichere Kontrolle über die Eingeborenen anzubahnen. Daß sich die Kolonien aus dem Grund und Boden, Waldungen, Bergwerken größere Einnahmen sichern müssen, als es bisher geschehen ist, darüber herrscht so ziemlich Einmütigkeit.

\* \* \*

Der Schwerpunkt der Steuerkraft eines kolonialen Wirtschaftsgebietes liegt natürlich nicht in Regalien und Finanzzöllen, sondern in der Produktivität seiner Bevölkerung. Diese zu heben ist ja überhaupt der Zweck kolonialer Betätigung, und hierbei sind wir auf die Mitwirkung der **Missionen**, darüber sind objektive Sachkenner so ziemlich einer Meinung, angewiesen. Es fehlt gewiß nicht an scharfen Angriffen auf die Mission. Hendrik Witboi war getauft und ein gläubiger Christ geworden und führte seinen Verrat gegen Deutschland auf göttliches Recht zurück. Die Lehre von der allgemeinen Brüderlichkeit wirft die ungeschriebenen und geschriebenen Gesetze der natür-

lichen Rassenunterschiede über den Haufen und macht den Neger vorläufig kulturunfähig, indem sie ihn mit Ansprüchen erfüllt, denen keine nennenswerten Gegenleistungen entsprechen. Der Streit der Missionen verschiedenen Glaubens und verschiedener Weltanschauungen hindert das Voranschreiten der Zivilisation, und wo Fanatismus und klerikale Überhebung das Einfügen in die staatliche Organisation unmöglich machen, da sind Missionen sicherlich mehr schädlich als nützlich. Immerhin muß zugestanden werden, daß die meisten Missionen durch gute Erziehungsergebnisse, durch geschickte Politik und durch allmählichen Ausgleich der widerstreitenden „Interessen“, etwa des urfaulen, liederlichen Eingeborenen-Originals und der brutalen Konquistadorenaturen mancher sogenannten Kulturpioniere, durch Etablierung wirklicher Interessen mit mehr harmonischer Stimmung auf sittlich-christlicher Grundlage ihre Existenzberechtigung längst erwiesen haben.

Der mehrfach erwähnte Deutsche Kolonialbund hat in seiner 1904 an den Reichskanzler gerichteten Eingabe die segensreiche Wirkung einer richtig geleiteten und sachgemäß mit Rücksicht auf das Gedeihen der Kolonien ausgeführten Missionstätigkeit hervorgehoben. Nur verlangt die Eingabe, daß die Errichtung von Missionen von der Genehmigung des Gouverneurs der Kolonie abhängig gemacht werden soll, der auch den Ort der Stationen anweisen, ihre Verlegung oder Aufhebung anordnen kann. Jeder Missionar soll ferner den Landesgesetzen unterworfen sein. Die Missionen dürften keine Steuern und Abgaben erheben und keine unentgeltliche Arbeit von den Eingeborenen verlangen. Handelsbetrieb, Bergbau usw. sei den Missionen zu untersagen, und schließlich müßten die Missionare Anschläge oder Pläne der Farbigen, sobald sie ihnen bekannt würden, dem Gouverneur oder dessen nächsten Beamten mitteilen. Sonst gelten sie als Mitschuldige und werden entsprechend behandelt.

In einem Kolonialgebiet, siebenmal so groß wie Deutschland und noch in großen Teilen ungenügend

erforscht, sind die Produktionsbedingungen noch keineswegs unveränderlich festgelegt. Bergbau, Industrie und Handwerk, gefördert durch Handel und Verkehr, werden zu Städtegründungen führen und immer neue Produktionszentren bilden. Die Bodenfruchtbarkeit findet den verschiedenartigsten Ausdruck, je nachdem Klima und Boden sich europäischen Verhältnissen nähern oder sich von ihnen entfernen. Südwestafrika soll dem deutschen Bauer eine rentable Viehzucht gewährleisten, Gemüse- und Getreidebau ist entwicklungsfähig, und auch in Ostafrika haben die Versuche auf der kaiserlichen Station Kwai ergeben, daß fast alles, was auch in Deutschland wächst, vor allem Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen, Bohnen, Rüben, Kartoffeln, Luzerne, Obst, dort gut vorankommt und daß in dem Besiedlungsgebiet auf der Durchschnittshöhe von 1300 bis 1500 m Höhe das Klima angenehm und fieberfrei ist. Indessen die Hauptkulturen, die wir aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen in Afrika pflegen sollen, damit sie unsere heimische Produktion ergänzen und ihr nicht unvorteilhafte Konkurrenz bereiten, sind Kolonialprodukte, wie Erdnüsse, Kopro, Bananen, Kakao, Tee, Reis, Kaffee, Kautschuk, Edelhölzer, Elfenbein, Gummiarabikum, Hanf, Baumwolle, Ölprodukte, Rizinus, Sesam, Tabak, Straußensefeln usw., und wenn wir daheim in allen Staaten und Provinzen ein großangelegtes, mit vielen hunderten Millionen begründetes System der Kulturpflege verfolgen, so dürfen wir selbstredend, wenn wir in den Kolonien ähnliche Erfolge sehen wollen, nicht ängstlich unsere Taschen schließen.

Das Hauptproblem ist die Frage der Wassererschließung. Vorläufig sind wir hierbei noch nicht aus dem Stadium der Versuche und Projekte heraus. Stauanlagen, Bohrkolonnen, künstliche Bewässerung, Kanäle müssen die trockenen Sandsteppen in fruchtbares Land verwandeln. Auf die Art ist die Lombardei von den Römern der Kultur erobert, ist Spaniens wüstenartiger Boden durch die Mauren in

blühende Gärten umgestaltet, sind Algier und Tunis, ist Kalifornien und Zentral-Asien erschlossen worden. Australien, China, Mexiko, Niederländisch-Indien sind erst durch künstliche Bewässerung zur Blüte gebracht. Auch bei uns in Afrika hat das Mutterland die Vorarbeiten durch ein großartiges koloniales Wasserbauamt in die richtigen Bahnen zu leiten. Zwangsarbeit und Sträflingsarbeit ist einzuspannen, um die nötigen Brunnenanlagen und Staudämme für die Plantagen, für Haus und Hof und Weideland herzustellen. Die kommunalen Bewässerungsanlagen und die Bildung von Wassergenossenschaften der Ansiedler ergänzen alsdann die Staatstätigkeit.

Die Aufforstung des Steppengebietes ist eine weitere Etappe der Kultivierung. Jetzt wird umgekehrt verfahren. Die Weidewirtschaft entwaldet das Land und schafft öde Flecken, sie verschärft also die Schäden des Klimas. Der Boden kann die niedergehenden Regenmassen nicht halten, die Ackerkrume wird den Rivieren zugeführt. Ohne namhafte Staatshilfe sind die Ansiedlungen zu schwach, abgeholzte Flächen neu anzupflanzen und Forstkultur zu treiben.

Bei der Anlage von Kulturen muß selbstverständlich der Ansiedler mit Mißerfolgen rechnen und sie als Lehrgeld buchen, Erfahrung macht den Meister und erst recht trübe Erfahrung. Wie wir jedoch daheim mit Landwirtschaftsschulen, Gewerbe- und Industrieschulen die Anfänger auf die richtigen Wege bringen, so muß auch das Kolonialschulwesen sowohl in Deutschland als auch in den Schutzgebieten sich liebevoller Pflege erfreuen, damit die Ansiedler nicht allzu großes Lehrgeld zu zahlen brauchen. Andere staatliche Aufwendungen unentbehrlichster Art sind Versuchsgärten für den Kaffee-, Tee- und Kakaobau, für die Tabakpflanzung. Unser Kolonialtabak war vielfach schlecht brennbar; Fehler in der Bodenbestellung und Fermentierung müssen darum überwunden werden. Eine richtige Auswahl der Bohne für Kakao- und Kaffeeplantagen, die Bekämpfung der Schädlinge, die Anpflanzung neuer

Gummibäume für die Kautschukproduktion, nachdem der Raubbau die natürliche Kautschukgewinnung problematisch gemacht hat, Hebung der Baumwoll-Volkskultur, Versuchsfarmen für Baumwolle, Kultur- und Erntebereitungsversuche, Dampfmaschinen — das sind nur einzelne Stichwörter für ein umfangreiches Regierungs- und Verwaltungsprogramm.

Mittelbar im Zusammenhang mit diesen Aufgaben der Kulturförderung steht die Zuleitung von Kapital in die Kolonien, die Schaffung von Ansiedlungsbanken, Darlehnskassen, Ärztestationen, Einkaufsgenossenschaften, Frauenauswanderung nach den Kolonien, kolonialwirtschaftliche Ausbildung der Frauen, Schulwesen in den Kolonien usw., auf das ich hier im einzelnen nicht eingehen kann, dessen Bedeutung aber klar auf der Hand liegt.

Sodann die Verkehrspolitik in Afrika.

Vor kurzem ist dem Reichstage eine umfangreiche Denkschrift von der Kolonialabteilung überreicht, deren erster Teil die Registraturen der Eisenbahnpolitik sämtlicher in Afrika beteiligten Mächte aneinander reiht. Mit Algier und Tunis beginnt die Rundreise links herum um Afrika, und sie endet mit Ägypten, nachdem sie uns eine knapp gefügte Übersicht über die Entwicklung und den Stand, über Bau und Betrieb, Unternehmungsform, Rentabilität, über die Wirkung, strategisch-politisch-wirtschaftliche Bedeutung und schließlich über die Projekte für sämtliche afrikanische Staaten und Kolonien gegeben hat.

Ohne ausreichende Eisenbahnerschließung werden wir bei Afrika stets im Minus bleiben. Einige Beispiele, welche der besagten Denkschrift entnommen sind, beweisen das. Die mit Zinsgarantie und mit anderen Vorschüssen des Staats unterstützte Eisenbahn in Senegal (Westafrika) sicherte die Prosperität der Kolonie in der Art, daß sie die Anpflanzung und Ausfuhr der Erdnuß in größerem Maßstab ermöglichte und der Kolonie zur hoch bedeutenden Ausfuhr von Erdnußöl verhalf. Die Erdnußausfuhr hatte 1896 einen Wert

von 9,1 Millionen Francs, 1904 von 21,2 Millionen Francs. In Liberia kostete bei den Transportschwierigkeiten eine Tonne Salz bisher an der Küste 25 Francs, jenseits von Kongo aber, dem nächsten Zielpunkt der Bahn, 750 Francs. Vor dem Bau der Eisenbahn in Dahomey reisten Europäer in ganz Dahomey so, daß sie in einer Matte von je zwei Eingeborenen getragen wurden, was pro Tag zirka 6 Francs kostete und 20 Kilometer weiter brachte.

Es kann freilich mit diesen Stichproben nicht gesagt sein, daß jede Eisenbahn rentabel ist und zur Prosperität führt. Je länger die Eisenbahnstrecke werden soll; um so mehr muß für das letzte Ende auf die Frage geachtet werden, ob die Produkte der betreffenden Gegend die Fracht noch vertragen können und ob andererseits dort ein Einfuhrartikel noch absetzbar ist.

Man hat berechnet, daß eine Tonne Ware im Innern Afrikas durchschnittlich 1000 bis 2000 Francs mehr kostet als an der Küste, wenn eben Eisenbahnen für den Transport nicht vorhanden sind. Zwischen den großen Gebieten im Norden, in denen das Lasttier und im Süden, in denen der Ochsenwagen als Lastenbeförderungsmittel benutzt werden, zieht sich durch die ganze Breite des schwarzen Erdteils ein Streifen, in dem bislang lediglich der Mensch die Lastenbeförderung versah. Die deutschen Schutzgebiete in Afrika gehören, abgesehen von Südwestafrika, dessen teurerer Ochsenverkehr durch den Aufstand hinlänglich bekannt geworden ist, in die Zone des Trägerverkehrs, und dieser Trägertransport hat vor allem zur Folge, daß Gegenstände, die wie Langhölzer und Maschinen nicht bis auf Partikel von höchstens 80 Pfund Gewicht zerlegt werden können, gar nicht oder nur mit den größten Schwierigkeiten zu transportieren sind. Andere Artikel sind vom Transporte überhaupt ausgeschlossen, weil sie bei der langen Dauer der Reise unfehlbar verderben, und viele andere Handelsgegenstände werden durch die Kosten des Trägertransportes

so verteuert, daß sie unverkäuflich werden, wenn sie nicht wie Kautschuk und Elfenbein an sich einen sehr hohen Verkaufswert haben. Um eine 1000 Kilogramm schwere Last vom Viktoriassee zur Küste bringen zu lassen, bedarf man einer großen Schar Träger und muß für sie ungefähr 2500 Mark zahlen. Der Verkehr auf den Röpfen der Neger ist also offenbar eine kostspielige und langwierige Sache, und es wird klar, daß solche Transportkosten Aus- und Einfuhr stark beeinträchtigen oder unmöglich machen können.

Was Deutschland bisher geleistet hat, kommt freilich nicht über den Charakter von kleinen Stichbahnen hinaus. Die eigentlichen Erschließungsbahnen sind für uns noch zu bauen. Die Länge des gesamten Eisenbahnnetzes, soweit es sich in Afrika in Betrieb befindet, beträgt rund 27 354 Kilometer. Davon kommen auf

England . . . . .	13 117	Kilometer,
Ägypten . . . . .	5 252	"
Frankreich . . . . .	5 657	"
Deutschland . . . . .	1 398	"
Portugal . . . . .	1 173	"

Auf Deutschland fallen demnach 5,1 Prozent. Nach der Vollendung der zurzeit im Bau begriffenen Bahnen — außer der Viktoriabahn (50 Kilometer) und der Anschlußbahn der Sigi-Exportgesellschaft (20 Kilometer) — werden im Betriebe sein in:

	Kilo- meter	Tatsächliche oder voraussichtl. Eröffn.
<b>Ostafrika:</b>		
Ujamberabahn . . . . .	129	1905
Mrogorobahn . . . . .	222	1908
<b>Südwestafrika:</b>		
Windhukbahn . . . . .	382	1902
Otavibahn . . . . .	560	1906
Lüderitzbahn . . . . .	370	1908
<b>Kamerun:</b>		
Manengubabahn . . . . .	160	1910
Summe . . . . .	<u>1823.</u>	

	Kilo- meter	Tatsächliche oder voraussichtl. Eröffn.
Übertrag . .	1823	
Togo:		
Aneho-Dome Palime . .	165	1907
zusammen . .	1988.	

Davon zurzeit fertig rund 1390 Kilometer und 600 Kilometer im Bau, während England 2000 Kilometer, Frankreich 3200 Kilometer Neubau in Angriff genommen hat. Nehmen wir noch die strategisch-politische Bedeutung der Afrikabahnen hinzu, nehmen wir hinzu, daß mit der Lösung der Eisenbahnfrage erst recht die Eingeborenenarbeit für die koloniale Produktion mobil gemacht wird — im Jahre 1903/04 gingen von Dar-es-Salam und Bagamoyo 51 000 Träger ins Innere —, beachten wir auch, daß die Schiffbarkeit der afrikanischen Ströme wegen der zahlreichen Stromschnellen und Wasserfälle und wegen des Wechsels von Regen- und Trockenzeit gegenwärtig kaum als wesentliche Verkehrsmittel in Frage kommen und jedenfalls der Ergänzung durch Eisenbahnen im hohen Maße bedürfen, so ist es allerdings unzweifelhaft, daß das Reich Geld in seinen Beutel tun muß, wenn es endlich seine Kolonialpolitik gewinnbringend entwickeln will.

Es stellt sich hier natürlich die Frage nach der Rentabilität und nach der Anlage- und Betriebsart der Kolonialbahnen ein, und da erklärt nun die Denkschrift, daß nahezu alle afrikanischen Eisenbahnen mit geringen Ausnahmen bereits von der Eröffnung an oder innerhalb kurzer Frist nach der Übergabe ihre eigenen Betriebsausgaben einschließlich der Unterhaltung gedeckt haben. Bald haben sich dann Betriebsüberschüsse eingestellt, die eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals und darüber hinaus (in Englisch-Südafrika zeitweilig 8,19 Prozent) ermöglichen. Viel wichtiger ist meines Erachtens die indirekte Rentabilität, die volks-, kolonialwirtschaftlicher und finanzpolitischer Natur ist und eine sehr reale Ergänzung der direkten Rentabilität der Eisenbahn als

geschäftlichen Unternehmens darstellt. Die allgemeine wirtschaftliche Erschließung kommt nicht nur den einzelnen Interessenten der Produktion und des Handels zu gute, sondern dem Eisenbahnunternehmen selbst durch Verkehrszuwachs, bei Landkonzessionen und Nutzungsrechten auch durch Steigerung des Wertes dieser Konzessionen und Rechte. Hierzu ist freilich Vorbedingung, daß die Eisenbahnen der Kolonie gehören und nicht Privatgesellschaften. Die Finanzierung solcher Kolonialbahnen geschieht am besten durch Anleihen, die auf dem deutschen Kapitalmarkte unterzubringen wären. Freilich hätte bei diesen Kolonialpapieren das Reich eine ausreichende Zinsgarantie zu übernehmen, so lange wenigstens, bis sich die kolonialen Werte so gefestigt hätten, daß sie aus sich heraus dem Kapitalisten gegenüber genügend Anziehungskraft zu entwickeln vermögen. Selbst bei Reichszuschüssen und Reichszinsgarantien steht sich das Mutterland besser als bei der heutigen Finanzwirtschaft, wo durch Aufnahme der bedeutenden außerordentlichen Ausgaben in das laufende Budget alljährlich große Defizits zu decken sind. Bei einer planmäßigen und geschickten Anleihepolitik kann, das ist das Wesentliche, die Kolonie ihre Dispositionen präziser fassen und billiger ausführen. Ein Beispiel: Bei der Einstellung von etwa 3 Millionen in den Etat eines Schutzgebietes für die Fortsetzung einer Bahn kann die Bahn, die Kosten pro Kilometer mit 50 000 Mark gerechnet, nur etwa um 60 Kilometer im Jahre verlängert werden. Stehen aber mit Hilfe einer Anleihe 30 Millionen Mark auf einmal zur Verfügung, so kann die Bahn in drei Jahren etwa um 600 Kilometer ins Land vorgerückt werden. Solche große einmalige Kapitalanspannung ist rentabler als die kleinen Dispositionen, wobei der Bau von 600 Kilometer 10 Jahre Zeit verschlingt, und wobei man die volle Wirkung der Verkehrsausschließung erst nach 10 Jahren erreicht, also auch erst nach 10 Jahren auf Überschüsse und Verzinsung rechnen kann.

Natürlich spielt bei diesen Kolonialbahnen eine große Anzahl von andern Fragen noch mit, welche die Prosperität der Unternehmungen beeinflussen. So vor allem auch Fragen der Technik. Indessen kommt Zeit, kommt Rat, kommt Vertrauen, kommt das Privatkapital, festigt sich der Wille des Parlaments, mit einer wirklichen Verkehrspolitik in unsern Kolonien Ernst zu machen, so wird es an den Technikern, Ingenieuren und Finanzpraktikern vermutlich nicht fehlen, welche aus der Anzahl von vorhandenen Plänen die für unsere Schutzgebiete vorteilhaftesten und notwendigsten auszuwählen verstehen.



V.

Ausblick.



Ausgangspunkt unserer Betrachtung war, daß Deutschland Übersee- und Kolonialpolitik braucht, weil es seine Kulturbetätigung mit dem starken Geburtenüberschuß nicht allein in der Heimat anbringen kann. Unsere wirtschaftliche und nationale Stellung im Kreise der Völker fordert Kolonialbesitz, und die Krisis, die wir gegenwärtig zu bestehen haben, ist keine hoffnungslose deutsche Krankheit, sondern ein Übergangszustand administrativer und finanztechnischer Schwierigkeiten, die keinem Kolonisationsvolke erspart geblieben sind, die eben als Kraftmesser für die nationale Leistungsfähigkeit dienen, die aber weit über diesen sporterziehlischen Wert hinaus uns lehren und zwingen, unsere wirtschaftspolitische Zukunft sicherzustellen. Auch ein Sozialdemokrat vom Kaliber des Reinmarxisten Parvus\*) ist sich über die landwirt-

\*) Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch. Leipzig, 1907.

schaftliche und industrielle Konkurrenz Nordamerikas klar; er glaubt jedoch, die deutschen Arbeiter lediglich durch eine mitteleuropäische Zollunion schützen zu können. Wir lehnen dieses Projekt nicht grundsätzlich ab, meinen aber, daß mindestens so wertvoll und erfolgversprechend die von uns begonnene Aktion ist, unsern Rohstoffbezug und unsern industriellen Absatz unabhängiger von der nordamerikanischen Union zu stellen. In den Mitteln unserer bisherigen Kolonialpolitik ist ganz gewiß viel Unzweckmäßiges und Verkehrtes zu entdecken, wer aber in jenen Fehlern immer nur den Ausfluß kapitalistischer Profitgier und kapitalistischer Wirtschaftsordnung entdecken kann und mit moderner Kolonialpolitik Ausbeutung, Mißhandlung, Korruption, Militarismus und Affessorismus unlöslich verbunden erklärt, muß zu einer Exkursion, sei es in das Gebiet der Kolonialgeschichte anderer Nationen, sei es in die wirkliche Welt unserer überseeischen Schöpfungen, nachdrücklichst aufgefordert werden.

Der Reichstag hat im Mai 1907 das Reichskolonialamt in dritter Lesung bewilligt, und mit der Ernennung Dernburgs zum Staatssekretär des neuen Reichsamts hat man daheim und in den Kolonien die Hoffnung auf eine neue Ära verbunden. Er soll den Beweis erbringen, daß Kolonialgreuel und Lotterwirtschaft nicht unlöslich mit Kolonialpolitik auf der Grundlage heutiger Wirtschaftsordnung verknüpft sind. Dernburg hatte sich in seinem Kampf gegen das Zentrum als entschlossene, kraftvolle Persönlichkeit gezeigt, die den Gefahren nicht ausweicht. Er hatte weiter eine riesige Arbeitskraft und taktisches Geschick in seinem öffentlichen Auftreten in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart usw. an den Tag gelegt; der Gefahr, von der öffentlichen Meinung sich zur völligen Preisgabe preußisch-deutscher Beamtentraditionen treiben zu lassen, hat er, wie es scheint, ebensosehr widerstanden, wie der anderen Gefahr bürgerlicher Minister, ganz und gar in jene Tradition unterzutauchen.

So ist, was viel bedeutet, verlorenes Vertrauen im Volke wiedergewonnen. Dem Mann ist in der haute finance, die ihm den Titel Sanitätsrat zugelegt hat, dank seiner rücksichtslosen Tatkraft manches geglückt, wobei andere den Hals gebrochen hätten, und so erwartet man von der Exzellenz aus der Kaufmannswelt, daß er unserer Kolonialpolitik neue Ziele zeigt und sie vor allem aus dem Sumpfe kostspieligster Untätigkeit und Schlassheit herausholt. Enttäuschungen werden Dernburg und uns nicht erspart sein, aber das Gesamtfazit der neuen Aera wird sicherlich, das läßt schon jetzt der Aufschwung des allgemeinen Interesses an dem wirtschaftlichen Leben in den Kolonien voraussehen, mit Ehren bestehen und den Vergleich mit vorausgegangenen Epochen aushalten können.

Ein wichtiges Problem der Zukunft wird es sein, die breite Masse der Nation, die arbeitenden Klassen über die kolonialen Aufgaben eines großen, in den wirtschaftlichen Kampf gestellten Volkes zu unterrichten. Die sozialistisch organisierten Arbeiter wandeln durchweg auf manchesterlichen Wegen, auf ihren Kongressen werden selbst diejenigen, welche eine sozialistisch geführte Kolonialpolitik verlangen — kein Mensch weiß freilich, was das ist — niedergestimmt, und die radikale Gruppe, die den „ganzen Schwindel“ verwirft, ist oben auf. Nun entscheidet ja in den Fragen der großen Politik nicht die schwielige Faust und das roh massierte Gehirn des Klassenkampfsozialisten; immerhin ist es unerfreulich, große Volksschichten verdrossen und untätig einer bedeutenden nationalen Arbeit gegenüber stehen zu sehen. Einmal muß hier auf den Gesundungsprozeß gehofft werden, den der Anschauungsunterricht der „Dagewesenen“, der Soldaten und Ansiedler in der Kolonien, in der Heimat vermitteln wird. Desgleichen wird die Tätigkeit der nationalen Arbeiterorganisation gute Wirkung haben. Ferner werden die allmählich sich einstellenden Erfolge den Volksgeist beeinflussen.

Schließlich ist aber auch der geographische und geschichtliche Unterricht in den Volksschulen moderner zu gestalten, damit unsere überseeischen Besitzungen ohne künstliche Retouche in ihrem wahren Werte der aufwachsenden Jugend gezeigt werden.

Mancher faßt noch heute das kolonialpolitische Geschäft im Stile Don Quichotes auf, der zu Sancho Panza sagt: Hier können wir die Hände bis an die Ellenbogen hinauf in das tauchen, was man Abenteuer nennt. Tatsächlich ist es, in seinem innersten Kern gefaßt, das Nüchternste von der Welt, was die zähste Ausdauer voraussetzt. Wer nicht an der Oberfläche des kolonialpolitischen Problems haften bleibt, erkennt, daß es in eine Vielzahl von volkswirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und administrativen Einzelfragen auseinander fällt, die alle nicht mit Hurra und Regimentsmusik zu lösen sind und die keinen abenteuerlichen Geist zu ihrer Beherrschung, sondern festen und klaren Willen verlangen. Man kann auch dem Deutschen Reiche und seinen verantwortlichen Leitern wahrhaftig nicht den Vorwurf machen, daß sie leichtfertig und ohne Prüfung der zu erwartenden Schwierigkeiten sich in koloniale Dinge eingelassen hätten. Bismarcks Zögern, der ohne ein frische Initiative aus der Handelswelt oder aus dem Volke heraus sich keine Zustimmung des Reichstags zu weitgreifenden kostspieligen Plänen versprach und daher lieber Kolonialgesellschaften unter Oberaufsicht der Reichsregierung haben wollte, als reine Staatskolonien, Caprivis an Koloniefreundschaft streifende Passivität — sie sind Beweise dafür, daß wir mit viel deutscher Bedächtigkeit und Gründlichkeit uns die Sache überlegt haben, ob wir nun eigentlich kolonisieren wollen oder nicht. Inzwischen haben die Wissenschaft und Politik die Vorstadien überwunden, Volk und Reichstag haben mehr und mehr Interesse und Freude am Kolonialbesitz zu erkennen gegeben. Auch die schweren Verluste an Gut und Blut haben uns die neue Erde näher gebracht; ein Zurück gibt es in Ehren aus unseren Kolonien nicht mehr. So

mag uns denn deutscher Fleiß, deutsche Tätigkeit und deutsche Tatkraft voran bringen, und Konrad Ferdinand Meyers Wort mag unsere Enkel die Größe der gebrachten Opfer dankbar erkennen lehren:

„Wir Toten, wir Toten sind größere Heere,  
Als ihr auf der Erde, als ihr auf dem Meere.  
Wir pflügen das Feld mit geduldigen Laten,  
Ihr schwinget die Sichel und schneidet die Saaten.“









